

5. Januar 1925

## CARL SEVERING . FÜR DIE GROSSE KOALITION

**B**ENSO dunkel und gewittertrüb wie der erste Tag des Jahres 1925 war liegt der politische Jahresanfang vor uns. Wenn heute der Reichstag und der preußische Landtag zusammentreten, wird sich zwar sofort der geräuschvolle und komplizierte Apparat zur Regierungsbildung in Bewegung setzen; ob er aber so bald Ergebnisse zeitigen wird, ist nach allem, was vorausging, recht fraglich. Und noch mehr darf man darum besorgt sein, ob die Ergebnisse der kommenden Regierungsverhandlungen arbeitsfähige, die Stetigkeit der Politik im Innern und Äußern verbürgende Parlamentsmehrheiten zusammenfügen und damit den Notwendigkeiten des Reichs und seines größten Gliedstaats gerecht werden. Wird dieses Ziel nicht erreicht, dann werden die Schwierigkeiten, die sich dem Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Landes entgegenstellen, ins Ungemessene vermehrt, und neue Scherben werden dann den Wegrand des neuen Jahres säumen.

Nach den Ergebnissen der Reichstagswahl und der preußischen Landtagswahl läßt sich dieses Ziel nur durch Errichtung respektive Beibehaltung der Großen Koalition erreichen. Das mit aller Deutlichkeit jetzt gerade auszusprechen halte ich um deswillen für notwendig und nützlich, weil die Gegner der Großen Koalition im Lauf der letzten Jahre zahlreicher und einflußreicher geworden und gerade jetzt daran sind diese Parteienkonstellation unmöglich zu machen. Im Jahr 1919 „wären sogar führende Deutschnationale für eine Koalition mit den Sozialdemokraten zu haben gewesen, und wie in den Jahren 1920, 1921 und 1923 volksparteiliche Kreise auf Einbeziehung der Sozialdemokraten in die Regierungskoalition drängten, ist bekannt. In diesen Jahren saßen die entschiedensten Gegner einer Beteiligung der Sozialdemokratie an bürgerlichen Regierungen in den Reihen der Sozialdemokratie selbst, und meine Darlegungen in den Sozialistischen Monatsheften, die sich mit diesen Fragen beschäftigten, waren in der Hauptsache gegen deren Widerstand gerichtet. Heute stehen die Dinge so, daß in der Sozialdemokratie die Gegner der Großen Koalition zwar immer noch sehr zahlreich sind, daß die Sozialdemokratische Partei es aber bisher vermieden hat sich gegen ihre Errichtung so starr zu binden, wie es zum Beispiel jetzt die Deutsche Volkspartei getan hat.

Bei dieser Sachlage ist es für mich persönlich nicht ganz leicht die Idee der Großen Koalition weiter zu verfechten und die Notwendigkeit ihrer Errichtung im Reich und Beibehaltung in Preußen jetzt stark zu betonen. Der

Preußenwahlkampf ist nicht nur von Völkischen und Deutschnationalen sondern auch von weiten Kreisen der Volkspartei unter der Parole "Fort mit Severing!" geführt worden. Bei der Verwilderung unserer politischen Sitten bedarf es keiner besondern Phantasie, um vorauszusagen, daß mein Eintreten für die Große Koalition von der Parteidemagogie dahin verzerrt wird, daß es von dem Bestreben diktiert sei an der "Futterkrippe" zu bleiben, weiter zu "kleben" usw. Darf man aber, um persönlichen Mißdeutungen oder Verleumdungen zu entgehen, das unausgesprochen lassen, was gerade jetzt ausgesprochen werden muß? Da ich von der Überzeugung durchdrungen bin, daß uns nichts anderes als die Erweckung und die Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte in den Stand setzt den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des Reichs, der Länder und der Gemeinden durchzuführen, habe ich einfach die Pflicht für die Große Koalition einzutreten. Und meine Überzeugung stützt sich nicht auf theoretische Lehrsätze sondern auf Erfahrungstatsachen, auf die preußische Praxis.

Die Ergebnisse der Preußenkoalition werden in der Öffentlichkeit verschieden beurteilt. Während es die Rechtsparteien, aus durchsichtigen Gründen, so darstellen, als ob sie zu einer sozialdemokratischen Vorherrschaft in Preußen geführt hätte, wollen einige sozialdemokratische Blätter nur zugeben, daß die verflossenen 3 Jahre Preußenkoalition bloß negativ in der Abwehr reaktionärer Umtriebe einiges geleistet, positive Erfolge jedoch nicht aufzuweisen haben. Man könnte dieser schiefen Betrachtungsweise gegenüber auf die Geschichte verweisen, die demaleinst eine gerechtere Würdigung der Regierungstätigkeit in Preußen vornehmen wird. Auf diesen Zeugen oder Richter zu warten ist aber gar nicht erforderlich. Denn die Tatsache, daß die Große Koalition in Preußen das Land trotz allen Stürmen vor schweren Erschütterungen bewahrt und das Reich vor dem Zerfall gerettet hat, braucht nicht erst bewiesen zu werden; sie ist bereits festgesellt. Insoweit hat die deutschnationale Presse recht; Der Einfluß der Sozialdemokraten und Arbeitervertreter in der Preußenregierung war stark genug, um in den Krisenjahren (und welches dieser Jahre wäre von Krisen freigeblieben?) Mittel und Methoden anwenden zu lassen, die man in der preußischen Politik früher nicht kannte. Die Riesenausstände der Bergarbeiter, die Stürme nach der Ermordung Erzbergers und Rathenaus, die Hungerrevolten im Inflationsjahr waren mit dem Polizeisäbel allein nicht zu meistern. Rhein und Ruhr und Saar und Main wären mit den Methoden des alten Regimes nicht gehalten worden. Das sind Erfolge nicht einzelner sozialdemokratischer oder Arbeiterminister, aber Erfolge der Koalition, der lebendigen Mitarbeit der Arbeitermassen und ihrer Vertreter im Staat. Und wenn sozialdemokratische Zeitungen in ihrer Gegnerschaft gegen den Koalitionsgedanken davon sprechen, daß die Abwehr der aktivistischen Rechtskreise im Jahr 1923 doch nur ein negativer Erfolg sei, so darf man darauf verweisen, daß sogar einige der wichtigsten weltgeschichtlichen Ereignisse, streng genommen, auch "negative" Erfolge solcher Art waren. Jedenfalls haben sie: die Niederhaltung von Störungen der Ruhe, die Unschädlichmachung der Putschisten, das ihrige dazu beigetragen, daß überhaupt erst der politische Grund gelegt worden ist, auf dem der Ruhrkampf beendet, unsere Währung gefestigt werden konnte. Positive Erfolge, wie sie vielleicht eine Arbeiterregierung im tiefsten Frieden und bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur in der Welt erzielen könnte, werden, fürchte ich, noch lange

Zeit uns unerreichbar bleiben. Es muß zugegeben werden, daß "positive Erfolge" im Sinn der Parteiprogramme durch die Beteiligung an der Großen Koalition nicht erzielt werden können, solange die Arbeit dieser Koalition notwendig auf den Wiederaufbau gerichtet ist. Das im einzelnen hier noch auseinanderzusetzen erscheint unnötig. Dieser Mangel erklärt zum Teil die Erscheinung, daß die Flügelparteien der Großen Koalition im Reich und in Preußen, die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei, bei den Wahlen am härtesten bedrängt worden sind, die einen von rechts, die anderen von links. Und wer das A und O seiner Politik zu jeder Zeit, unbekümmert um staatliche und nationale Notwendigkeiten, in der Stärkung seiner Partei erblickt, der handelt ganz folgerichtig, wenn er sich a limine gegen eine Koalition mit anderen Parteien wendet. Nur bliebe dann die Frage zu beantworten, wie unter solchen Umständen unter dem parlamentarischen System regiert werden soll. Und noch ein anderer Einwand drängt sich auf: nämlich der, daß auf die Dauer nur diejenigen Parteien im Volk Wurzeln schlagen und die Lebensbedingungen für ihr Wachstum erwerben und halten, die nicht nur mit einem Lippenbekenntnis sondern durch die Tat Volk und Land über die Partei stellen. Wer, um dem Wettbewerb der konkurrierenden Partei entgegenzutreten, sich weigert an einer notwendigen und dem Land nützlichen Koalition teilzunehmen oder aus den gleichen Gründen die Beteiligung aufgibt, der mag sich als ein gewiegter Parteitaktiker vorkommen: zu den Politikern, von denen Björnson sagt, daß sie recht haben, weil sie im Bund mit der Zukunft sind, gehört er nicht.

Wir brauchen arbeitsfähige, produktive Parlamente, vom festen Willen be-seelt die Fragen der Reparation nach den Dawesgesetzen und die Fragen der Sicherung im Sinn einer Verständigung mit Frankreich zu lösen. Wir brauchen stetige Grundlagen für eine Politik, die mit der Verbesserung aller Produktionsmethoden auch den Schutz berechtigter Produzenteninteressen verbürgt. Wir brauchen ständige Mehrheiten, die von der Überzeugung geleitet sind, daß der Schutz der Schwachen durch einen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung kein leeres Schlagwort werden darf. Bei aller Parteienzersplitterung, die auch die letzte Wahl noch nicht beseitigt oder auch nur eingeschränkt hat, sind diese Mehrheiten in der Großen Koalition vorhanden. Es ist weitsichtiger und klüger sie jetzt zu schaffen als erst dann, wenn der im andern Fall unausbleibliche und unübersehbare Schade, der Land und Volk treffen würde, dazu zwingt.

## MAX COHEN · DEUTSCHE POLITIK UND DEUTSCHE PARTEIEN

**Z**UERST sollen die Zahlen reden, in aller Deutlichkeit und Nüchternheit. Es sei daher in den nachstehenden beiden Tabellen die Entwicklung der politischen Parteien Deutschlands seit dem Zusammenbruch des alten Regimes wiedergegeben: im Reich wie im größten deutschen Land, in Preußen. Man muß bis auf die Wahlen zu den Konstituanten zurückgreifen und darf sich nicht, wie das jetzt namentlich in der Linkspresse oft geschehen ist, damit begnügen die Reichstagswahlen vom Mai und vom Dezember 1924 einander gegenüberzustellen. Erst wenn man die gesamten 6 Nachkriegsjahre überblickt, kann man die Richtung der innenpolitischen Linie erkennen.

## Die Wahlen im Deutschen Reich hatten dieses Ergebnis:

Partei	19. Januar 1919		6 Juni 1920		4. Mai 1924		7. Dezember 1924	
	Stimmen	Man- date	Stimmen	Man- date	Stimmen	Man- date	Stimmen	Man- date
Sozialdemokratische Partei	11 509 048	165	6 104 398	102	6 014 372	100	7 880 058	131
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	2 317 290	22	5 046 813	84	2 350 95	—	99 126	—
Kommunistische Partei	—	—	589 454	4	3 746 643	62	2 708 176	45
Deutsche Demokratische Partei	5 641 825	75	2 333 741	39	1 658 076	28	1 917 485	32
Zentrum	5 980 216	90	3 845 001	64	3 921 206	65	4 118 190	69
Deutsche Volkspartei	1 345 638	22	3 919 446	65	2 700 447	45	3 048 138	51
Deutschnationale Volkspartei	3 121 479	42	4 249 100	71	5 718 543	95	6 205 331	103
Nationalsozialistische Freiheitspartei	—	—	—	—	1 924 018	32	908 087	14
Deutschhannoversche Partei	—	—	319 108	5	319 805	5	262 820	4
Bayrische Volkspartei	—	—	1 238 604	21	946 949	16	1 132 063	19
Bayrischer Bauernbund	—	—	307 396	4	684 393	10	—	—
Landbund	—	—	—	—	574 282	10	498 934	8
Deutschsoziale Partei	—	—	—	—	337 943	4	159 120	—
Wirtschaftspartei	—	—	—	—	—	—	1 005 746	17
Sonstige	484 848	7	—	—	—	—	—	—

## Die Wahlen in Preußen hatten dieses Ergebnis:

Partei	26. Februar 1919		20. Februar 1921		7. Dezember 1924	
	Stimmen	Man- date	Stimmen	Man- date	Stimmen	Man- date
Sozialdemokratische Partei	6 278 291	145	4 295 305	114	4 575 645	114
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	1 280 803	24	1 076 498	28	67 871	—
Kommunistische Partei	—	—	1 211 749	31	1 767 932	44
Deutsche Demokratische Partei	2 796 359	65	1 013 239	26	1 083 523	27
Zentrum	3 846 930	94	2 819 989	81	3 229 740	81
Deutsche Volkspartei	981 665	23	2 319 281	58	1 797 589	45
Deutschnationale Volkspartei	1 939 939	48	2 957 784	75	4 355 614	109
Nationalsozialistische Freiheitspartei	—	—	—	—	454 886	11
Deutschhannoversche Partei	—	—	438 219	11	259 506	6
Wirtschaftspartei	—	—	192 780	4	454 409	11
Nationale Minderheiten	—	—	—	—	87 898	2
Sonstige	148 436	3	—	—	—	—

Die Linie ist für jeden, der sehen will, deutlich. Sie zeigt ein andauerndes Schwächerwerden der Linken (der nach dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands, nach dem kompletten Versagen des alten Regimes spontan das Vertrauen des ganzen Volkes zugeflogen war, die daher die ganze Macht in Händen hatte) und ein andauerndes Stärkerwerden der Rechten. Wenn man die Kommunistische Partei für die Erledigung der nächsten politischen Fragen, und das muß man ja wohl, *nicht* der Linken hinzuzählt, so ist das Ergebnis für diese noch viel betrüblicher: Wir haben dann ein Zurückgehen der sozialdemokratischen Stimmen von 13 826 000 Stimmen im Jahr 1919 auf 11 150 000 im Jahr 1920 und auf gar 8 979 000 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Noch katastrophaler ist der Rückgang der Demokraten. Während das Zentrum, wenn man die für die Bayrische Volkspartei, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung noch nicht selbständig auftrat, gezählten Stimmen in Betracht zieht, eine Vermehrung über die im Jahr 1920 erreichte Stimmenzahl um rund 260 000 zu verzeichnen hat; im Vergleich mit den bei der Nationalversammlung für das Zentrum abgegebenen Stimmen, hat aber auch diese Partei beträchtliche Verluste erlitten. Sehr gut schneidet die Deutsche Volkspartei ab, die diesmal nicht ganz (es fehlen 300 000 daran) die Wählerzahl vom Jahr 1920 erreicht hat, die ihr nahezu eine Verdreifachung der bei der Nationalversammlung für sie abgegebenen Stimmen brachte. Den konsequentesten Aufstieg muß man bei der Deutschnationalen Volkspartei feststellen; sie hat die bei der Wahl zur Nationalversammlung abgegebene Stimmenzahl verdoppeln können, ohne daß man ihr die völkischen Stimmen hinzurechnet, und ohne daß man die für den Landbund abgegebenen Stimmen wie die für die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstands irgendwie berücksichtigt. Ein Blick auf die Ergebnisse der Wahlen zum preußischen Parlament zeigt, daß hier die Entwicklung nahezu die gleiche war. Das Bild wird hier noch klarer, weil die Wahl vom 4. Mai 1924 fehlt. Bei dieser Wahl war, durch besondere Umstände, das Pendel außergewöhnlich stark zugunsten der äußersten Rechten und Linken ausgeschlagen. Dieser Ausschlag ist dann 7 Monate später durch die Dezemberwahlen wieder korrigiert worden. Das war alles.

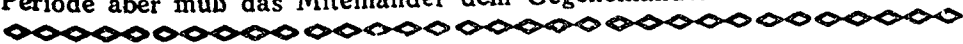
Es soll nun heute nicht des nähern auf die Gründe für den starken Rückgang der Linken und die Zunahme der Rechten eingegangen werden. Wir Sozialisten müssen als Mitglieder der politischen Linken deren Rückgang sehr bedauern und wünschen, die Sache wäre umgekehrt verlaufen. Nur dürfen wir für unsern Teil nicht die Augen vor den Konsequenzen verschließen; es hätte keinen Zweck durch Rechenkünste die klare Sprache der Zahlen aus der Welt zu schaffen oder uns damit trösten zu wollen, daß es sich um vorübergehende Tageserscheinungen handle. Soweit die Deutschvölkischen in Betracht kommen, mag diese Erklärung schon richtig sein; ihre politische und wirtschaftliche Unproduktivität ist (wie auch sonst bei manchen vermeintlich Extremen, so den Kommunisten) so augenfällig, daß man die ganze Bewegung als eine vorübergehende Erkrankung mancher Teile des Volksorganismus auffassen kann. Diesen Standpunkt aber der andern, der wirklichen Rechten gegenüber einzunehmen wäre mehr als töricht. Die beiden Tabellen zeigen ja auch eindringlich, daß es sich hier nicht um vorübergehende Erscheinungen sondern um die sich allmählich herausbildende politische Struktur des deutschen Volkes handelt, die jetzt da ist und berücksichtigt werden muß, wenn wir uns nicht selber täuschen wollen. Gerade die Politiker der Linken

müssen dieses Konkretum anerkennen. Die vorhandenen Grundlagen, die sich das deutsche Volk selber, von Wahl zu Wahl deutlich erkennbar, durch die letzten Reichstagswahlen gegeben hat, muß man als solche nehmen.

Diese Notwendigkeit ist um so stärker, als die außenpolitischen Aufgaben, die unsere politischen Handlungen in der Hauptsache bestimmen, keinerlei Aufschub vertragen. Auch wenn es durch eine geschickte deutsche Außenpolitik möglich würde die vom Etatsjahr 1927-1928 an 2½ Milliarden jährlich betragenden Reparationsleistungen einmal herabzusetzen, so tun wir doch gut uns so einzurichten, daß wir diese Riesensumme zu zahlen vermögen. Ohne ein Zusammenarbeiten aller schaffenden Kräfte während dieser Wiederaufbauperiode wird das schwerlich gelingen. Daher darf keine politische Richtung, die an sich zur Mitarbeit bereit ist, prinzipiell ausgeschlossen werden. Gewiß könnte rein zahlenmäßig eine Mehrheitsregierung ohne die Rechte wie eine ohne die Linke geschaffen werden. Aber in der Periode, die Deutschland jetzt bevorsteht, ist die Lage doch so, daß weder die Rechte noch die Linke allein die wirtschaftlichen Aufgaben, die zur Durchführung der Außenpolitik gelöst werden müssen, erledigen könnte. So könnte die Linke allein, schon auf Grund innenpolitischer Bindungen, dann aber auch wegen des Mangels an unmittelbarer innerer Verbundenheit mit der landwirtschaftlichen Produktion, kaum diejenigen Maßnahmen treffen, die zum Schutz und zur Förderung der deutschen Landwirtschaft als der Basis der deutschen Erzeugung überhaupt nötig sind. Ebenso kann man von der Rechten kaum erwarten, daß sie von sich aus die zur Stärkung und Intensivierung des Arbeitswillens unbedingt erforderliche Schaffung eines kollektiven Arbeitsrechts und eine Weiterführung der Sozialpolitik, wie sie von den Gewerkschaften verlangt werden muß, in die Wege leiten wird. Hier bedarf es einer Verständigung, einer Arbeitsgemeinschaft aller Parteien, die produktive Schichten des deutschen Volkes vertreten. Eine kraftvolle Außenpolitik läßt sich überhaupt nur treiben, wenn das deutsche Volk selber von einem einheitlichen Willen zum Neuaufbau beseelt ist. Man muß sich immer wieder vor Augen halten, daß der kommenden Legislaturperiode eine Aufgabe gesetzt ist, die von einzelnen politischen Parteien überhaupt nicht bewältigt werden kann, daß daher das normale parlamentarische Schema einer Mehrheitsregierung unter Kontrolle der Opposition hier nicht ausreicht. Bei der geistigen Gewöhnung und Erziehung der deutschen politischen Parteien, bei dem strengen Konservatismus, mit dem sie alle an ihren Überlieferungen und namentlich an ihren Agitationsgewohnheiten hängen (eine Folge des Obrigkeitsstaats, unter dem den politischen Parteien überhaupt nie der vermessene Gedanke kam, daß sie selber die Geschicke des Volkes zu lenken hätten), ist es natürlich nicht leicht einzusehen, daß gerade das, womit man die größten Propagandaerfolge erzielt hat, nun womöglich in der legislatorischen Tätigkeit zugunsten einer Zusammenarbeit mit denen, die von den Parteianhängern als die Gegner schlechthin betrachtet werden, zurücktreten soll. Und doch ist nicht abzusehen, wie die dem deutschen Volk jetzt obliegende und für das Leben der kommenden Generation entscheidende Arbeit bewältigt werden soll, wenn die Leistung wichtiger arbeitender Volksgruppen nicht politisch umgesetzt wird. Gewiß wäre die Situation viel einfacher, wenn die Wahlen ergeben hätten, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit innenpolitisch nach einer Richtung: nach links oder nach rechts, will. Aber das ist eben nicht der Fall. Man

muß begreifen lernen, daß das gegenwärtige Parlament, im Reich wie im größten deutschen Land, der wirklichen geistig-politischen Denk- und Gefühlswelt des deutschen Volkes selber entspricht. Nach den Maiwahlen des Jahres 1924 tröstete sich die Linke damit, daß es nur die Politik Poincarés gewesen wäre, die das deutsche Volk so nationalistisch gestimmt und dadurch in die Arme der Rechten getrieben hätte. Nun, Poincaré ist unmittelbar darauf durch Herriot abgelöst worden, der Deutschland gegenüber nun schon länger als ein halbes Jahr diejenige entgegenkommende Politik treibt, die von der Linken stets gewünscht wurde. Hat sich in Deutschland innenpolitisch dadurch etwas geändert? Die Kölnische Zeitung konnte gleich nach der Dezemberwahl mit Recht schreiben, jenes Argument der Linken, daß der Ruck nach rechts im Mai des Jahres 1924 durch Poincaré bewirkt worden wäre, hätte sich nun im Dezember als irrig erwiesen. Eben nur das unfruchtbare Anhängsel der Rechten, die Völkischen, hat seine Unbrauchbarkeit für jede Art von Leistung in der Frist vom Mai bis zum Dezember so sehr erwiesen, daß sein Scheinerfolg wieder redressiert wurde. Aber die Position der eigentlichen Rechten wurde nicht erschüttert.

Man sollte sich gerade in unserer Partei, nach den Erfahrungen der Dezemberwahlen, nicht mehr von Schlagwortauffassungen leiten lassen sondern die innenpolitische Linie richtig sehen: nicht um zu resignieren sondern um nun, mit voller Kenntnis der wirklichen Kräfte, produktive Arbeit zu leisten. Die Sozialdemokratische Partei braucht nicht zu fürchten, daß sie bei einer großen Arbeitsgemeinschaft an Bedeutung verlöre. Wenn sie nur die richtige Politik treibt, das heißt stets dem Schaffensgebot folgt und nicht nur ängstlich um ihren Besitzstand besorgt ist, dann braucht sie durchaus nicht der Teil zu sein, der in einer noch so großen und noch so viele umfassenden Koalition von den anderen beiseite gedrängt werden könnte. Bisher hat sie, das muß man der Wahrheit wegen ruhig zugestehen, in der Außenpolitik die Kräfte, die auf die Vereinigung des europäischen Festlands hinarbeiten, nicht erkannt; sie hat daher, selber im Schlepptau altliberaler Anglophilie, das deutsche Volk nicht den Weg aus dem Dunkel geführt. So mußte es zum Ruhrkrieg kommen, in dem uns der Zusammenbruch ebenso sicher war wie im Weltkrieg, nachdem wir in ihm nicht die richtige Orientierung fanden. Aber die Ruhrbesetzung hat auch das Eingreifen der Sachverständigen und den Dawesplan zur Folge gehabt. Gewiß hätte die Reparationsfrage auf eine weniger opfervolle Weise gelöst werden können. Aber dazu fehlte es eben an den nötigen geistig-politischen Voraussetzungen. Nun, da anderes verpaßt wurde, bildet der Dawesplan die Lösung. Doch mit ihm allein ist es noch nicht getan. Es gilt nicht nur den Dawesplan durchzuführen sondern dies auch im Geist einer deutsch-französischen Verständigung zu tun, die den Zusammenschluß des Festlands überhaupt bedeutet. Um solche, infolge der jahrelangen Verhetzung heute noch unpopuläre Außenpolitik zu tragen, ist eine Zusammenfassung der Kräfte im Innern des deutschen Volkes notwendig. Es gilt durch sie die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Wirklichkeit wiederzugewinnen. Ist die Gesamtkraft des deutschen Volkes erst wieder ganz entfaltet, dann werden auch die wirtschaftlichen Kräfte der einzelnen Gruppen sich wieder im Neues bewirkenden Kampf mit einander messen können. Für die zunächst kommende Periode aber muß das Miteinander dem Gegeneinander voranstellen.



## MAX SCHIPPEL · BRITISCHE ZOLL- UND REICHSWIRTSCHAFTSPOLITIK

**F**IN Wiederaufleben der Frage des engern wirtschaftlichen Reichszusammenschlusses und des mutterländischen Schutzzolls war nach dem Sieg der Unionisten in England zu erwarten. Im Weg standen allerdings die früheren programmatischen Erklärungen Baldwins gegen Lebensmittelzölle und einen »Generaltarif«, das heißt gegen eine Verallgemeinerung des Zollschutzes etwa in kontinental-europäischem oder amerikanischem Sinn. Der vorläufigen Lösung, die Baldwin am 17. Dezember vor dem Unterhaus in großen Umrissen entwickelte, haftet infolgedessen manches Gekünstelte und Widerspruchsvolle an. Im allgemeinen jedoch spricht aus ihr eine protektionistische Entschlossenheit, wie sie sich vor einem Jahr, als vorübergehend eine arbeiterparteiliche Minderheitsregierung ans Ruder kam, kaum ahnen ließ.

Schon die Thronrede am 9. Dezember hatte auf die gesteigerte Pflege der interimperialen Wirtschaftsbeziehungen neben anderen Maßnahmen zur Linderung der fortgesetzt beunruhigenden, zeitweise sogar erschreckenden Arbeitslosigkeit hingewiesen. Ein sehr bald dem Parlament vorzulegender Entwurf sei in Vorbereitung, »um die Beschäftigung in lebenskräftigen (efficient) Produktionszweigen zu schützen, soweit sich aus angestellter Untersuchung die Notwendigkeit für ein solches ausnahmemäßiges Eingreifen ergibt«. Daneben sprach die Thronrede von einer einzuberufenden Agrarkonferenz aus den Kreisen der Landeigentümer, Pächter und Landarbeiter, die Grundzüge für eine dauerversprechende nationale Agrarpolitik aufrichten sollte. In der Zwischenzeit sei die, schon vorher von der Arbeiterregierung empfohlene Subventionierung der Rübenzuckerproduktion und unter Umständen die obligatorische Kennzeichnung des Ursprungslands bei Lebensmitteleinfuhren als interimperiale Produktions- und Absatzförderung ins Auge gefaßt.

Die ersten recht lebhaften Auseinandersetzungen im Unterhaus entspannen sich anlässlich eines liberalen Zusatzantrags bei der Adreßdebatte, der sein »ehrerbietiges Bedauern« darüber aussprach, daß die Einführung von Zöllen und Präferenzen angekündigt sei, das heißt »eine Steigerung der Abgabenglast, der Preise, der Kosten der Lebenshaltung, eine Hemmung der Produktion und damit eine Verringerung der Beschäftigung«. Die Liberalen befanden sich dabei freilich von vornherein in einer eigenartigen Klemme, da sie seinerzeit fast ausnahmslos den Beschlüssen der Reichswirtschaftskonferenz von 1917 und dann abermals dem Industrieschutzgesetz (Safe-guarding of Industries Act) der Koalitionsregierung der Nachkriegszeit /1921/ zugestimmt, in ihren heutigen handelspolitischen Hauptwortführern wie Lloyd George und Runciman sogar mit an der Spitze und in der Leitung dieser erstmaligen größern Wirtschaftsumkehr gestanden hatten. 1917 war von der Reichswirtschaftskonferenz die gegenseitige Vorzugsbehandlung zwischen den britischen Reichsteilen klar und scharf gefordert worden:

»Die Zeit ist gekommen, wo der Entfaltung der Hilfskräfte des Reichs jede mögliche Aufmunterung gegeben werden sollte, vor allem der Unabhängigmachung des Reichs hinsichtlich der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und der lebensnötigen (essential) Industrien. Im Hinblick auf diese Ziele erklärt sich die Konferenz für den Grundsatz, daß jeder Reichsteil . . . besonders günstige Behandlung und Vorbedingungen den landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen der anderen Reichsteile gewähren solle.«



Und 1921 trat, wie gesagt, abermals ohne liberalen Widerspruch und zum Teil unter liberaler Führung, neben dem zunächst auf 5 Jahre und auf  $33\frac{1}{3}\%$  des Erzeugniswerts festgelegten Schutz für einzelne "Schlüssel"-industriellen eine Antidumpingklausel ins Leben, die gegen jede vermeintliche Schleuderkonkurrenz die Auferlegung eines Zolls von gleichfalls  $33\frac{1}{3}\%$  statete. Selbst der Mechanismus der Durchführung war ähnlich gestaltet wie er jetzt in den Baldwinschen Plänen gedacht ist: Das Handelsamt und ein Sonderausschuß hatten die Voraussetzungen der Dumpingzufuhr und des Einschreitens zu untersuchen und die nötig werdenden Verordnungen einzuleiten. Auch bei Baldwin kehrt dieses Sachverständigenkomitee an Stelle der mehr parlamentarischen oder bürokratischen Instanzen wieder.

Das neue Industrieschutzgesetz soll allerdings noch viel weiter über den Kampf gegen das besondere Valutadumping hinausgreifen. Als mögliche Anlässe zu protektionistischem Eingreifen bezeichnete Baldwin am 17. Dezember ausdrücklich: entwertete Währung, Prämien oder andere Formen der Subvention, niedrigere Löhne, längere Arbeitszeit, dazu vielleicht noch Unterschiede in der Besteuerungslast. Dies schafft in der Tat bereits eine viel breitere Grundlage für die vielgestaltige Einführung von Zöllen als das Gesetz von 1921, dessen 2. (Antidumping-) Teil übrigens durch die Arbeiterregierung im August 1924 aufgehoben wurde, während der Schutz der Schlüsselindustriellen (Teil 1) aufrechterhalten blieb. Eine gewisse Einschränkung machte Baldwin immerhin für die Industrien, die den Schutz des kommenden Gesetzes in Anspruch nehmen könnten: sie müßten von wesentlicher Bedeutung und lebens- und entwicklungsfähig sein.

Ganz neu und zunächst befremdend ist der weitere Vorschlag jeden solchen für begründet erklärten Zoll generell gegen alle Einfuhrländer zur Anwendung zu bringen, natürlich mit Ausnahme der britischen Kolonien. Das alte Industrieschutzgesetz kehrte sich gegen das einzelne Land, bei dem man ein Valutadumping oder ähnliches sah; nach der wirklichen Ausführung meist gegen Deutschland, gegen deutsche Handschuhe, Glaswaren für den Haushalt, Beleuchtungsglaswaren, Küchengeräte, Glühlichtstrümpfe. Für die Zukunft sieht man eine solche Differentialbehandlung durch die Meistbegünstigung abgeschnitten, die man um des eigenen Ausfuhrinteresses willen scharf auszulegen sucht. So verwehrt in dem deutsch-englischen Handelsvertrag vom 2. Dezember 1924 der Artikel 8 »höhere Zölle und Auflagen« als sie von der gleichen Einfuhrware »irgendeines andern fremden Landes« erhoben werden, und nochmals im Protokoll Artikel 1 jeden Gebrauch der Zollsätze zur »unterschiedlichen Behandlung (discrimination) gegen den Handel des Vertragspartners«, so daß Baldwin in der parlamentarischen Erörterung sich zu der Schlußfolgerung veranlaßt sah:

BALDWIN: »Meines Erachtens sollte jeder unter dem Industrieschutzgesetz erhobene Zoll allgemein und nicht einseitig (a general and not a particular one) sein. Differentielle Zölle gegen ein besonderes Land haben in der Praxis ihre Kehrseite. Wenn Sie einen Zoll allgemein erheben, so ergibt sich kein Bruch der vertragsmäßigen Meistbegünstigungsklausel. Außerdem vermeiden Sie die umständliche und ärgerliche Anwendung von Ursprungszeugnissen . . .«

LLOYD GEORGE: »Der sehr verehrte Gentleman meinte, der Zoll solle allgemein zur Anwendung kommen. Soll das heißen, daß, wenn der Ausschuß für ein besonderes Land eine unfaire Konkurrenz wegen niedrigerer Löhne oder schlechterer Arbeitsbedingungen feststellt, ein allgemeiner Zoll Anwendung zu finden hat auch auf Einfuhrwaren, die aus anderen Ländern mit besseren Löhnen und Arbeitszeiten kommen?«

BALDWIN: »Ja, ein allgemeiner Zoll gegen alle Länder.«

Zu diesen gegebenenfalls recht schroffen und weitreichenden Schritten tritt weiter noch die Subvention für den Rübenzucker, die bezeichnenderweise von der Arbeiterregierung ihren Ursprung nahm, während die kontinental-europäischen Arbeiterparteien, Deutschland voran, in den Zuckerprämien, gleichviel ob Produktions- oder Ausfuhrprämien, den Gipfel der agrarisch reaktionären Interessentenschamlosigkeit zu erblicken gewohnt sind.<sup>1</sup> Auf 10 Jahre soll, in 3 allmählich sich senkenden Zeitstufen, allem Zucker, der aus in Großbritannien geernteten Rüben gewonnen ist, ein nicht unbeträchtlicher Staatszuschuß gewährt werden: bei mehr als 98° Polarisation auf 4 Jahre 19½ Schilling, auf weitere 3 Jahre 13 und auf die letzten 3 Jahre 6½ Schilling für den englischen Zentner.

**F**ÜR die Bevorzugung und Förderung der kolonialen Einfuhr, diesen zweiten Teil des alten Chamberlainismus, waren der unionistischen Regierung bisher durch die früheren Wahlzusagen die Hände in weitgehendem Maß gebunden. Baldwin hält jedoch bei allen in der oben geschilderten Weise etwa neuentstehenden Zöllen Präferenzen für die Kolonien für selbstverständlich.

Was ferner die von der letzten Reichskonferenz ausdrücklich als sofort für Präferentialzölle geeignet näher bezeichneten Waren anlangt, so bestehen zurzeit in England Zölle tatsächlich für getrocknete Früchte, Tabak, Weine und Zucker. Hier würde also, soweit die kolonialen Einfuhren in Betracht kommen, die Abschaffung oder Ermäßigung von bereits verwirklichten Zollsätzen genügen, um die Dominien und andere überseeische Reichsteile zollbegünstigen zu können.

Neue Zölle für die seinerzeit von der Reichskonferenz gleichfalls für eine Vorzugsstellung hervorgehobenen Einfuhren von Lachskonserven, Äpfeln, Fruchtkonserven, Honig, Fruchtsäften zu schaffen glaubt Baldwin vorläufig ablehnen zu müssen, weil es sich dabei um Belastung von Lebensmitteln (food taxes) handle, deren Freilassung den Wählern versprochen wurde. Bei diesen von der Reichskonferenz empfohlenen Zollnachlässen hätte sich für die einführenden Kolonien eine Zollermäßigung und Einfuhrsubvention von etwa 1 Million Pfund Sterling ergeben. Um den Wünschen der Reichskonferenz nach Möglichkeit auf anderem Weg gerecht zu werden, will Baldwin die gleiche Summe für mehr indirekte interimperiale Absatzförderung ausgeworfen sehen: vor allem für eine engere, zweckentsprechendere Verbindung zwischen Produktion, Handel und Verbrauch, für zweckmäßige Auswahl, Zurichtung, Klassifizierung und Kennzeichnung der Ware, für Vervollkommnung von Lagerung, Transport und Umsatz, für Aufklärung über Bezugsquellen, Verwendungsmöglichkeiten und ähnliches. Als erstes Wirkungsfeld des hierfür zu errichtenden Reichswirtschaftsausschusses (Imperial Economic Committee) wurde von Baldwin besonders die Fleisch- und Obstversorgung genannt.

1) Seltsamerweise lief soeben ein Londoner Artikel unbeanstandet durch die deutsche Arbeiterpresse, der die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Zuckerprämien und die auf ihnen gegründete Entwicklung einer britischen Zuckerrübenindustrie recht kräftig als eine der Großtaten der englischen Arbeiterpartei und Arbeiterregierung rühmt: siehe *Dresdener Volkszeitung* vom 23. Dezember 1924: Englands neue Ära, und *Chemnitzer Volksstimme* vom 20. Dezember 1924: Konservative und Arbeiterregierung. Auch hier: Wie protektionistisch und antifreihändlerisch wir jedesmal sein dürfen, wenn es sich um das Ausland handelt! Übrigens ist bei den Zuckerprämien die Stellung der englischen Arbeiterpartei selber nicht einheitlich. So verwahrte sich in der Unterhaussetzung vom 18. Dezember 1924 gerade Barney gegen die Verwendung öffentlicher Mittel zur Aufzucht von privaten Unternehmungen. Noch schärfer sprach Alexander/Sheffield/ gegen eine Subvention, deren Endtermin und Endbetrag nicht abzusehen seien.

**U**NLEUGBAR hat ein solches handelspolitisches Programm, das aus den verschiedensten Gründen nicht frei ausgestaltet werden konnte, seine deutlich hervortretenden Lücken und Schwächen. Es fehlt ihm zweifellos, aus der ganzen zwischenliegenden Entwicklung heraus ganz erklärlich, der große einheitliche Zug, der die ersten Chamberlainschen Pläne auszeichnete. Die allmähliche Ausdehnung der zollgeschützten Produktionsgebiete nach der dargelegten Methode, die gewissermaßen auf einen einzelstaatlichen Ausnahmefall warten läßt, um eine allgemeine Zollregelung im Rahmen der Meistbegünstigung schaffen zu können, steht sogar weit hinter unserm kontinentalen zollpolitischen *modus procedendi* zurück.

Aber hat der englische liberale Freihandel, hat vollends die innerlich imperialistisch umgewandelte Liberale Partei Englands etwas Besseres an die Stelle des unionistischen (vorläufigen) Annäherungsversuchs gegenüber den Kolonien zu setzen? Es wäre mehr als sonderbar, wenn die rapid wachsende Wertschätzung der Kolonien seitens des Mutterlandes (und ebenso umgekehrt die rapid wachsende Anerkennung der Unentbehrlichkeit der europäischen Zentralmacht seitens der Kolonien) nicht einen nach außen hin sichtbaren lebenskräftigen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Niederschlag mit der Zeit finden sollte. Was hat der englische Liberalismus in dieser Richtung geleistet?

Und auch für das kontinentale Europa wäre es vielleicht eine wirtschaftliche und politische Druckentlastung, wenn eine festere interimperiale Verbindung und eine stärker beschleunigte interimperiale Entwicklung England zur Förderung seines Absatzes und Einflusses weniger auf seine europäische Zerklüftungspolitik alten Zuschnitts hinwiese. Die Teilstaaten Europas könnten alsdann wahrscheinlich um so unabhängiger und unbefangener an ihre eigene wirtschaftliche Annäherung und Zusammenschließung denken.

## ADOLF REICHWEIN · PROBLEME DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN VERSTÄNDIGUNG

**F**ÜR das Schicksal der kommenden Wirtschaft ist es entscheidend, ob die Formel für die höhere Integrierung gefunden wird, das heißt, ob es gelingt in den ungebändigten Fluten der sogenannten freien Wirtschaft Kraftkreise zu organisieren, die je in sich eine Art geschlossener Wirtschaftssysteme darstellen, die in ihrem glatten Lauf einen Teil der Reibungsenergien binden und fruchtbar machen. die heute in der "freien" Wirtschaft, weil unübersehbar und darum unkontrollierbar, immer wieder Störungen erzeugen (Namen solcher Systeme: Panamerika, Kontinentaleuropa). Diese höher organisierte integrierte Gruppenwirtschaft ist im Entwicklungsgang der sogenannten Volkswirtschaften nichts anderes als die Stufe der integrierten Konzerne im Bereich der privaten Einzelunternehmungen. Sowohl die durchorganisierte Konzernbildung wie auch die Gruppenbildung im obigen Sinn sind Etappen zur sozialistischen Wirtschaft, weil sie die Möglichkeit höherer Produktivität in sich tragen.<sup>1</sup> Und die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Lohnwerk hängt nicht allein von dem täglichen Kampf für ihre nächsten Interessen und der Eroberung

1) Siehe *Kalliskl* Weltsozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 607 und folgende.

der Wirtschaftsdemokratie im Betrieb ab sondern zugleich auch von der Förderung der Wirtschaftsformen, die eine größere Gesamtleistung, das heißt aber erhöhte Produktivität, ermöglichen. (Unter diesem Gesichtspunkt ist die heute in sozialistischen Kreisen noch weit verbreitete Furcht vor dem deutsch-französischen Montanzusammenschluß jedenfalls als ganz unsozialistisch zu erkennen; die erhöhte Produktivität der vereinigten kontinental-europäischen Montanindustrie infolge des Zusammenschlusses bedeutet in jedem Fall ein Positivum.) Die Frage nach gesteigerter Produktivität und der Folgerungen daraus soll nun auf den Sonderfall Kontinentaleuropa im einzelnen angewandt werden.

Das Schicksal dieses Erdteils wird durch das deutsch-französische Massiv bestimmt, mit anderen Worten von der Industriewirtschaft des westlichen und mittlern Europas. In der deutsch-französischen Zone zwischen Ruhr und Rhone spielen sich die für Wirtschaftseuropa entscheidenden Dinge ab. Vor dem Krieg war dort das Produktionsproblem durch den deutschen Besitz lothringischer Erze fast gelöst; das Ergebnis war eine erstaunliche Erweiterung der deutschen industriellen Produktivität, die unmittelbar in die Augen sprang, wenn man die Entwicklung der Rohstahlbasis in den letzten Jahren vor dem Krieg betrachtet (wobei man beachten muß, daß die reichsten Lager in Lothringen überhaupt erst in den siebziger Jahren mit Erfindung des Thomasverfahrens abbauwürdig wurden). Das Tempo wird deutlich, wenn man folgende Zahlen der Stahlerzeugung betrachtet:

Zeitraum	Stahlproduktion (in Tonnen)		
	Vereinigte Staaten	Deutschland	Großbritannien
Jahresdurchschnitt			
1900 bis 1905	15 260 000	8 123 000	5 136 000
1913	31 145 637	18 317 149	7 663 876

Diese Zahlen sind gleichzeitig eine Art Barometer für die Entwicklung der Schwerindustrie in diesen Ländern überhaupt. Frankreich hat es 1913 auf 3,6 Millionen Tonnen Stahl gebracht, und seine Schwerindustrie hatte Mühe diese relativ geringe Menge selbst zu verarbeiten. Daraus ergibt sich, daß Deutschland das unbedingt führende schwerindustrielle Land Europas geworden war, dessen Stahlindustrie sich nur noch, übrigens auch in ihrer Qualität, mit jener der Vereinigten Staaten zu vergleichen brauchte. Diese erstaunliche Produktivität Deutschlands in der Schwerindustrie war jedoch von einem entscheidenden Faktor abhängig: der Nachbarschaft von Ruhrkoks und lothringischen Erzen. War es auch nicht gerade eine topologische Nachbarschaft, so war es doch eine industrielle, denn die räumliche Entfernung wurde durch ein hochausgebildetes Verkehrssystem fast überwunden. Der Frachtverkehr im Moseltal, das beide Bezirke verbindet, verlief in einem doppelten Rhythmus, den man fast dem Blutlauf vergleichen kann. Die Güterzüge rollten den Koks nach Süden und kamen sofort mit Eisenerz oder Roheisen beladen wieder zurück. Es war ein einfacher Umschlag. In Lothringen wurde das Erz zum Teil an Ort und Stelle verhüttet, zum andern Teil kam es zur Verhüttung an die Ruhr; jedenfalls gingen 1913 von der gesamten deutschen Kokserzeugung (34 630 000 Tonnen) allein 6 000 000 Tonnen von der Ruhr nach dem lothringischen Hüttenbezirk. Darüber hinaus bestanden auch gute Lieferbeziehungen des deutschen Kohlenzentrums

zu den luxemburgischen und französisch-lothringischen Hütten. Allerdings waren diese nicht stark genug, um der französischen Eisen- und Stahlerzeugung entscheidende Impulse zu geben. Die deutsche Seite des lothringischen Erzbeckens wurde in höherem Grad ausgewertet. Vor dem Krieg, 1913, ergab das französisch-lothringische Minettegebiet bei einem Erzvorrat von 2 630 Millionen Tonnen ein Förderergebnis von weniger als 20 Millionen Tonnen; in den deutsch-lothringischen Feldern wurden bei einem geringern Erzvorrat von 1 830 Millionen Tonnen rund 21 Millionen Tonnen gefördert. Dazu kommt noch, daß Frankreich damals von seiner Gesamtförderung an Eisenerzen (21 917 870 Tonnen) annähernd die Hälfte, nämlich 10 066 000 Tonnen, ausführte und auch den Rest über den Verhüttungsprozeß hinaus nicht ganz verarbeiten konnte. Deutschland indessen führte von seiner Erzausbeute, die sich 1913 auf 28,6 Millionen Tonnen belief, nur 263 000 Tonnen aus, während seine Eisen- und Stahlindustrie eine ergänzende Einfuhr von 14 024 300 Tonnen erforderte. Zusammenfassend kann zu der schwerindustriellen Lage in Deutschland und Frankreich vor dem Krieg gesagt werden, daß Deutschland auf Grund seiner gleichmäßigen Begabung mit Kohle und Erz eine schnell wachsende Montanindustrie aufbauen, während Frankreich infolge ungenügender Kokszufuhr die seine nur langsam entwickeln konnte.

Vor dem Krieg war eben die schwerindustrielle Lage in Frankreich betriebsmäßig ganz anders als heute. Die Erzförderung war in Lothringen konzentriert, die verarbeitende Industrie kaum entwickelt. Während des Krieges und nach dem Krieg wurde der westliche Flügel der französischen Erzbasis am Kanal stärker in Anspruch genommen und gleichzeitig die verarbeitende Industrie dort ausgebaut. Die Fertigindustrie am Kanal spielt heute für Frankreich eine ähnliche Rolle wie die an der Ruhr für Deutschland. Während die lothringische Hüttenindustrie unbedingt auf Kohlen- und Koks- zufuhr von der Ruhr angewiesen ist, kann die Kanalindustrie, jedenfalls vorläufig noch, mit englischer Zufuhr arbeiten. Diese würde Frankreich wohl auch bei einer deutsch-französischen Gesamtmontanverständigung beibehalten, ohne aber dann noch auf sie angewiesen zu sein.<sup>2</sup>

Die natürliche Voraussetzung der deutschen Schwerindustrie hat sich nach dem Krieg radikal verschoben. Deutschland verlor sein ergiebigstes Erzgebiet Lothringen, das ihm vor dem Krieg drei Viertel seiner Eigenförderung an Eisenerzen lieferte. Die französische Erzbasis hat sich dadurch wesentlich erweitert (um 1800 Millionen Tonnen), die deutsche ist gefährlich geschmälert worden (von 2500 auf 700 Millionen Tonnen). Und doch ist Frankreich nicht geholfen. Auf Grund seiner unvergleichlichen Eisenschätze, die man neuerdings auf 9700 Millionen Tonnen schätzt, die jene des ersten Montanlandes der Erde, der Vereinigten Staaten von Amerika, noch um über 3000 Millionen Tonnen übertreffen, ist es eigentlich unerbittlich vor das Problem einer Industrialisierung gestellt, die das bisher bestehende soziale Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft, Klein- und Großgewerbe entscheidend störte, wenn man ihren Möglichkeiten ganz nachgäbe. Tatsächlich

2) Die französische Kohlenbasis ist auch durch den gewonnenen Krieg kaum erweitert worden. Vor dem Krieg besaß Deutschland 410 Milliarden Tonnen Kohlenvorräte, Frankreich nur 16 Milliarden Tonnen. Heute sind die entsprechenden Zahlen für Deutschland (ohne Saar) 247,5 Milliarden Tonnen, für Frankreich 16,8 Milliarden Tonnen (dazu noch für 10 Jahre 15,7 Milliarden Tonnen an der Saar). Durch kapitalistische Investitionen in den polnischen Kohlonzechen, die durch den oberschlesischen Gewinn ihren Vorrat von 23,9 Millionen Tonnen auf 169,9 Millionen Tonnen erweitert haben, hat Frankreich versucht seine eigene Kohlenbasis auszubilden.

steht Frankreich hier vor der Wahl, ob es weiter Agrarland bleiben, oder ob es den stürmischen, aber auch gefährvollen Weg der Industrialisierung gehen soll. Es ist eine Entscheidung, die die Wirtschaftsform Frankreichs für 50 Jahre bestimmen wird. Aber solche Entscheidung wird nicht nach nationalökonomischen Ansichten und Wünschen getroffen. Produktive Möglichkeiten erzeugen Produktionsgebote, deren Durchführung erzwungen wird.

Im Lauf des letzten Jahres hat sich die Produktion in der französischen Eisenindustrie langsam, aber sicher vergrößert. Aber immer noch ist ihr Produktionsapparat nur zum Teil benutzt. Er wird um so voller in Betrieb kommen, je besser der von Herriot erwähnte Austausch mit dem nächsten Osten, also mit Deutschland, funktioniert. Die Roheisenerzeugung Frankreichs betrug im Monatsdurchschnitt 1913 434 000 Tonnen, im Monatsdurchschnitt 1923 443 200 Tonnen; sie stieg im Juni 1924 auf 638 873 Tonnen, im August auf 655 624 Tonnen; im September ging sie auf 641 453 Tonnen zurück, was aber wahrscheinlich auf eine planmäßige Kontingentierung mit Rücksicht auf die Preisgestaltung zurückzuführen ist, denn der September brachte nicht nur in Frankreich sondern auch in Belgien und Luxemburg ähnliche Rückgänge der Roheisenerzeugung. In der Stahlindustrie hielt sich die Produktionssteigerung ungefähr im gleichen Schrittmaß. Einem Monatsdurchschnitt von 390 000 Tonnen im Jahr 1913 entsprach für 1923 die Zahl 415 556 Tonnen, im Juni 1924 gelang eine Steigerung auf 554 921 Tonnen, im August auf 581 745 Tonnen, im September sogar auf 598 327 Tonnen, weil auf dem Stahlmarkt in den letzten Monaten die Preisgestaltung günstiger war als auf dem Markt für Roheisen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der größere Teil der Produktionserweiterung der französischen verarbeitenden Industrie zugute kam; ein günstiges Zeichen für deren Entwicklung. Gleichzeitig mit der Verbesserung der Hüttenproduktion stieg die Ausfuhr von Eisenerz, berechnet für je die 8 ersten Monate des betreffenden Jahres, im Jahr 1924 auf 76,3 Millionen Meterzentner, gegenüber 58 Millionen im Jahr 1923 und 56 Millionen im Jahr 1922. Bezeichnend ist, daß Deutschland 1924 mit einem Bezug von nur 8 Millionen Meterzentner beteiligt war, während es 1913, obwohl es damals noch die lothringischen Gruben besaß, 38 Millionen Meterzentner bezogen hat.

Wenn Frankreich nur seinen jetzigen, den gegebenen Produktionsapparat, voll in Gang bringen will, bedarf es der Unterstützung durch Deutschland. Heute nutzt es immer noch nur 136 von 220 Hochöfen aus. Es braucht eben die 6 Millionen Tonnen Koks, die vor dem Krieg von der Ruhr nach Lothringen kamen. Man hat gesagt, Frankreich habe sein elektrisches Kraftsystem so ausgebaut, daß es jetzt schon so viel elektrische Kraft erzeuge wie der Kraftwert der gesamten französischen Kohleneinfuhr im Jahr 1913 betrug; das sei ein Fingerzeig, daß es sich bald von der deutschen Kohleneinfuhr unabhängig machen könne. Gewiß, für Kohle, soweit sie zur Krafterzeugung dient, nicht aber für den wichtigeren Hüttenkoks; denn bis das gesamte europäische Verhüttungssystem elektrifiziert sein wird, vergeht noch manches Jahrzehnt. Kein Industrieller, kein Politiker wird auf diese Hoffnung seine Dispositionen bauen. Umgekehrt ist die deutsche Schwerindustrie, um sich zu rationalisieren, das heißt sich produktiver zu gestalten, unbedingt auf die französische Erzergänzung angewiesen. Nachdem der Verkehrskreislauf im Moseltal nach beendetem Krieg unterbrochen war, versuchte unsere Schwerindustrie sich zunächst von der französischen Zufuhr unabhängig zu

machen; sie bezog ihre Eisenerze in stärkerem Maß aus Spanien und Schweden, ja sogar aus Canada. Während der Inflationszeit ließ sich die höhere Transportrate durch andere Posten (zum Beispiel niedrigere Lohnrate) ausgleichen; bei stabilisierter Währung erschwert sich das, trotz gedrückten Löhnen, und ist auf die Dauer überhaupt unmöglich. Vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit gesehen, werden wir immer mehr zum Erzbezug aus Lothringen zurückkehren müssen, das heißt, der traditionelle Ausgleich zwischen Ruhrbezirk und Lothringen wird sich notwendig wieder einstellen. Denn auch für Deutschland besteht das Problem, das kürzlich Herriot für Frankreich in Lyon umschrieb: »Wenn kein unerwarteter Zwischenfall eintritt, dann werden wir in kurzer Zeit von neuem die Handelsstraße nach dem Osten sich öffnen sehen. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß wir beginnen müssen mehr im Osten zu kaufen, weil durch unsere Käufe im Westen unsere finanzielle Situation gelitten hat.«

So überrascht es nicht, wenn die *Journée Industrielle*, das der französischen Eisenindustrie nahestehende Organ, schon im Frühjahr 1924 den Plan eines kontinentaleuropäischen Eisensyndikats aussprach. Dessen Zweck soll sein: rationellere Gestaltung der Produktion, Ausschaltung der binneneuropäischen Konkurrenz, um in Übersee wieder konkurrenzfähig zu werden. Dieses kontinentale Eisensyndikat bedeutete zunächst eine Steigerung der Produktivität, dann erst eine Konkurrenzgefahr für die übrigen Interessen am Weltmarkt. Das liberale England der Freihandelsdoktrin hätte darob am meisten Grund zur Sorge, das unionistische Großbritannien Baldwins, das als seine vornehmste Aufgabe die Ausgestaltung der innenwirtschaftlichen Beziehungen des Empire betrachten muß, wird ein geringeres Interesse an der kontinentalen Stahlindustrie zu bekunden brauchen. Und im Kreis der vereinsstaatlichen Stahlindustrie ließ man verlauten, daß bei der relativ geringen Bedeutung der gesamten europäischen Stahlindustrie gegenüber der amerikanischen die europäische Stahlkonkurrenz auch unter der Flagge eines einigen Syndikats in den Vereinigten Staaten kaum eine Rolle spielen werde; man weist dort etwas überlegen darauf hin, daß die gesamte britische Stahlindustrie ungefähr der einzigen amerikanischen Gruppe der Bethlehem Steel Corporation entspreche, während die deutsche, französische, belgische und britische Stahlindustrie zusammen gerade der United States Steel Corporation den Rang halte; die europäische Konkurrenz käme kaum an der Küste in Frage, im weiten Hinterland wirkten die Frachten prohibitiv.

In den letzten Wochen sind die bereits weit geförderten Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie in ihrem ursprünglichen Charakter, vielleicht entscheidend, gestört worden. Diese Verhandlungen hatten zunächst den Sinn ohne Einmischung Dritter eine Vereinbarung für die deutsche und die französische Produktionsbasis an sich zustande zu bringen. Am 13. Dezember wurde indessen gemeldet, daß diese Verhandlungen in Paris unterbrochen worden seien, und zwar unter Aufgabe des ursprünglich geplanten deutsch-französischen Zusammenschlusses. Die Umstände, unter denen sich die Auflösung der Besprechung vollzog, weisen eindeutig darauf hin, daß der Querschläger von der Seite Englands kam. England erklärte, daß es mit einem ausschließlich kontinentalen Zusammenschluß unmöglich einverstanden sein könne, und in Deutschland kann man sich immer noch nichts anderes denken, als daß einer englischen Weisung unbedingt zu folgen sei. England ist mit einem unverkennbaren Ruck wieder

in die kontinentalen Besprechungen eingedrungen. Was sich hier ereignete, ist überhaupt bezeichnend für die gesamte kontinentaleuropäische Lage, wie sie sich in den letzten Wochen gestaltet hat. Das Kabinett Baldwin geht unter dem Druck der britischen Industrie auf der ganzen Linie dazu über die politische Abstinenz, die das Kabinett MacDonald wenigstens bis zu einem gewissen Grad gegenüber dem Kontinent gewahrt hatte, zugunsten einer ausgesprochenen Interventionspolitik aufzugeben. Das zukünftige, unionistische Empire wird auf die alte britische Europapolitik verzichten können. Aber es wird dies erst tun, wenn der Kontinent sich selber geholfen hat. Bis dahin denkt die unionistische Regierung nicht daran den Kontinent freizugeben. Diesen zwiespältigen Charakter der gegenwärtigen britischen Politik muß man sich völlig klar machen.<sup>3</sup> Sie bemüht sich einerseits stärker als unter dem Kabinett der Regierung der Labour Party die Einheitstendenzen des Reichs zu stärken und bemüht sich doch dagegen gleichzeitig auch das Reservepferd zu satteln, das nach Belieben in bestimmten Situationen benutzt werden kann; und dieses Reservepferd ist das europäische Festland. Also muß wieder Deutschland gegen Frankreich ausgespielt werden. Es ist bezeichnend, daß bei den kurzen Besprechungen, die der englische Staatssekretär des Äußern in Paris mit Herriot gehabt hat und bei den wichtigeren Konferenzen, die er mit dem Bevollmächtigten Herriots in Rom, nämlich Briand, führte, von der englischen Seite mit Vorbedacht und besonderer Betonung auf die Sicherheitsfrage am Rhein hingewiesen wurde. England versteht es ausgezeichnet in kritischen Augenblicken, wo eine deutsch-französische Verständigung zur Befriedung Europas droht, auf die ewig offene Frage in der französischen Politik zu drängen, eben die Frage der Sicherheit, indem es scheinbar dafür bestimmte Garantien anbietet, in Wahrheit Deutschland gegen Frankreich aufputscht. Der britische Staatssekretär Chamberlain pflegte daher mit Briand Vorbesprechungen zu einem künftigen Abkommen, das etwa im Frühjahr dieses Jahres spruchreif werden und eine gemeinsame Regelung der Rheinlandfrage und der damit zusammenhängenden Frage der Sicherheiten bringen soll. Hier erweist sich für unsere eigene Politik wieder einmal, daß es nicht genügt gerade so an der Grenze der eigenen Verpflichtungen entlang zu schiffen, sondern daß wirklich erfolgversprechend nur eine Politik sein kann, die selber die Initiative ergreift. Für eine wirkliche "Realpolitik" Deutschlands gegenüber Frankreich sind sozialphilosophische Betrachtungen darüber, ob das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs wirklich berechtigt sei, sind auch Versicherungen wie die unserer offiziellen Stellen, daß wir tatsächlich abgerüstet hätten, gänzlich belanglos; belangvoll wird unsere Politik in dieser Richtung erst, wenn wir von uns aus Frankreich sowohl in der Geste wie auch in positiven Vorschlägen über unsere Verpflichtungen hinaus entgegenkommen, das heißt, wenn wir mit Energie versuchen das deutsch-französische Sicherheitsproblem, wie es sich eigentlich gehört, allein zwischen Deutschland und Frankreich zu regeln und so vermeiden es durch Frankreich im Verein mit England uns gegenüber regeln zu lassen. Ohne Zweifel ist der letztgenannte Weg, so wie er jetzt unter Führung des britischen Kabinetts beschrritten wird, für uns der schlimmere. Nach dieser Initiative steht England wieder mit beiden Füßen auf dem Kontinent. Es hat damit zunächst zweierlei erreicht: 1. eine Durchkreuzung

3) Siehe *Quassel* Reichstagswahlen und Außenpolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 679 und folgende.



der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, 2. sehr wichtige Abmachungen mit Frankreich, die, durch Italien ergänzt, Nordafrika sowie den Nahen und Fernen Osten betreffen. Die so geschaffene neue Situation ist aber nicht nur für uns mit künftigen Konflikten geladen sondern ebenso auch für Frankreich. Denn die oben dargestellten vitalen Interessen Frankreichs, die zunächst eine Produktionsvereinigung mit der deutschen Industrie fordern, werden durch das Dazwischenkommen Englands gestört; darüber hinaus muß sich Frankreich auch klar sein, daß es durch ein Zusammengehen mit den Interessen des Britischen Reichs im Orient politisch schwer belastet wird. England hätte die ägyptische Frage ohne die französische Unterstützung, die es sich durch die Rheinlanderörterung erworben hat, nicht wiederum, wenn auch nur provisorisch lösen können. Wenn Chamberlain vor seiner Abreise nach Paris erklärte, er könne »nur den freundschaftlichen Rat geben das diesseits und jenseits des Ärmelkanals bestehende herzliche Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu verteidigen«, so weiß heute jedermann, was ein solches Wort aus dem Mund eines britischen Staatsmanns bedeutet; er konnte es unter der Heiterkeit und den Zwischenrufen der Opposition im englischen Unterhaus ruhig wagen harmlos zu erklären, die Besprechungen in Paris und Rom hätten nur den Zweck gehabt »einige kleine Angelegenheiten zu regeln, die ohne eine solche Vereinbarung Reibungsflächen geboten hätten«, das sei alles, was er über diese Besprechungen zu sagen für nötig halte. England hat wieder einmal gehandelt und geschwiegen. Aber England hat nicht nur den deutsch-französischen Zusammenschluß abermals verzögert, es sattet daneben mit bemerkbarem Eifer das eigentliche Pferd der konservativen Politik, dessen Ziel die Selbstgenügsamkeit des britischen Imperiums ist. Wenn England mit dieser Politik des Protektionismus innerhalb des Empire politische Abstinenz auf dem Kontinent verbände, so könnten wir damit nur einverstanden sein. Immerhin kann doch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß angesichts der unionistischen Tendenz der auf gegenseitige Meistbegünstigung abgeschlossene Handelsvertrag zwischen Deutschland und England sehr an Bedeutung einbüßt. England ist in der Lage das Recht der Meistbegünstigung uns gegenüber restlos auszunutzen, während es seinerseits den famosen Trumpf in der Hand hat den Vertrag durch Sonderabmachungen mit seinen Dominien erheblich zu durchlöchern.

Noch besteht für uns die Möglichkeit unter Berücksichtigung dieser Faktoren positive Vereinbarungen mit dem französischen Kontrahenten zu treffen; es wird Aufgabe unserer Politik sein bei allen noch zu führenden Verhandlungen nun mit besonderer Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß für die kontinentaleuropäischen Fragen nicht von dritter Seite Wünsche und Forderungen erhoben werden. Das bedeutet nicht Abschluß des Kontinents gegenüber England und seiner Wirtschaftssphäre sondern bedeutet lediglich Sicherung der ersten unbeholfenen Schritte des Kontinents gegen Spannungen, die aus dem ungeheuren Komplex des Britischen Reiches drohen.

Hinter das Problem der schwerindustriellen deutsch-französischen Verständigung treten besonders für uns in Deutschland die anderen wirtschaftlichen Verständigungsprobleme der beiden Länder, etwa der Textil- und Kaliindustrie, zurück. Für Frankreich wiederum treten sie stärker in den Vordergrund, denn die zollfreie Textilausfuhr des Elsaß ist bei den Verhandlungen einer seiner lebhaftesten Wünsche. Auf unserer Seite wird man vielleicht in diesem Punkt ein Übriges tun, um die uns zunächst interessierende Lösung des zen-

tralen Montanprobleme nicht zu stören. So kamen wir ja bereits entgegen im deutsch-französischen Kaliabkommen, das für 3 Jahre den vereinsstaatlichen Absatzmarkt kontingentierte, und in dem Frankreich die unverhältnismäßig hohe Quote von 37,5 % zugesprochen wurde. Die elsässischen Kaliwerke haben 1913 nur 2,5 % der gesamten deutschen Kaliförderung eingebracht (300 000 Tonnen bei 11 000 000 Tonnen insgesamt), und wenn sie auch unter staatlicher Förderung Frankreichs nach dem Krieg eine erhebliche Produktionssteigerung zustande brachten (1920 1 000 000 Tonnen), so ist doch dieser Anteil angesichts der deutschen Förderzahl (13 000 000 Tonnen) fürs erste immer noch gering. Wenn die Quote des elsässischen Exports nach den Vereinigten Staaten, die vor dem Krieg schon 40% des deutschen Kaliexports übernahmen, derart hoch bemessen wurde, so war das ein ausgesprochenes Entgegenkommen der deutschen Seite, die den drohenden Konkurrenzkampf vermeiden wollte. Man kann allerdings schwer voraussehen, wie sich die Lage in drei Jahren verändern wird. Offenbar plant man auf französischer Seite eine außerordentliche Intensivierung der elsässischen Kaliförderung, die man mit amerikanischen Krediten durchführen möchte. Frankreich hat seinen Kaliexport fast ganz auf die Vereinigten Staaten konzentriert, und es ist möglich, das diese Maßnahme mit seinen Kreditplänen zusammenhängt. Jedenfalls muß damit gerechnet werden, daß die elsässische Kaliindustrie dann viel stärker dasteht als heute. Von der Politik der beiden Parteien wird es abhängen, ob dann wieder eine Verständigung möglich wird. Außer der Kaliindustrie ist die Baumwollweberei in Frankreich der einzige Wirtschaftszweig, dessen Produktivität sich nach dem Krieg verbesserte. Die Baumwollweberei konnte bei einer Zunahme der mechanischen Webstühle um 28 % (1913 140 552, 1922 einschließlich der elsässischen 180 560) ihren Ausfuhrüberschuß um 78 % steigern; er betrug 1913 319, 1922 572 Millionen Goldfrancs. Diese Verbesserung war natürlich nur unter dem Regime der Zollfreiheit nach Deutschland möglich; 1921 kamen zum Beispiel 80 % der in Deutschland eingeführten Wollgewebe aus dem Elsaß. Das ist der eigentliche schmerzliche Punkt für England; darüber ließ ja der Besuch offizieller Vertreter der Manchesterbaumwollindustrie beim Premierminister keinen Zweifel. Wie die Frage der zollfreien elsässischen Ausfuhr gelöst wird, läßt sich zwar jetzt noch nicht sagen. Mit der einfachen formalen Feststellung, es liege kein sachlicher Grund vor das Elsaß, wenn es am 10. Januar 1925 zollpolitisch zu Frankreich kommt, noch gesondert zu behandeln, kommt man in dieser durch wirtschaftliche, historische und nationale Momente komplizierten Angelegenheit nicht weit.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geben den Kontrahenten seit dem Krieg zum erstenmal wieder die Möglichkeit als Gleichgewichtige ein Abkommen zu suchen. Beide sind darauf angewiesen es zu finden, der Besiegte und der Sieger. Endlich ist nach 5 verwirrten Jahren deutlich geworden, daß in Dingen der Wirtschaft nur die Lagerung der tatsächlichen wirtschaftlichen Kräfte und ihr ungehemmter Austausch gelten dürfen. Wo dieser unterbunden ist, stirbt die Wirtschaft. Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich heißt heute in erster Linie der Grenzzone zwischen Ruhr und Rhone wieder Leben geben, indem man dem dort abgedrosselten Verkehr nicht nur äußerlich technisch sondern auch im Austausch der Meinungen und Gedanken freie Bahn gibt.

## WILHELM BUCK · REPUBLIKANER AN DIE FRONT!

**S**EIT dem Zusammenbruch des alten Deutschen Reiches hat das deutsche Volk 4mal Gelegenheit gehabt sein Urteil über das auf politischem Gebiet in der Republik Erreichte abzugeben. Dieses Urteil ist für die Republikaner nicht befriedigend, selbst unter Berücksichtigung der zwischen den Mai- und den Dezemberwahlen 1924 für die republikanischen Parteien erzielten numerischen Fortschritte. Dieses Bekenntnis zur Unzufriedenheit verpflichtet den Ursachen nachzuforschen, warum nach 6 Jahren Republik das neue Deutschland unausgesetzten Angriffen eigener Volksgenossen preisgegeben ist.

Am 15. November 1918 schrieb die Deutsche Tageszeitung: »Verschwunden ist die Monarchie, weil die Träger der Monarchie sich persönlich als schwach und unfähig erwiesen, und zwar nicht erst während des Krieges. Das System ist endgültig verschwunden, darüber darf man sich nicht im unklaren sein.« Diese lichte und eigentlich selbstverständliche Auffassung hat bei den Trägern der Monarchie nicht lange angehalten. Träger der Monarchie waren im Sinn obiger Ausführungen nicht nur die 2 Dutzend früheren Landesväter sondern alle Angehörigen der monarchistischen Parteien, und diesen wird durch ein extrem rechtsstehendes einflußreiches Organ 1918 gesagt, daß sie sich als zu schwach und unfähig erwiesen haben die Geschicke Deutschlands in der bis dahin geübten und beliebten Art weiterzuführen. Der republikanischen Staatsform wird damit ein Kompliment gemacht. Denn der tiefere Sinn jener Ausführungen kann doch nur sein: Republikaner, an die Front!

Bereits 10 Wochen nach dem Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschlands fanden die ersten Parlamentswahlen statt. Die nach Weimar zusammenberufene Nationalversammlung zeigte ein überwiegendes republikanisches Gepräge. 165 Sozialdemokraten, 22 Unabhängige Sozialdemokraten, 75 Demokraten, 90 Zentrumsleute unter insgesamt 423 Abgeordneten, unter denen es auch noch außerhalb der hier angegebenen Parteien einige Vernunft- und Gefühlsrepublikaner gab. Von dieser Nationalversammlung erwartete ein großer Teil auch republikanischer Wähler Wunder. Sie sind nun freilich weder auf innen- noch auf außenpolitischem Gebiet eingetreten. Aber welch ein Deutschland hatte die Republik übernommen? Das Deutsche Reich war im 4jährigen Weltkrieg der unterlegene Teil. Alle in jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit aufgespeicherten Vorräte waren verbraucht, die Handelsbeziehungen mit der Welt abgerissen, die Kräfte der einzelnen Menschen geschwächt, die Produktion heruntergewirtschaftet, der Arbeitswille durch Not verringert, durch Demagogie sabotiert. Die furchtbare Zahl der rentenberechtigten Kriegsoffer, die Verpflichtung zur Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen und die Ungewißheit über die zu erwartenden Friedensbedingungen hatten eine Atmosphäre des Unbehagens und der Mutlosigkeit geschaffen, in der schon die ersten Anfänge organisierter republikfeindlicher Bestrebungen keimten. Diese Atmosphäre wurde nach dem Bekanntwerden des Inhalts des Friedensvertrags noch verschlechtert; in ihr konnten die Vorbereitungen zum Lüttwitzputsch ausreifen. Alte und junge, politisch unreife Männer liefen denen nach, die Ursache und Schuld des finanziellen und wirtschaftlichen Elends auf Revolution und Republik schoben. Bewußt und gewollt wurde auch der Sturmlauf gegen die republikanischen Regierungen im Reich und in den Ländern inszeniert, und Personen, die ihr Bestes

in den schwersten Zeiten eines Volkes dadurch hergaben, daß sie als Regierungsmitglieder durch den Schutt- und Trümmerhaufen eines zusammengebrochenen Reichs eine Gasse bahnten, auf der langsam und allmählich der wirtschaftliche Neuaufbau erreicht werden konnte, wurden als Verräter, als Franzosenknechte, als Judensöldlinge hingestellt. Die Folgen einer solchen Agitation sind nur allzu bekannt. Selbst aus dem Lüttwitzputsch im März 1920, der ein so schnelles, jämmerliches Ende fand, hatten die Feinde der Republik keine Lehre gezogen. Erst schüchtern, dann immer dreister gingen sie an die Organisierung republikfeindlicher Elemente auch nach dieser Zeit heran. Junge Leute, deren Lebenshoffnungen mit dem alten Reich mit gescheitert waren, ehemalige Kriegsteilnehmer, die zum Teil als unfertige Menschen von den Lehrstellen, aus den Unterrichtsanstalten und Hochschulen zum Kriegsdienst eingezogen waren, Kinder, deren Eltern finanziell und gesellschaftlich bis zum Kriegsausbruch gut dagestanden hatten, und die nun im Elternhaus fortwährend die Anklagen nicht etwa gegen den Krieg sondern gegen Revolution und Republik hörten, und dergleichen bildeten das Gros der Hakenkreuzorganisationen der verschiedensten Nuancierungen.

Wie weit Haß und Erwartung gingen, beweist der nachstehende Auszug aus einem Artikel, der im Herbst 1920 in einer deutschnationalen Jugendzeitung in Dresden erschien. Da lasen die jungen Leute dieses: »Wir verachten die volksfremde Organisation, die sich Deutsche Republik nennt. Wir stellen fest, daß wir uns durch nichts, durch keine Treue und keine Pflicht an die Verräter gebunden fühlen. Wir stellen fest, daß wir uns auch durch nichts gebunden fühlen an die Verfassung der Verräter oder die Regierung der Verräter. Wir sind nicht unmoralisch genug, um diese Republik auch nur scheinbar anzuerkennen. Wir haben es außerdem gar nicht nötig, denn auf unserer Seite sind Recht und Treue. Wir denken nicht daran uns Ebert und Severing und Buck zu fügen, wir denken nicht daran von "verfassungsmäßigen Mitteln" zu reden, wie es die Parteien tun, weil es für uns nur eine Verfassung gibt, und das ist die Verfassung des Deutschen Kaiserreichs, dem wir immerdar die Treue halten. Und so sagen wir der deutschen Jugend immer wieder: Ihr habt nicht die mindeste Verpflichtung gegenüber dieser Verfassung. Jedes Mittel ist gut und edel im Kampf gegen die Verfassung der Republik.« Welche Folgen solche Artikel in Deutschland selbst hatten, zeigen die Morde an Erzberger, Haase, Rathenau, Gareis, Paasche, zeigen auch die Ergebnisse der Wahlen, die ihnen folgten. Das Schlimmste aber war die außenpolitische Auswirkung. Das nach all der Kriegsverhetzung langsam wiedererstehende Vertrauen der Welt zur Ehrlichkeit des deutschen Volkes und namentlich zu seinem Willen zur Demokratie und Selbstverantwortung wurde dadurch aufs schwerste erschüttert.

Dieser Unterminierung der Verfassung und republikanischen Staatsform durfte man nicht tatenlos zusehen.

Im Frühjahr 1922 wurde durch einen Aufruf in republikanischen Zeitungen die Gründung des Republikanischen Reichsbundes bekannt gegeben. Pflichtbewußte Männer ersuchten um Beitritt zu der neuen Organisation, die sich als Ziel gesetzt hat den Einklang des deutschen Volks- und Staatslebens mit der republikanischen Verfassung zu erreichen und alle auf dem Boden der demokratischen Republik stehenden Parteien und alle überzeugten Republikaner für eine dauernde republikanische Zusammenarbeit zu gewinnen

suchte. Dieser Bund hat in einigen Bezirken und Städten ansehnliche Mitgliederzahlen erreicht und hat sich auch bei verschiedenen Feiern und bei Wahlen achtunggebietend gezeigt. Zu einer Volksbewegung hat er sich nicht entwickelt, seine Tätigkeit spielte sich im Kreis von Intellektuellen und republikanischen Arbeitern überwiegend in Diskussionsabenden ab, die immerhin zur Vertiefung der Liebe und Pflicht zum neuen republikanischen Deutschland beitrugen. Sein Weiterbestehen wird von den Mitgliedschaften als notwendig bezeichnet, wird auch neben der Tätigkeit des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht überflüssig sein.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dieser Bund republikanischer Kriegsteilnehmer, ist im Februar 1924 in Magdeburg ins Leben gerufen. Der Aufruf, der in alle Gaue Deutschlands ging, hat freudigen Widerhall gefunden, und jetzt stellt dieser junge Bund mit seinen Mitgliederzahlen alle monarchistischen und nationalistischen Organisationen in den Schatten; ein Beweis für die Werbekraft der republikanischen Staatsidee und den Willen der Mitglieder dem der Nation schädlichen Treiben der Feinde der Republik ein Halt zu gebieten. Welch großer Gedanke die Gründer des Bundes geleitet hat, sagt der erste Satz des Aufrufs vom Februar 1924: »Männer, die im Zusammenbruch des kaiserrichen Deutschlands die Nerven nicht verloren, haben auf republikanischer Grundlage das Deutsche Reich neu errichtet, geleitet und beseelt von dem einen Gedanken: Trotz verlorenen Krieges darf das Reich nicht untergehen, staatliche Einheit ist die erste Voraussetzung zum nationalen Wiederaufstieg!« In der Gründungsversammlung des Reichsbanners bedauerte ein Redner, daß es überhaupt nötig geworden sei solch einen Bund zu gründen und alle Republikaner zusammenzufassen. Aber sie war eben nötig, denn ohne eine nach außen stark in die Erscheinung tretende Republikwehr mußte man ein immer dreisteres Auftreten der Republikfeinde erwarten und auf Versuche von der Art des Hitlerputsches in München gefaßt sein, zum mindesten auf die Miniaturausgaben der diversen völkischen Putsche, die sogenannten Deutschen Tage, die Stahlhelm- und Ordensparaden und Fahnenweihen, die ohne besondern Sinn und Gedanken nur inszeniert werden, um den Haß gegen die republikanische Staatsform zu schüren. Die allzu vornehme Zurückhaltung von öffentlichem Auftreten, die die Republikaner 5 Jahre hindurch geübt hatten, machte ganz spontan einer lebendigen Bewegung Platz, die sich zeigt und dadurch wirbt und das Wort von den rührigen Monarchisten und den schläfrigen Republikanern endlich widerlegt.

Daß die Republikaner der verschiedenen politischen Richtungen im Republikanischen Reichsbund und im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Hand in Hand arbeiten, hindert keineswegs die programmatisch politische Tätigkeit der einzelnen Parteien, da die genannten republikanischen Organisationen ja keine eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen und die Lösung politischer und wirtschaftlicher Aufgaben ausdrücklich den dazu berufenen republikanischen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden überlassen. Darum hinweg mit dem Argwohn und der Gleichgültigkeit, die man noch hier und da in Parteigenossenkreisen gegen das Reichsbanner antrifft, hinweg aber auch mit dem gleichen Argwohn in einigen Kreisen der Demokratischen und der Zentrumspartei, in denen man wegen irgendwelcher mittätiger Personen die Teilnahme an den Arbeiten der Republikschutzwehr versagen will. Der Angriff der Monarchisten geht gegen alles, was republi-

kanischen Charakter hat, der Angriff geht gegen unser neu aufzubauendes Vaterland und sein Grundgesetz, die Verfassung von Weimar, die zwar nicht für die Ewigkeit geschaffen, zurzeit aber das Gesetzgebungswerk ist, mit dem und in dessen Rahmen Deutschlands Aufbau vollzogen werden kann. Alle Republikaner haben die Angriffe gemeinsam abzuwehren. Parteipolitische Bedenken dürfen sie darin nicht hemmen.

Als geistiges Bindeglied für die Mitglieder gibt der rührige Bundesvorstand die Halbmonatsschrift Das Reichsbanner heraus, das durch seinen Inhalt eine Fundgrube für Wissen und geschichtliche Bildung für das Geschehen des letzten Jahrzehntes bietet und daneben rücksichtslos die geistige Arm-seligkeit der monarchistischen Kampforganisationen durch Polemik, Kritik und Satire bloßlegt. Diesem Organ steht seit dem Monat November 1924 ein technisch und literarisch sehr gut ausgestattetes Wochenblatt, die Illustrierte Reichsbannerzeitung, zur Seite; sie hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits eine große Lesergemeinde gesichert. Diesen Zeitungen immer neue Freunde und Leser zuzuführen ist Dienst am deutschen Volk, Arbeit für die Deutsche Republik, die wir trotz allen Kümernissen und trotz der durch den Weltkrieg erzeugten Armut, die wir am meisten spüren, so ausbauen wollen, daß jeder Staatsbürger mit Stolz sagen kann: Dies ist mein Vaterland. Und auch der Weg zum Sozialismus, wirtschaftlich-politisch wie geistig-moralisch, führt nicht durch unfruchtbaren Gruppenterrorismus sondern durch die demokratische Republik.

## REGINA BARKAN · WAS KANN NIETZSCHE DER SCHULREFORM SAGEN?

**R**EGINA BARKAN wird den Schulreformbestrebungen zugestanden werden müssen, auch dort, wo man ihnen Maßlosigkeit und Ungeistigkeit nicht abstreiten kann: ihre Notwendigkeit. (Womit noch gar nichts darüber ausgesagt ist, ob das, was heute als entschiedene Schulreform auftritt, dem Notwendigen auch wirklich nahe kommt, ob es überhaupt das eigentlich Neue im Schaffenssinn trifft.) Das Thema Schülerleid und Schülerverzweiflung, das vor dem Krieg in der Literatur eine so große Rolle spielte, war im Entscheidenden wohl nicht richtig gestellt. Aber daß es, von verschiedenen Gesichtspunkten aus, so an- und ausdauernd behandelt wurde, zeigte ein Gemeinsames, vielleicht Verborgenes an. Auch in der Philosophie ließen sich Strömungen erkennen, die aus der gleichen Quelle fließen dürften, und sie vor allem beweisen, daß es sich hier nicht um Einzelzustände oder gar um Einzelpersönlichkeiten handelt, sondern daß ein ganzer Geist hier gemeint ist, der tief in die Gründe des Menschentums hinabreicht. Am meisten wird dies in der Philosophie Nietzsches deutlich.

Wo sich Nietzsche unmittelbar mit der Schulfrage auseinandergesetzt hat, in den Baseler Vorträgen über die Zukunft unserer Bildungsanstalten, da findet sich das Wesentliche der pädagogischen Sendung Nietzsches noch nicht vor. Denn naturgemäß war der jugendliche Professor damals noch nicht imstande für die praktische Gestaltung des Schulwesens die Konsequenzen aus der eigenen Philosophie zu ziehen. Dafür aber geht es in seinem ganzen großen Werk vorwiegend um das natürliche organische Wachstum des Menschengestes; es ist ein Kampf um das Recht des Werdens, eine

wahre Philosophie des Werdens, die ihr besonderes Gewicht noch dadurch bekommt, daß sie vielfach auch die Philosophie eines Werdenden ist. Diese Philosophie hat uns auch in unseren heutigen Schulnöten noch mancherlei zu sagen. Während jene frühen Vorträge Nietzsches noch ganz im Zeichen der Ideale einer vergangenen Epoche stehen, ist das Antlitz, das die Philosophie, im besondern die Bildungslehre des spätern Nietzsche trägt, durchaus nicht rückgewandt. Bei aller Bereitschaft von der Vergangenheit zu lernen und sich die Erfahrungen früherer Zeiten nutzbar zu machen, bei aller Ehrfurcht vor Herkommen und Tradition (und es gibt nicht viele, die die Notwendigkeit und den Wert der Überlieferung mit solcher Leidenschaftlichkeit gelehrt haben wie Nietzsche), die Philosophie seiner spätern Periode ist ausschließlich der aufgehenden Sonne der Zukunft zugewandt, und seine Bildungslehre als ein entschlossenes Bekenntnis zum Hier und zum Heute; zu jenem Heute allerdings, das zugleich ein Morgen ist.

Dieser Dienst am Werden, der immer ein Dienst an der Zukunft ist, wird bei Nietzsche durch das Götterpaar Dionysos und Apoll versinnbildlicht. In jenen Baseler Vorträgen kündigt sich das Element des Dionysischen, wenngleich noch schüchtern, bereits an, und zwar überall dort, wo Nietzsche von »Instinkten des Geistes« spricht. Was bedeutet nun dieses Dionysische, in dem man heute vielfach den Zentralpunkt der Philosophie Nietzsches sehen will? Unter Anlehnung an die Dionysischen Mysterien, deren Kult dem zerrissenen und dem aus seiner Zerrissenheit wieder auflebenden Gott Dionysos geweiht war, wird das Dionysische zum Symbol einer ursprünglich vorhandenen und in bestimmten Augenblicken wieder zu gewinnenden Verbundenheit, der Verbundenheit mit der Natur, auch mit der eigenen und all ihren Abgründigkeiten, der Verbundenheit mit der Menschheit, der Verbundenheit mit der Zukunft, der Verbundenheit mit einem geheimnisvollen Urgrund, also das Symbol einer alle Schranken des Individuums und der Zeit durchbrechenden Verbundenheit. Es symbolisiert sich hier das überströmende, ungebändigte Leben, das Chaos, die Alleinheit. Neben diesem Dionysischen aber steht bei Nietzsche, von vornherein gleich mächtig, wenn auch nicht gleich gewertet, das apollinische Moment da. Es ist die Gabe des Gottes Apoll, die das Chaos in Formen zwingt, die dem flüssigen Leben dauernde Gestalt verleiht, die dem dumpfen Schmerz lichte Töne zu entlocken weiß, es ist die Kraft der Abgrenzung, der Wille zur Bändigung, zur Differenzierung, zur Form.

Die weit höhere Bewertung des Dionysischen bei Nietzsche ist ein viel-sagendes Kennzeichen unserer Zeit und scheidet sie sehr deutlich von anderen ab, die zu einer umgekehrten Wertschätzung gelangt sind, zum Beispiel bei Aristoteles und bei Schiller. Aber diese höhere Bewertung des Dionysischen bedeutet nicht, wie man oft gemeint hat, ein Attentat auf die Vernunft, auf die klare Begrifflichkeit, auf Zucht und Form. Der Machtbereich des Gottes Apoll, der künstlerischen und wissenschaftlichen Formung, wird damit nicht angetastet sondern bekommt erst seine Verwurzelung im Lebendigen durch die Union mit dem dionysischen Tiefenreich. Die Entdeckung Nietzsches, daß die apollinische Formung der Griechen aus einem dionysischen Untergrund erwachsen ist, die mit Evidenz einleuchtet, weil sich ihre Richtigkeit an den Erfahrungen des Schaffenden immer wieder nachprüfen läßt, bedeutet nichts anderes als daß der Weg zu jeder Art von Klarheit durch das eigene Dunkel geht, und daß die Vor-

aussetzung zu jeder Sonderung, Differenzierung, Individuation, also zu jeder Gestaltung die Fülle ist, der überströmende Reichtum, das alle Bande sprengende Einsgefühl, das Ungestaltete, daß also die helle Geistigkeit ihre Wurzeln in der dunkeln Triebhaftigkeit hat, so daß alle Kultur, alle Kunst, alle Schönheit, kurz alles Schaffen ihre Säfte aus dem Dumpfen, aus dem Triebhaften, aus dem Erdhaften ziehen.

Überträgt man diese beiden von Nietzsche geschaffenen Kategorien auf die Schulfrage (was natürlich nur unter dem Vorbehalt geschehen kann, daß Kategorien niemals imstande sein können die Fülle des Lebendigen in sich einzufangen), dann wird man, ganz grob gesehen, die Sünden der alten Schule auf einen verfrühten Kultus des Gottes Apoll zurückführen können, auf einen gewaltsamen Formalismus, der die eigentliche Formung unmöglich machte, weil er das natürliche Leben, das ihre Vorbedingung ist, nicht zur Entfaltung kommen ließ. Hier begann nun die Schulreform. Durch ihr Eintreten für das Lebendige, für das Naturhafte, für das Recht des Kinderlebens, durch die stärkere Hinwendung zum Alltag, zur Diesseitigkeit, zum Leben der Gegenwart, sollte die zurückgedrängte dionysische Seite jenes schöpferischen Prozesses, den sie, ob bewußt oder unbewußt, immer in den Vordergrund stellte, zu ihrem Recht gebracht werden, weil ohne sie ein wirklich schöpferisches Denken und Gestalten niemals möglich sein kann. Das Kategorieenpaar des Apollinischen und des Dionysischen führt aber nicht allein zu einem Verstehen sondern auch zu einer Kritik der Reformtendenzen, und zwar zu einer immanenten Kritik, die die Schulreform und ihre Resultate nicht an von außen herangetragenen Wertungen mißt sondern gleichsam aus ihrem eigenen Grundwillen herauswächst. Es kann zugegeben werden, daß dem Menschen eines dynamischen Zeitalters, den eine stärkere Hingabe an das Leben kennzeichnet, die Schule nichts anderes sein kann als eine Stätte, wo sich die Kräfte entfalten, regen und stärken sollen, um bereit zu sein, wenn das Leben sie braucht. Wenn dies der Sinn der "schöpferischen Erziehung" ist, so kann sie einen wesentlichen Fortschritt gegen die alte Schule bedeuten, auch weil sie an die Stelle des monologischen Charakters, der unser ganzes Unterrichtswesen kennzeichnet, den soziologischen setzt, also über die einzelnen Strebungen hinüber einem Gesamtgeist zur Wirklichkeit verhelfen will, woraus vielleicht in der Tat Neues erwachsen kann. Mit einer wesentlichen Einschränkung aber. Gewiß mag nämlich die alte Schule vielfach darin gesündigt haben, daß sie das formale Moment, sei es nun als Orthographie, Grammatik, Disposition, System zu früh aufgedrängt und damit den lebendigen Fluß unterbunden hat. Und so ist das Streben der Schulreform der einseitigen und verfrühten Formenkultur der alten Schule das Recht des Lebendigen und Naturhaften entgegenzusetzen durchaus berechtigt. Aber weil es sich um das schöpferische Leben handelt, kann es keineswegs berechtigt sein, wenn nun nur das entgegengesetzte Moment berücksichtigt wird, das Triebhafte, Dionysische, und wenn das andere Moment, das Apollinische, das nach Sonderung und planmäßiger Formung verlangt, zu kurz kommt. Denn dieses Moment bedarf der bewußten und wohl auch der überlieferten Schulung. Hier nun braucht man Willen, Plan, System, wenn sich dieses auch immer wieder am Kind abstimmen und den Strömen des lebendigen Daseins geöffnet sein muß. Es wird gefordert, daß alle Wissenschaft vom wirklichen Leben, von der umgebenden Natur, vom Alltag, vom Spiel den Ausgang nehmen



soll. Wo aber Spiel und Alltag ohne weiteres die ganzen Unterrichtsstunden ausfüllen dürfen, dort scheint man geneigt zu sein schon mit dem Leben des Alltags, wie es ist, fürlieb zu nehmen. Es fehlt dort das Moment, das hinzukommen muß, damit alle diese Dinge erst Geist werden können: die Auswahl, die Gestaltung. Diese sind nicht nur Sache des Künstlers und Wissenschaftlers sondern auch die des Pädagogen. Das Fach, den Lehrstoff ganz beiseite drängen und den Unterricht lediglich nach der Parole "vom Kind aus" gestalten, dies kann ebenso sehr zur Gefahr werden wie einst die einseitige Voranstellung des Fachs. Es geht zwar nicht allein um die Sache, aber es geht trotz aller Schulreform auch niemals allein um das Kind, gerade auch um des Kindes willen nicht, sondern es kann von ihrer eigenen Zielsetzung gesehen immer nur darauf ankommen die Sache und den Menschen in einem schöpferischen Prozeß zu vereinigen.

Ist also die Schulreform, insbesondere der "Gesamtunterricht", auch durchaus imstande die alte Schule, auch das Gymnasium, in fruchtbarer Weise zu ergänzen, und dies in einem weit höhern Maß als es bisher geschehen ist, ablösen kann sie sie nicht. Denn ein "Zurück zur Natur" kann immer nur ein Weg zu den Anfängen aller Kultur sein, das Ziel der Kultur selber ist es nicht. Gewiß ist die Voraussetzung für das schöpferische Einheitsgefühl der höchsten Kulturstufe das ursprüngliche Einsgefühl und mit ihm die naive Produktivität des primitiven Menschen. Aber dieses allein genügt noch nicht. Wohl opfert man auf jenen Altären dem Gott Dionysos. Nur findet sich in diesem Dionysoskult nichts von Mysterien und nichts von Ekstase. Wohl begrifflich. Denn Ekstase ist dort, wo ein Wiederfinden nach einer langen Trennung vor sich geht. Dort aber soll das Naturhafte gar nicht verlassen werden. Es ist ein zahmer Dionysos, den keine rasenden Mänaden begleiten, es ist Dionysos das Kind, aber nicht das erlöste Kind, sondern das Kind noch vor seiner Zerreißung. Und weil es keinen zerrissenen Dionysos gegeben hat, so kann es auch keinen rasenden und keinen erlösten geben. Da es sich bei allem Schaffen aber immer ganz einfach auch um Wissen und Können handelt, so hat niemand die Höhen erreicht, der nicht den Weg der Entzweiung und der Trennung, des suchenden und zersetzenden Prüfens, gegangen ist. Der zerrissene Dionysos ist die Voraussetzung für die Vollendung der apollinischen Gottheit. In der dionysischen Raserei wird das Werk geboren.

## CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · GESICHT ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



ICH will einen Psalm der Trübsal und der Tränen singen.  
 Ich will einen Grabgesang der dunkelsten Nacht singen,  
 Wenn die Sterne ihre Antlitze verstecken,  
 Und die Donner ein Triumphlied  
 Der Rache und Sündflut brüllen.

Hier in der einsamen Wildnis,

Am Ort des Sinnens,

Unbelästigt vom Lärm der Menschen,

Laßt mich sprechen, so daß die Menschen aufhorchen müssen.

Die, die diese kurze Stunde versummen,

Und die, die da kommen werden.

Auf der verdunkelten Erde sehe ich ein Sumpfland,  
 Faulig, Blasen treibend, weithingedeht. Hier und dort  
 Erheben sich langsam Blumen, blühen einen Augenblick  
 Und sinken dann unter die Fäulnis.  
 Oberhalb, auf schwindelnder Klippe,  
 Das Antlitz ruhig wie der Berg,  
 Steht hochgetürmt die Gerechtigkeit,  
 In einer Hand eine Fackel haltend  
 Und in der andern das Schwert des Blitzes,  
 Die Spitze gesenkt; noch nicht erhoben.

Ich schaudere vor ihrer Stimme zurück,  
 Die, ohne Zorn, langsam spricht:  
 ›Mensch! Mensch!  
 Du hast die Erde mit Lichtern von Leichnamen erhellt;  
 Irrlichter eines fauligen und stinkenden Moors.  
 Es ist nichts, daß du den Himmel berührt hast  
 Mit deinen eisernen Türmen von Babylon,  
 Die Berge geebnet, die Wasserfälle gebändigt  
 Und den aufrührerischen Ozean in Fesseln geschlagen hast.  
 Du hast Adler losgelassen, um Freude  
 Von Kinderlippen zu pflücken,  
 Und hast geduldet, daß der Gewalthaber  
 Mütter untauglich macht, die Mutterschaft hassend,  
 Väter untauglich macht, der Vaterschaft fluchend.  
 Wer hat irgendwem das Besitzrecht an seinem Bruder gegeben?  
 Oder irgendwem gesagt ›Die Erde ist dein,  
 Dein Bruder soll dein Pächter sein‹?  
 Wer hat die Menschen zu Sklaven  
 An der Brust ihrer Mutter gemacht?‹

O der reingliedrigen, reinseeligen Männer und Frauen!  
 O des freien Himmels und der Erde und des Wassers!  
 Und flügelreicher Seelen!  
 Ich möchte lieber das gemeine Los schmecken  
 Und ein vollgestalteter Mann sein,  
 Als gleich einer Laus auf den Rücken der Armen leben.

## ADOLF BEHNE · KÜNSTLERISCHE AKTIVITÄT



CHON jetzt ist das Kunstjahr 1925 für Deutschland durch  
 2 Faktoren charakterisiert:

1. Deutschland wird die internationale Kunstgewerbeausstellung  
 Paris 1925 nicht mitmachen, weil ein verschuldetes Land für  
 solche Geschichten kein Geld ausgeben dürfe.
2. Deutschland wird am Rhein oder an den Masurischen Seen oder im  
 Riesengebirge oder am besten in der Sächsischen Schweiz ein wuchtiges  
 Kriegernationaldenkmal aufzuführen, das mindestens den 3fachen Betrag der  
 Summe kosten wird, die man für einen Pavillon auf der Pariser Kunst-  
 gewerbeausstellung hätte aufwenden müssen.

Die deutschen Kunstbeamten (und die Beamtenschaft reicht sehr weit in das Publikum hinein) legen sich abends nieder und stehen morgens auf mit der edlen Überzeugung von der unerschütterlichen Überlegenheit des deutschen Kunstgewerbes. Ich vermute aber, sie wissen nicht, was seit 1914 in allen europäischen Ländern gearbeitet worden ist, wissen nicht, daß ein äußerst intensiver Austausch von Erfahrungen rings um uns stattfindet, wovon zum Beispiel die in Brünn erscheinende tschechische Zeitschrift Wohnungskultur einen sehr guten Begriff gibt. Man ist in Frankreich, in Holland, in Belgien, in Tschechien, in Ungarn bemüht Haus- und Wohngerät des modernen Menschen in gemeinsamer Arbeit allmählich zu gestalten. Was diese Bestrebungen auszeichnet, ist fast allgemein eine erfreuliche Frische, Lebendigkeit und Beweglichkeit. Es wäre für uns von allergrößter Bedeutung gewesen die eigene Leistung in diesem Kreis zu zeigen. Überall ist das Interesse an Deutschlands Schaffen groß, ist die Stimmung in den modernen künstlerischen Kreisen warm und zuvorkommend. Und nun schlägt Deutschland die Tür zu seinem Atelier zu und brummt etwas von seiner unerhörten Schuldenlast. (Es handelt sich für Paris um 5 Millionen!)

Das wuchtige Kriegerdenkmal wird dafür ganz bestimmt und ganz unbedingt eine Scheußlichkeit werden, weil es von Vorstellungen ausgeht, die heute eine starke und überzeugende Gestalt nicht mehr finden können. Es steckt keine andere Idee dahinter als die des "Es schickt sich so". Keine Spur irgendeiner neuen menschlichen Stellung zum Krieg, wie sie doch bei den Völkern des "Feindbundes" in dem Kult des Unbekannten Soldaten Ausdruck findet. Nein, man muß eben ein Denkmal setzen. Eine andere Form der Ehrung gibt es offenbar nicht. Und wird so nichts anderes erreichen können als die Fortsetzung der Kriegerdenkmäler von 1870, der Bismarcktürme und der Kaiser Wilhelm-Male. Es ist völlig gleichgültig, ob rein formal dabei die allerschlimmsten Geschmacklosigkeiten diesmal vermieden werden. Man braucht nur die Vorschläge unserer Geistigen zu lesen, um zu erkennen, wie rein betriebsmäßig sie an die Sache herangehen.

Vorschlag: Man verwende die für das wuchtige Denkmal am Rhein angesetzte Summe zum Bau eines mustergültigen Erholungsheims für die Krüppel und Siechen des Krieges und gestalte den Pariser Pavillon als großes, auf die vollkommenste Art eingerichtetes Teilmodell dieses Baus. (Aber das kommt ja nun zu spät.)

Das Jahr 1925 wird noch einige andere sehr wichtige Entscheidungen bringen. Es seien nur die Neubesetzung des Stadtbauratpostens in Berlin und auch die für den Herbst geplante Reichskunstwoche in Berlin erwähnt.

Was die Nachfolge Ludwig Hoffmanns betrifft, so heißt es, daß die Stadt »in Verhandlungen mit namhaften Baukünstlern« stehe. Ein Ausdruck, der schon sehr skeptisch für den Erfolg stimmen kann. Denn die Pflichten, und zwar die allerwesentlichsten Pflichten, des Berliner Stadtbaurats sprengen längst den Umkreis künstlerischer Formproblematik. Was als Bauform sichtbar in die Erscheinung tritt, ist im Aufgabenkreis des Stadtbaurats keineswegs mehr das Wesentliche. Das bedeutet natürlich nicht, daß es nicht ästhetisch einwandfrei sein müßte. Viel wichtiger sind aber die weit in die Realitäten hinein reichenden organisatorischen, hygienischen, verkehrstechnischen Leistungen und Taten. Der neue Berliner Stadtbaurat darf nicht mehr wie Ludwig Hoffmann (dessen Einfluß auf die Neubesetzung aller-

dings wohl als ausschlaggebend in Rechnung gestellt werden kann) Architekt sondern muß darüber hinaus ein umfassender und durch und durch moderner Gestalter sein. Selbst der beste Architekt, wenn er nichts weiter ist als Architekt, ist hier am falschen Platz. Der Stadtbaurat braucht überhaupt nicht unbedingt Architekt zu sein, wenn er nur Urteil genug hätte in jedem Fall den richtigen Mann auf die richtige Stelle zu bringen. Das wäre ein viel gesunderer Zustand als die Auslieferung der Stadt an den architektonischen Ehrgeiz »namhafter Baukünstler«, die glauben ihre Aufgabe zu erfüllen, wenn sie der Stadt den Charakter ihrer Privatarchitektur, ihres "Stils" aufzwingen. Seit längerem fordert der Bund deutscher Architekten, daß die Bureaus der Stadtbauräte keine Monopolbetriebe für Architektur seien. Über diese Dinge ist, schon oft und vieles gesagt und geschrieben worden. Und doch zweifelt wohl niemand daran, daß wir eines Tages mit der Nachricht überrascht werden, der namhafte Baukünstler X oder Y sei zum Berliner Stadtbaurat für Hochbau einstimmig gewählt worden, und sicherlich wird dabei noch unter den Namhaften die Wahl daneben gehen.

Wir haben also folgenden Tatbestand: Es sind Menschen da, die eine rechte, begründete, klare Einsicht haben, die Zusammenhänge erkennen, sich der neuen sachlichen Aufgaben bewußt sind. Und auf der andern Seite treffen die faktisch Bestimmenden, als Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und der Kommissionen, Entscheidungen, oft von der allergrößten Tragweite, die nicht der bestmöglichen Einsicht entsprechen, obwohl wir keinen Grund haben an dem guten Willen der Beteiligten zu zweifeln. (In manchen Fällen allerdings ist man doch versucht an ein Nachlassen des einfachen menschlichen guten Willens zu glauben. So sind nach allen Daten, die uns bekannt geworden sind, die letzten Bilderankäufe der Berliner Städtischen Kunstkommission, trotz eindringlichen Bemühungen ihrer Fachmitglieder Liebermann, Kollwitz, Herrmann, eine ganz arge und unentschuld bare Entgleisung.

Es ist doch ein Zustand, der volkswirtschaftlich unsinnig ist, daß Werte wohl vorhanden sind, aber nicht an die Stelle gebracht werden können, wo sie sehr notwendig gebraucht werden. Gute, begründete Einsichten sind volkswirtschaftliche Werte. Es muß also ein Weg, ein Transportmittel gefunden werden die Einsichten an die Stelle zu bringen, wo sie sachlich notwendig sind und wirksam werden können. Wenn nun die Maschinerie des Bureaokratismus das nicht ermöglicht, so müssen unbedingt andere, neue Wege gefunden werden. Man wird sagen: Presse. Aber ich glaube, daß man, zumindest in kulturellen Dingen, die Wirksamkeit der Presse überschätzt. Der Bund deutscher Architekten hat im vorigen Jahr einen scharfen Protest gegen die Unterdrückungstendenzen gegenüber allen neueren Architekturbestrebungen durch Hoffmann und Böß gerichtet und in der Presse veröffentlicht. Die "besten Namen" standen unter dem Protest: Peter Behrens, Hans Poelzig, Bruno Taut, Hugo Häring, Ludwig Mies, Erich Mendelsohn usw. Erfolg? Nach 2 Tagen entsann sich kein Zeitungsleser mehr der Sache. Es scheint mir unbedingt notwendig einen andern Weg zu gehen: den der öffentlichen Versammlung, in der einer breiten Öffentlichkeit sachlich und eindringlich erklärt wird, um was es sich für die Allgemeinheit handelt. Die Vertreter des betreffenden amtlichen Ressorts werden eingeladen Stellung zu nehmen, ihre Auffassung darzulegen. Es kommt hierbei nicht auf Abstimmungen an sondern darauf die Dinge aus der aktenmäßigen Behand-

lung, bei der immer alles stimmt, und niemals das Richtige herauskommt. zu befreien. Die Künstlerschaft scheint vor diesem Weg eine tiefe Scheu zu haben. Und doch ist es vielleicht der einzige, der zum Ziel führen könnte. Gelingt es nicht durch Zusammenarbeit aller Wollenden die Allgemeinheit an den wichtigen Gestaltungsaufgaben der Zeit zu interessieren, so ist alle Arbeit umsonst. Es ist schwer zu verstehen, weshalb zum Beispiel die Künstlerschaft nicht rechtzeitig in öffentlicher Versammlung ihre Forderungen zur Angelegenheit Paris 1925 erhoben hat; weshalb sie nicht einen französischen Kameraden zu einem Referat über die Ausstellung und gleichzeitig den Reichskunstwart zur Darlegung seines Standpunkts einlud.

Was die Wahl des Stadtbaurats angeht, so ist es für eine systematische Aufklärung der Öffentlichkeit, für ein wirksames Eingreifen und positives Mitarbeiten an der Lösung der Frage noch Zeit. Wer die Gelegenheit nicht ergreift, hat hinterher wenig Recht sich zu beschweren. In Holland zum Beispiel, im Wendingenkreis, ist es üblich Fragen von akuter und genereller Bedeutung in öffentlichen Versammlungen zur Diskussion zu stellen, und zwar unter Vorlegung fertig ausgearbeiteter Lösungen und Vorschläge. Ähnlich ist auch die Stuttgarter Architektenschaft in einigen Fällen vorgegangen, um die Regierung zur Stellungnahme zu zwingen. Die Künstlerschaft in Halle hat gegen die Kunstpolitik ihres Magistrats in öffentlicher Versammlung angekämpft.

Wer auf schnelle Erfolge hofft, wird wahrscheinlich enttäuscht werden. Aber bei strengster Sachlichkeit, die sich Vertrauen zu erwerben weiß (und auf die Dauer wird das strengere Sachlichkeit gelingen, aber auch nur dieser), ist der Erfolg gewiß.

## KÄTHE KOLLWITZ · GEDENKWORT AN DORA HITZ



IEBE Dora Hitz, vor 17 Jahren war ich mit Dir in Florenz zusammen, in der Villa Romana. Du standest damals noch im vollen Leben, hattest Freunde, genosset das schöne Italien. Jetzt, 17 Jahre später, bist Du in Berlin in Einsamkeit gestorben. Du hast bitter geklagt, daß die Menschen Dich vergessen hätten, als Künstlerin sowohl wie als leidenden Menschen.

Laß es gut sein! Es geht ja meist so, daß die junge Generation die Leistung der vorangehenden unterschätzt. Sie *kann* ihr nicht gerecht werden, weil sie nur sich und ihre Kämpfe um das Ziel vor Augen hat und vor Augen haben *muß*.

Auch diese Generation wird, zu ihrer Zeit, von einer neuen Welle überflutet. Aus dem scheinbar Untergetauchten und Hinweggeschwemmten aber hebt sich später die und die künstlerische Persönlichkeit wieder empor, wird neu gewertet und steht auf festem Grund der Anerkennung als zu Lebzeiten.

So wird es Dir gehen. Das Beste, was Du gemacht hast, wird bleiben. Wird in seiner Schönheit und in dem besondern Gepräge, das Deine Arbeiten haben, gewürdigt werden.

Dein Platz ist Dir sicher.

Nun aber ruh aus von langen, qualvollen Krankheitsjahren. Das Leben ist vorüber, Du hast ausgekämpft.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

**Deutschland:** Das Wirtschaftsjahr 1924, das dem in jeder Beziehung katastrophalen Ruhrkonfliktsjahr 1923 folgte, schließt für Deutschland mit manchen günstigen Ausblicken ab. Wenn sich vor einem Jahr, nach der Billionisierung des Goldes im Verhältnis zur Papiermark und nach der Gründung der Rentenbank im November, eine Stabilisierung der Währung vorläufig durchsetzte, so war der Ausgang des anscheinend unerhörten Wagnisses damals noch keineswegs abzusehen. Ende 1924 dagegen verfügte nach den Erklärungen ihres Präsidenten die Reichsbank über nicht weniger als 2 Milliarden Mark an Gold und Devisen zur Stützung der Währung. Die mit April 1924 beginnende notwendige Abschneidung der Kredite, in denen der Fortbestand der Preishausse und die Tendenz zu immer neuer Inflation wurzelten, hat zwar in der Folgezeit schwere Erschütterungen und Umwälzungen für die überwältigende Mehrheit der Einzelunternehmungen nach sich gezogen. Die Liquidationen und Konkurse häuften sich zeitweise in beängstigender Weise; für Kredite wurden die fabelhaftesten Entgelte gefordert und gezahlt. An der Jahreswende 1924-1925 kündigt sich jedoch eine Erleichterung des Leihkapitalmarkts an; für Ende Januar glaubt der Reichsbankpräsident, dessen feste Hand in dem ganzen unvermeidlichen Sanierungsprozeß deutlich zu spüren war, sogar eine Ermäßigung des offiziellen Diskontsatzes in Aussicht nehmen zu können. Seit dem Zustandebringen der übergangszeitlichen Golddiskontbank war der Golddevisenbedarf der auf den Außenhandel angewiesenen Produktionszweige in erfreulicher Weise vom börsenmäßigen Devisenmarkt abgelenkt und einer mehr zweckentsprechenden unmittelbaren Befriedigung auf dem Weg des Diskontverkehrs mit der Goldbank zugeführt. Die alten Wolken der internationalen Valutaschwankungen verzogen sich. Die Reichsfinanzen gestalteten sich unerwartet günstig. An fort dauernden Steuern wurden in der Zeit vom 1. April bis Ende November 3677,85 Millionen eingenommen, bei einem Voranschlag für das ganze Finanzjahr 1924 von 4108 Millionen; die einmaligen Steuern stellten sich sogar vom 1. April bis

Ende November auf 57,52 Millionen gegenüber einem Voranschlag für 1924 von nur 36 Millionen. Bei einer entsprechenden Weiterentwicklung von Steuern und sonstigen Abgaben (Brodversorgungsabgabe usw.) hätte man demnach im Rechnungsjahr 1924 etwa 6,2 Milliarden Einnahmen, während der Voranschlag nur 5,24 Milliarden vorsah.

**Produktionsfrage** Der äußere Rahmen und die mehr technische Grundlage für eine tiefgreifende organische Wiedergenesung und allgemeine Kräftigung wären also gegeben. Weniger günstig sieht es andererseits noch immer, trotz unleugbaren vertrauenerweckenden Fortschritten, auf dem endgültig entscheidenden Gebiet der Produktion aus. Die Außenhandelszahlen sind vielleicht diesmal noch weniger beweiskräftig als sonst, weil in der jüngsten Einfuhrvermehrung und wachsenden Passivität der Handelsbilanz sich bis zu einem gewissen Grad der Zustrom von Auslandskrediten widerspiegelt, der nach der Annahme der Dawesgutachten und den entsprechenden Inlands- und Auslandsmaßnahmen allmählich fällig wurde. Aber für das 1. Halbjahr 1924 kam dies alles noch wenig in Betracht, und die Reichsstatistik ergibt für die ersten 6 Monate eine deutsche Einfuhr von 4448,6 Millionen Goldmark gegenüber einer Ausfuhr von nur 2820,5 Millionen. Für die Möglichkeit künstlicher Preishochhaltung ist die ehemalige künstliche Kreditstütze längst weggefallen; in der andauernd verbleibenden, zum Teil sogar sich noch verschlimmernden Preishöhe spricht sich demnach in der Hauptsache, neben der außerordentlichen Belastung der deutschen Produktion mit ihr an sich wesensfremden Auflagen, eine ungenügende Marktversorgung selbst gegenüber dem durch Lohnverkürzungen und sonstige Konsumbeschränkungen stark zusammengeschrumpften kaufkräftigen Bedarf aus. Und wenn man die unzureichende Produktionsausdehnung gern mit der schreiend unzulänglichen Verfügung über eigenes und fremdes Kapital in Verbindung bringt, so sollte man nicht übersehen, daß die ungenügende Kapitalsneubildung gleichfalls nichts weiter als ein Symptom des produktiven Zurückbleibens und Versagens ist. Sehr beachtenswert spricht sich hierüber der Wirtschaftsbericht der Kommerz- und Privatbank aus: »Der Ge-

sundungsprozeß unserer Wirtschaft schreitet nur in langsamem Tempo vorwärts. Das bezieht sich vor allem auf die Kernfrage, nämlich die Neubildung von Kapital, der Grundlage jeder ersprießlichen Wirtschaftstätigkeit und der Voraussetzung für die der Wirtschaft zu gewährenden Kredite. (Auslandskredite kommen immer nur in beschränktem Umfange und für besondere Zwecke des Imports oder Exports in Betracht.) Wie langsam die Neubildung von Kapital vor sich geht, zeigt der Umstand, daß von den den Sparkassen zur Verfügung gestellten Mitteln nur etwa 20 % auf wirkliche Spareinlagen entfallen, während etwa 80 % Giro Guthaben der Kommunen und sonstiger öffentlichrechtlicher Körperschaften darstellen dürften. Auch bei den Banken dürfte unter den Depositen das eigentliche Sparkapital kaum einen größeren Prozentsatz ausmachen. Darin sind die ganzen Schwierigkeiten unserer Wirtschaft begründet . . . Die Frage der Kapitalbildung ist aufs engste . . . mit der Belebung der Produktion . . . verknüpft.«

**Valutenbesse-** Als Zeichen der allmählich  
**rung** sich innerhalb wie außerhalb Deutschlands vollziehenden Gesundung und wiederum als selbständig fortwirkendes Element der Beruhigung läßt sich an der Jahreswende auch die größere Stetigkeit der Valuten bezeichnen. Die Zahl der nationalen Währungen, die im Lauf des Jahres 1924 entweder das alte Goldpari zu erreichen und festzuhalten oder doch ein neues Wertverhältnis zum Gold praktisch hinreichend zu stabilisieren vermochten, mehrt sich zusehends. Auf der ersten und höchsten Stufe finden wir neben den Vereinigten Staaten Schweden, Holland und die Schweiz: allerdings erfuhr Schweden, das im April als erstes europäisches Land die Goldausfuhr freigab und die Noten der Riksbank für in Gold einlösbar erklärte, einen gewissen Rückschlag gegen Jahresende. Die Stabilisierung, obwohl oft auf früher nicht geahntem niedrigen Niveau, gelang Deutschland, Österreich, Polen, Finnland, Litauen und Lettland, zum Teil auch Rußland. Mit Schwankungen nicht über 5 % hielten sich die Währungen Großbritanniens, Italiens, Spaniens, Dänemarks, Norwegens, der Tschechoslowakischen Republik und Estlands. Zwar von größeren Schwankungen nicht frei, jedoch im großen und ganzen aufsteigend finden wir die Wertbewegung der Valuten bei Portugal,

Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien. Nur die Lira und der französische Franc haben noch am wenigsten ihren Ruhepunkt gefunden: in den Tagen vor Weihnachten erhielt man in London für das Pfund Sterling 87,575 französische Francs (Pari 25,225) und 108,875 italienische Lire, wobei freilich das jüngste Steigen des Pfund Sterling gegenüber dem Gold und dem Dollar zu berücksichtigen ist. Immerhin vermochte auch der französische Franc Ende März und Anfang April die gegen ihn gerichtete internationale Baissespekulation glänzend und unter schweren Verlusten weiter deutscher und ausländischer spekulierender Börsenkreise zurückzuschlagen.

**Österreich:** Im Gegensatz zu Deutsch-  
**Währungs-** land, das sich bei seiner  
**reform** Währungsneugestaltung dem Dollar anschloß, hat Österreich in seinem vor Weihnachten rasch erledigten, der Öffentlichkeit vorher kaum unterbreiteten Währungsgesetz den Übergang zur Schillingwährung gewählt. Der Schilling wird ab 1. Januar 1925 10 000 Kronen gleichgesetzt und in 100 Groschen eingeteilt. Die Schillingrechnung bleibt zunächst fakultativ. Die öffentlichen Haushalte müssen bis spätestens 30. Juni umgestellt sein, Verwaltungsstellen und Gerichte müssen schon vom 1. Mai ab ihre Geldbeträge in Schilling und Groschen festsetzen. Das neue Währungsgesetz hebt den Annahmezwang für den Silberschilling auf und begrenzt den Umlauf mit 10 Schilling auf den Kopf. Die kleineren Münzen dürfen 5 Schilling auf den Kopf nicht übersteigen. Der Goldschilling wird entsprechend dem Dollarkurs mit 0,2217 Gramm Feingold festgelegt; die Bundesgoldmünzen sollen zu neun Zehntel fein 'ausgeprägt' werden. Die österreichische Nationalbank darf bis Ende 1926 auf Kronen lautende Banknoten ausgeben, doch sollen die auf 10 000 Kronen und weniger lautenden Noten möglichst bald aus dem Verkehr gezogen und durch Schilling- und Groschenmünzen ersetzt werden. An einen Goldumlauf ist natürlich auch in Österreich vorläufig nicht zu denken. Der Anschluß der österreichischen Währung an die englische berührt nach dem deutschen Vorangang, und wenn man erwägt, wie leicht man eine Übereinstimmung mit dem deutschen Münzsystem hätte erzielen können, etwas seltsam. Für den künftigen Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich wäre das doch die gegebene Vorbereitung.

**Wiederaufbau-** Eine dankenswert objektive  
**publikationen** Beurteilung der allgemei-  
nen Lage *Deutschlands*  
ging vor einem Jahr bereits von dem,  
mit der Carnegie Corporation zusam-  
menhängenden Institute of Economics in  
Washington aus. Die Schrift *Germany's*  
*Capacity to Pay* /New York, Mc Graw-  
Hill Book Company/ blieb damals nicht  
ohne tiefen, für Deutschland vorwie-  
gend günstigen Eindruck in den Ver-  
einigten Staaten. Die Dawesgutachten  
gaben den Anstoß zu einem 2. Aufklär-  
ungswerk, das jetzt von Robert Kuc-  
zynski ins Deutsche übertragen wurde  
und über die Stellungnahme der unbe-  
fangeneren Kreise Amerikas sehr gut  
unterrichtet: Harold G. Moulton Der  
neue Reparationsplan /Berlin, R. L. Pra-  
ger/. Nach Moulton öffnet der Sach-  
verständigenplan die Bahn für die  
»Herrschaft des gesunden Menschenver-  
standes. Wird er gemäß den leitenden  
Grundsätzen, wie sie von den Ausschüs-  
sen entworfen sind, durchgeführt, so  
dürfte uns der vorgeschlagene Plan so  
nahe an eine Lösung heranbringen, wie  
wir überhaupt je zu gelangen hoffen  
können. . . Wenn der Plan zum Spiel-  
ball von Politikern werden sollte, so wird  
nur wenig wirklicher Fortschritt das Er-  
gebnis sein. Wird nicht der schieds-  
richterliche Grundsatz bei Regelung von  
Streitigkeiten an die Stelle eines Sys-  
tems gesetzt, bei dem die Gläubiger  
gleichzeitig als Staatsgewalt, Richter,  
Geschworene und Gerichtsvollzieher han-  
deln, so werden nicht nur diejenigen,  
die bei seiner Verwirklichung finanziell  
mitwirken, ihre Gelder in ein verlorenes  
Unternehmen stecken, sondern das wirt-  
schaftliche Chaos in Europa wird noch  
verschärft werden.«  
Die wichtigsten *deutschen Gesetze* zum  
Londoner Protokoll hat mit einer Ein-  
leitung und kurzen Anmerkungen der  
Oberbibliothekar der Reichsbank Johan-  
nes Notzke unter dem Haupttitel *Das*  
*Bankgesetz von 1924* /Berlin, Verlag für  
bargeldlosen Zahlungsverkehr/ heraus-  
gegeben. Neben dem Bank- und Privat-  
notenbankgesetz sowie der Satzung der  
Reichsbank findet man hier die Gesetze  
über die Industriebelastung, das Münz-  
gesetz, das Gesetz über den Umlauf an  
Rentenbankscheinen. Speziell die Durch-  
führungsbestimmungen zum Industriebe-  
lastungsgesetz erläutert für die Praxis  
der Rechtsanwalt Fritz Koppe /Berlin,  
Spaeth & Linde/. Den Abbau der De-  
visengesetzgebung zusammen mit dem  
Kapitalfluchtgesetz, dessen Bestimmun-  
gen mit Beginn des neuen Jahres zu

erlöschen begonnen haben, kommentieren  
Wilhelm Koeppel und Hans Paschke  
/Berlin, Spaeth & Linde/.

Der Gutachtenversuch mittels der Index-  
methode durch variable Zuschläge die  
Reparationen an die Entwicklung der  
*deutschen Zahlungsfähigkeit* anzupassen  
hat Ernst Schuster zu einer anziehenden  
allgemeinen finanzpolitischen Studie  
Wohlstandsindex und Finanzreform, in  
der Sammlung *Recht und Staat* /Tübing-  
en, J. C. B. Mohr/ veranlaßt. »Die Fi-  
nanzwirtschaft braucht hin und wieder  
eine Kontrolle, ob sie mit der Entwicke-  
lung Schritt gehalten hat, sie braucht  
Kriterien, ob sie zu weiteren Belastun-  
gen schreiten darf. . . Eine solche Linie  
gibt der Wohlstandsindex.« Mit der von  
den Sachverständigen vorgeschlagenen  
Indexform sei zwar die Wohlstandsent-  
wicklung nicht genügend zutreffend zu  
erfassen, aber sie gebe doch »offenbar  
eine langjährige, langwellige Konjunktur-  
kurve eines bestimmten Teiles der Wirt-  
schaft wieder«; die Erfahrung werde die  
Berechtigung des »Kunstgriffes der Fi-  
nanzpraxis« zu erweisen oder zu wider-  
legen haben.

Auf Grund veröffentlichten Materials,  
aber zugleich persönlicher Informationen  
und Beobachtungen schildert Fritz  
Neisser das *deutsche Bankgewerbe*  
und seine Bedeutung für den Wiederaufbau  
der Wirtschaft /Berlin, Verlag für barg-  
geldlosen Zahlungsverkehr/. Die allge-  
meine Entwicklung des Geld- und Leih-  
kapitalmarkts in der Inflations- und Sta-  
bilisierungsperiode, die Bankpolitik in  
ihren einzelnen Ausstrahlungen, dazu die  
Lage und Tätigkeit der Sparkassen und  
der kommunalen Giroorganisation wer-  
den eingehend vorgeführt. Die Kredit-  
genossenschaften und die Realkredit-  
institute blieben (neben den Noten- und  
Staatsbanken) beiseite; die einen, weil  
sie in ihrem Aufbau keine wesentlichen  
Änderungen vollzogen haben, die an-  
deren, weil die Grundlagen der kommen-  
den Neugestaltung noch völlig ungeklärt  
waren.

Die Verhandlungen der vom englischen  
Zweig der Völkerbundliga im März 1924  
abgehaltenen 3tägigen Konferenz über  
das *englische Arbeitslosenproblem* gibt  
das Internationale Arbeitsamt in Genf  
unter dem Titel *Le problème du chômage*  
*en Grande-Bretagne, ses aspects natio-*  
*naux et internationaux* heraus.

Den Wiederaufbau in den *Vereinigten*  
*Staaten*, der sich freilich in ganz ande-  
ren Bahnen und nach anderen Gesichts-  
punkten vollzog als in Europa, lernt man  
in wesentlichen Grundzügen sehr gut aus



einer Sammlung von Referaten kennen, die im November 1923 der Academy of Political Science in New York vorlagen, und die jetzt von Seager und Moon unter dem Titel *American Economic Policies since the Armistice* herausgegeben wurden (New York, Columbia University). Nach einander werden hier die Agrarpolitik, der Zolltarif, die Einwanderungsfrage, das Transportwesen und die Kohlenproduktion von hervorragenden Sachverständigen dargestellt.

Die eigenartige amerikanische Zuspitzung des Geldgedankens und seine Anwendung auf die großen Reformprobleme der Nachkriegszeit lernt man in dem weitangelegten Werk Glenn E. Plumbs und William G. Roylances *Industrial Democracy, a Plan for its Achievement* (New York, B. W. Huebsch) kennen. Plumb ging bekanntlich von den vereinsstaatlichen Eisenbahnmißständen und den Forderungen der Eisenbahnergewerkschaften aus. In dem vorliegenden Werk sucht er die Grundgedanken seiner industriellen Demokratie auch auf die Industrie im allgemeinen, auf das Verkehrswesen und den Bergbau, die Märkte, schließlich auf den Kredit und die Landwirtschaft anzuwenden. Eine Reihe der hervorragendsten amerikanischen Gewerkschaftsführer bekennen sich in einem einführenden Geleitwort zu den Anschauungen des verstorbenen Reformers. Dies alles verleiht dem Werk eine symptomatische Bedeutung, gleichviel, wie man sich zu der Einzelkritik und den konkreten Verbesserungsvorschlägen auch immer stellen möge.

**Informationsmittel** Der Konsulent der Reichsberger Handels- und Gewerbekammer Josef Walter bietet die *Handelsverträge der Tschechoslowakischen Republik*, in deutscher Übersetzung gesammelt, dar (Reichenberg, Gebrüder Stiepel). Sehr willkommen ist hier auch die Einleitung: ein Überblick über die allgemeine handelspolitische Entwicklung unseres aufstrebenden Nachbarstaats und über die gesetzlichen Grundlagen für den Abschluß von Handelsverträgen. Nach Maßgabe der noch abzuschließenden Handels- und Zollverträge und ihrer Ergänzungen soll die Sammlung in weiteren Folgen fortgesetzt werden.

Die früher hier besprochenen *Konzerne der Metallindustrie*, herausgegeben vom Deutschen Metallarbeiterverband, erschienen in 2., ergänzter und verbesserter Auflage (Stuttgart, Alexander Schlicke). Noch drastischer wirkt die

fleißige und mit Material fast überladene Zusammenstellung und Zergliederung von Paul Ufermann und Carl Hüglin: *Stinnes und seine Konzerne* (Berlin, Verlag für Sozialwissenschaft/).

**Totenliste** Am 12. Juli 1924 starb in Berlin der Chef der bekannten und wegen ihrer Leistungen hochangesehenen graphischen Anstalt Büxenstein *Georg Büxenstein* in seinem 67. Lebensjahr. Er war ein Fachmann hervorragender Art und hat durch seine genaue Kenntnis der Einzelheiten des Betriebs sein Unternehmen auf die Höhe gebracht, die ihm von keiner Seite bestritten wurde.

Am 22. September starb in Zürich, 65 Jahre alt, der Nationalrat *Alfred Frey*, einer der hervorragendsten Wirtschaftspolitiker der Schweiz, der einen maßgebenden Einfluß auf die Handelsvertragsverhandlungen der Schweiz ausübte. Er war Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins.

**Kurze Chronik** Ein gutes Bild der seit der Währungszerrüttung ungleichmäßig stark differenzierten nationalen Geldmärkte bietet eine Vergleichung der offiziellen *Zinssätze*, wie sie in den letzten Tagen vor Weihnachten bestanden: New York 3 %, London 4 %, Paris 6 %, Amsterdam 4½ %, Brüssel 5½ %, Rom 5½ %, Bern 5 %, Prag 6 %, Stockholm 5½ %, Kristiania 6½ %, Kopenhagen 7 %, Madrid 5 %, Lissabon 9 %, Athen 7½ %, Japan 8 %, Indien 6 %, dagegen Budapest 12½ %, Wien 13 %, endlich Berlin 8 %, aber bei stark eingeschnürter Kreditgewährung (und mit nominell noch immer 90 % für Papiermarkkredite). Wegen der Francstabilisierung ging die Bank von Frankreich am Jahresende von 6 auf 7% im Wechseldiskont hinauf, während für Vorschüsse auf Wertpapiere der Zinsfuß 8 % blieb. ◊ Mit etwas verdächtiger Eile kam am 2. Dezember in London ein *deutsch-englischer Handelsvertrag* zum Abschluß, der durch seine Meistbegünstigungsformulierung die Verständigung mit Frankreich über die elsass-lothringischen Sonderwünsche zum mindesten nicht erleichtert, und der über die 26prozentige Reparationsabgabe die anfangs angekündigte erstrebte Verständigung keineswegs brachte. Die Ausnahmestellung der Kolonien und der interimprialen Handelsbeziehungen ist für England in bestimmtester Weise gewahrt. Daß mehr nicht zu erreichen war, läßt sich hören. Von einem wichtigen Erfolg

Deutschlands zu sprechen liegt aber jedenfalls kein Anlaß vor. Nach der endgültigen Entscheidung über die deutsch-französischen Verhandlungen wird man auf diese Dinge zurückkommen müssen.

#### Literatur

In Paul Arndts Schriftenfolge Heimarbeit und Verlag in der Neuzeit /Jena, Gustav Fischer/ erschien *Rudolf Kahns* Leinenweberei auf der schwäbischen Alb.  $\diamond$  Der Regierungsrat *Wilhelm Jähnl* erörtert in seiner Arbeit Die Entwicklung und die Bedeutung der Messen /Leipzig, C. Grumbach/ nach einer allgemeinen Geschichte der Messen deren Wiederaufrichtung und Neugestaltung nach dem Weltkrieg, um dann zu den mehr praktischen Fragen des Aufbaus der Messen, ihrer Beziehungen zu anderen Handelsförderungsmitteln und zum Staat überzugehen.  $\diamond$  Von der ganz richtigen Anschauung ausgehend, daß die Zollverwaltungspraxis und die administrativen Bestimmungen der Zollgesetze oft für den internationalen Handel wichtiger seien als die Zollhöhen selber, erörtert und zergliedert *Benjamin Arthur Levett*, ein praktischer Jurist, unter dem Titel *Through the Customs Maze* /New York, Customs Maze Publishing Company/ die Umständlichkeiten und Subtilitäten des vereinsstaatlichen Zollverfahrens, ferner die Antidumpingbestimmungen und die Präsidentenvollmachten gegen Schleuderkonkurrenz und für Retorsionen im Fordneygesetz. Auch die Versuche eine "amerikanische Wertgrundlage" bei Gelegenheit der letzten Tarifberatungen zu schaffen werden dargestellt. Unsere deutsche handelspolitische Literatur behandelt diese verwaltungstechnische Seite wohl zu wenig.  $\diamond$  Den Handels- und Wirtschaftsteil der Tageszeitungen zergliedert *Richard Wagner* in einer auch zu Nachschlagezwecken sehr brauchbaren Schrift /Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt/.  $\diamond$  Eine *japanisch-deutsche* Zeitschrift für Wissenschaft und Technik kommt seit Juli 1923 monatlich heraus /Lübeck, F. Hoffmann & Co./ Deutsche und japanische Wissenschaft sollen hier gegenseitig Fühlung nehmen und sich fördern. Etwa zwei Drittel des Raums werden den Naturwissenschaften, besonders der Chemie, der biologischen Chemie, der Medizin und der Technik, etwa ein Drittel den Kulturwissenschaften, dem dogmatischen deutschen und japanischen Recht, den neuen Rechtstheorien, Gesetzesentwürfen, der Soziologie und der Philosophie gewidmet.

#### Gewerkschaftsbewegung / Paul Kampffmeyer

**Gompers †** Am 11. Dezember 1924 lief in New York die Meldung ein, daß der amerikanische Arbeiterführer Samuel Gompers in Mexico durch einen Herzschlag dahingerafft sei. Die Nachricht wurde dann widerrufen, aber am 13. Dezember endgültig bestätigt. Gompers stand bis zur Gründung der American Federation of Labor im Jahr 1881 dem Sozialismus nahe. Ein heftiger Streit mit dem Marxisten De Leon, der die Gewerkschaften nur als Rekrutenschulen der Sozialistischen Partei bewertete, entfremdete ihn dem Sozialismus. Gompers widmete sich nach diesem Streit ausschließlich der Gewerkschaftsbewegung, und er wurde der eigentliche Schöpfer des Amerikanischen Arbeiterbundes, der im Jahr 1912 2 Millionen organisierter Arbeiter, im Jahr 1924 über 4 Millionen umfaßte.

In Amerika ist die Gewerkschaftsbewegung die Bewegung einer monopolistischen Gruppe von Arbeitern, die sich streng von den einwandernden Proletariern abzuschließen sucht, von denen sie eine Senkung ihrer Löhne, ihres ganzen Lebensniveaus befürchtet. Als Führer einer derartigen Bewegung gewerkschaftlicher Monopolisten mußte sich Gompers innerlich von einer internationalen Bewegung abkehren, die gelernte und ungelernete, heimische und fremde Arbeiter zu vereinigen sucht. Seine Beteiligung an einer internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahr 1909 war rein äußerlich. Sie war gewissermaßen ein dem Genossen Legien erwiesener Freundschaftsbeweis, und Legien täuschte sich am wenigsten über die Bedeutung dieser Mitarbeit.

Samuel Gompers hat 2 Menschenalter in Amerika gearbeitet und gelebt. Er entstammte einer jüdischen Amsterdamer Familie, ist aber in Europa nie heimisch gewesen. In London wurde er am 27. Januar 1850 geboren, bereits als 13jähriger Junge siedelte er nach Amerika über. Er hat ganz den amerikanischen Arbeiter an sich gezogen. Als Amerikaner dachte und fühlte er, und als Amerikaner hat er eben die Federation of Labor gegründet. Carl Legien hat in seiner vor einem Jahrzehnt veröffentlichten trefflichen Schrift *Aus Amerikas Arbeiterbewegung* /Berlin, Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften/ den Geist dieses Bundes lebenswahr geschildert und damit auch den Geist Samuel Gompers'. Die amerikanischen Gewerkschaften sind bestrebt sich ihre

auskömmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber den ungelerten Proletariern zu sichern, und sie wehren da planmäßig das Eindringen der einwandernden Arbeiter in ihre Organisationen ab. »Heute« bemerkte damals Legien »finden große Arbeitermassen keine Beschäftigung mehr, und es werden Einwanderungsgesetze erlassen, durch welche der Zustrom der besitzlosen Arbeitswilligen gehemmt werden soll, weil diese die ohnehin großen Elendsschichten in den Städten vermehren. Der selbe Gedankengang ist es, der zu jenen den Zutritt zu den Gewerkschaften erschwerenden Statutenbestimmungen geführt hat und deren Aufrechterhaltung ermöglicht, trotz aller Propaganda, die dagegen betrieben wird.« Gompers ist ein echtes Geschöpf der amerikanischen wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir dürfen niemals vergessen, daß wir in die Vereinigten Staaten fast das ganze liebe Europa hineinpacken können. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung läßt sich nicht zentralisieren, die Kontrolle der Beamten nicht durchführen, diesen muß eine große Selbständigkeit bei allen Aktionen, die sich über riesige Gebiete erstrecken, eingeräumt werden. Der Gewerkschaftsbeamte wird zum Geschäftsagenten, der im Interesse einer oder mehrerer Gewerkschaftsgruppen bestimmte Vereinbarungen mit diesen oder jenen Kapitalistengruppen abzuschließen hat. Er entwickelt sich schnell zu einem mehr oder weniger geschickten individualistischen Kontraktmacher, der ziemlich selbstherrlich handelt. Wir verstehen vollständig den in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurzelnden Arbeiterführer Gompers, wenn wir folgende Legiensche Charakteristik der gewerkschaftlichen Führer lesen: »Während in den Gewerkschaften Deutschlands bei irgendeiner Differenz im Betrieb zunächst der Werkstattvertrauensmann einen Ausgleich herbeizuführen sucht, wird drüben der Geschäftsagent (business agent) bei jedem, auch dem kleinsten Streitfall gerufen. Das unmittelbare Eintreten für die eigene Sache ist anscheinend ebensowenig üblich wie das persönliche Wirken für die Ausdehnung der Organisationen. Es werden diese Dinge als Geschäftssache von der Organisation angesehen und demgemäß behandelt.« Der amerikanische Gewerkschaftsbeamte verwächst gar nicht recht mit seiner Organisation, er steht ihr wie ein Kommissionär gegenüber, der von ihr bestimmte Geschäftsaufträge erhält. Er ist Geschäftsreisender, der eine über ein riesiges Land verstreute und

stets wechselnde Kundschaft zu bedienen hat, die sich überdies scharf und eifersüchtig von ihren eingewanderten Arbeitsbrüdern abzuschließen sucht. Samuel Gompers hat einmal die amerikanische Gewerkschaftsbewegung im Unterschied von der deutschen also charakterisiert: »In Deutschland haben die Arbeiter eine gemeinsame Sprache und Geschichte. Nicht so hier. Wir müssen überall völlig neue Gebilde schaffen in einem Lande, das 3200 Meilen breit ist. 1 bis 1¼ Million Fremde kommen alljährlich ins Land. Dazu haben wir 8 Millionen Andersfarbige, die erst vor einem halben Jahrhundert aus der Sklaverei befreit wurden, nachdem sie Jahrhunderte in Unkultur zugebracht.« Unter diesen Verhältnissen kann kein sozialistisches Solidaritätsgefühl erwachsen, das nur aus dem innigen Zusammenhang mit Klassen- und Berufsgenossen entspringen kann, die auf gleicher Kulturstufe stehen und durch eine gewisse Schicksalsgemeinschaft innerlich mit einander verwandt sind. Gompers' Seele gehörte der amerikanischen Arbeiterbewegung, und niemals konnte er wirklich mit dem Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund sympathisieren. Sein Anschluß an diesen war wieder nur äußerlich formell. Er löste ihn, nachdem er sich näher mit den sozialistischen Tendenzen dieses Bundes vertraut gemacht hatte.

Im Krieg hatte Gompers eine leitende Stelle im Kriegsamt. Ihm standen die Türen zu allen parlamentarischen Ausschüssen offen. Im November oder Dezember 1914 schlug er bereits die Mitwirkung der Arbeiter bei den Friedensverhandlungen vor. Zu diesem Vorschlag bemerkt Albert Baumeister in seiner Schrift Die Gewerkschaften und die Internationale Arbeitsorganisation /Lausanne, Imprimerie Populaire/, »daß dieser Kongreß zu gleicher Zeit und am gleichen Ort wie die Friedenskonferenz zusammentreten sollte. Er [Gompers] hoffte, daß ein solcher Kongreß die Beschlüsse der Staatsmänner wesentlich in einer Richtung beeinflussen könne, wie sie den Wünschen der Gewerkschaften entspricht.« Auf der interalliierten Konferenz in Leeds, die am 5. Juli 1916 eröffnet wurde, unterstützten die Franzosen den Vorschlag Gompers' warm, während die britischen Vertreter der Ansicht waren, keine Regierung werde einen internationalen Arbeiterkongreß zugleich mit der Friedenskonferenz dulden. Als 1919 die Friedenskonferenz der Alliierten in Paris zusammentrat, setzte

sie eine Kommission zum Studium der Arbeitergesetzgebung ein. Gompers wurde zum Vorsitzenden der Kommission ernannt. Baumeister rühmt ihm nach, seiner Energie seien »zweifellos manche fortschrittliche Beschlüsse der Kommission zu danken«.

In den letzten Jahren bemühte sich Gompers die Gewerkschaften Amerikas in einem panamerikanischen Kongreß zusammenzufassen. In Mexico hatte er mit seinen Bestrebungen viele Erfolge. Es ist natürlich völlig verfehlt, wollte man die antisozialistische Gesinnung Gompers' auf egoistische Motive zurückführen. Gompers ist eben Stockamerikaner geworden, und seine abweisende Haltung gegenüber dem Sozialismus muß aus dem eigenartigen geschäftlich-industriellen Charakter des amerikanischen Lebens begriffen werden. Die Schaffenskraft und die Persönlichkeit des amerikanischen Arbeiterführers werden in der Geschichte der Arbeiterbewegung fortleben.

**Bildungsarbeit** Die erfreulichste Erscheinung des heutigen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Lebens ist die rege Diskussion des Bildungsproblems in beiden Heerlagern der organisierten Arbeiterschaft. In dieser Diskussion bricht überall der Gedanke sieghaft durch: Die Partei wie die Gewerkschaft können sich nicht damit begnügen nur zahlende Mitglieder für die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe zu werben, passive Mitglieder, die im wesentlichen die Einleitung und Durchführung der politischen oder ökonomischen Aktionen den Führern überlassen. Die grundlegende Frage dieser beiden ganz auf die Demokratie gestellten Bewegungen ist die Erziehung der Masse zur Selbständigkeit. Nur selbsttätige Massen können sich die richtigen Führer wählen, mit denen sie einen politischen oder wirtschaftlichen Erfolg erringen können.

»Die Gewerkschaftsbewegung« führte Richard Seidel im Gewerkschaftsarchiv aus »bedarf der entschlossenen und straffen Führung, aber diese Führung kann nur fruchtbar wirken und die Verantwortung für das Ganze nur dann tragen, wenn sie von den Massen jederzeit verstanden wird. Ein ernsthaftes und selbständiges gewerkschaftliches Bildungswesen muß dafür sorgen, daß die erkenntnistmäßigen Voraussetzungen des Handelns bei Mitgliedschaft und Führung gleich sind, soweit das erreichbar ist. Nur aus solcher geistigen Übereinstimmung kann die Einheit zwischen diszi-

plinierter Mitgliedschaft und sachkundiger Führung, an der es heute oftmals mangelt, entstehen. Die Partei kann die ganze Aufgabe der Bewegung, Führung und Aktion in die Hand der Fraktionen legen. Sie kann ihre Beziehungen zur Masse darauf beschränken, daß sie sie um knappe, schlagwortmäßige Parolen sammelt, wenn die Führung es für zweckmäßig hält. Bei der Partei kann, was gegenwärtig sehr stark der Fall ist, die Meinung maßgebend werden, die Massen hätten nur zu erscheinen, wenn sie gerufen werden. In den Gewerkschaften aber sind die Massen stets gegenwärtig, drängend und fordernd.« In diesen Worten spricht sich eine starke Verkenning der wirklichen Aufgaben der Sozialdemokratie aus. Die Sozialdemokratie ist nicht nur eine Partei zur Organisation politischer Wahlen, sie ist eine politische Kulturpartei, die täglich in ihren Blättern die Massen in die großen staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Zeit einzuführen und zu einer tätigen Beteiligung an der Lösung dieser Fragen anzuspornen sucht. Die Aufklärung über das Wesen der heutigen Gesellschaft, über ihre wirtschaftlichen und politischen Funktionen, über den Stand der Wirtschaft und über ihre Entwicklungstendenzen gibt heute noch im wesentlichen die sozialdemokratische Tageszeitung. Die Sozialdemokratie trifft daher eine hohe Verantwortung: Sie ist noch bis zur Stunde die hauptsächlichste wirtschafts- und kulturpolitische Erzieherin der Masse und die Leiterin ihrer politischen und sozialen Energien, deren entfesselte Tätigkeit dann auf die Gesamtsituation des ganzen Volkes einwirkt. Stellt man sich diese Tatsache vor Augen, so kann man durchaus nicht Seidel beistimmen, wenn er schreibt: »Die Aufgabe der Mehrzahl der Funktionäre der Partei erschöpft sich in der Betreuung der eigenen Organisation; Verantwortung haben sie nur gegenüber den eigenen Parteigenossen.« Nein, verantwortlich sind sie auch in ihren Worten und Taten der Gesamtheit.

Wer sich heute über die Ziele der gewerkschaftlichen Bildung klar werden will, der darf die innigen und über Jahrzehnte reichenden Beziehungen zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht vergessen, der muß sich eine anschauliche Vorstellung von dem volkswirtschaftlichen, politischen und sozialkulturellen Wissen machen, das seit einem halben Jahrhundert die sozialdemokratische Presse gerade in Gewerkschaftskreisen verbreitet hat. Wer die gewerk-

schaftliche Bildungsarbeit heben will, der darf die bisherige Tätigkeit der Sozialdemokratie und ihrer Funktionäre nicht unterschätzen. Das »weltanschauliche Element«, dessen Bedeutung für die Schulung der Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsmitglieder Seidel durchaus richtig würdigt, ist immer besonders stark von der Sozialdemokratischen Partei betont worden. Seidel greift in seiner Kritik der sozialdemokratischen Bildungsarbeit wohl vor allem den Funktionär heraus, der in dem Einpeitschen politischer Schlagworte und in der Vorbereitung politischer Wahlen seine Tätigkeit erschöpft sieht. Er kennt aber die weltanschaulich bewegende Kraft, die sich in der Sozialdemokratischen Partei wie in den Gewerkschaften auswirkt, zu gut, um nicht sofort wieder seine Stimme für ein gewisses Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft in den Bildungsfragen zu erheben. Er schreibt nämlich, nachdem er die Notwendigkeit einer selbständigen Sach- und Zweckschulung der Gewerkschaften begründet hat, wörtlich: »Aber diese Unterschiede des Interesses der Partei und Gewerkschaften an einer gediegenen Bildungsarbeit, die gegenwärtig bestehen, aber, wie wir ausdrücklich betonen möchten, nicht von Dauer zu sein brauchen, werden beide Zweige der Arbeiterbewegung auch jetzt nicht hindern gerade auf diesem Gebiet so gut wie möglich gemeinsam zu arbeiten, um jenem Gebot der Ökonomie der Kräfte Rechnung zu tragen.« Die Bildungsarbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft bewegt sich in allen theoretisch-wirtschaftlichen und politisch-sozialen Fragen fast in gleicher Bahn. Zur Hebung der sozialistisch-gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist nun der Vorschlag gemacht worden einen Kulturbeitrag zu erheben, um besonders die Führer der Arbeiterbewegung fortzubilden. Georg Engelbrecht Graf schlägt vor einen jährlichen Kulturbeitrag von 1 Mark den Gewerkschaftsmitgliedern für die Fortbildung der Gewerkschaftsfunktionäre aufzuerlegen. Der Gedanke der Erhebung eines Kulturbeitrags ist durchaus gesund. Aber dieser Beitrag sollte in erster Linie für die Schulung der Masse verwendet werden. Die Gewerkschaftsmitglieder haben sich ihre Beamten zur planmäßigen Durchführung aller Massenaktionen zu wählen. Sie müssen das Wesen der heutigen Wirtschaft und der ihr entspringenden sozialen und politischen Probleme begreifen. Die Herausgabe von aufklärenden

Schriften für die Gewerkschaftsmitglieder ist dringend geboten. Wenn die Gewerkschaftszentrale für diesen Zweck Millionen auswirft, dann kann sie nach und nach eine populäre gesellschaftswissenschaftliche, kulturpolitische und kulturgeschichtliche Literatur schaffen, die den organisierten Massen unentgeltlich zugestellt wird. Wilhelm Schütze hat vor einiger Zeit die Verwendung eines zu erhebenden Kulturbeitrags für die Begründung eines genossenschaftlichen Büchervertriebs empfohlen, der die bereits bestehende Zersplitterung in der Organisation der Bücherfreundevereinigungen aufhebt und die Mittel der Arbeiterschaft zu einer allgemeinen wissenschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Befruchtung des proletarischen Geistes konzentriert. Diese Konzentration sollte durch die Vorstände der Partei und der Gewerkschaften in die Wege geleitet werden. Der Vorschlag Schützes steuert also auf eine planvolle geistige Hebung der Masse der Arbeiterschaft hin.

Lehrreich ist die Mitteilung Richard Woldts im Gewerkschaftsarchiv, daß Legien den Gedanken des Kulturbeitrags bekämpft hat, weil er, von der Gesamtheit aufgebracht, nur einer kleinen Schicht zum Vorteil dienen würde. Nur ein Viertel des Kulturbeitrags sollte für die Fortbildung der Führer verausgabt werden, drei Viertel sollten aber mindestens der Masse zugute kommen. Die Kulturidee des »Arbeiterstandes« muß in dieser Literatur leben, die unentgeltlich an die Arbeiter abgegeben wird. Vorbildlich für den Geist dieser Literatur bleibt immer noch das Arbeiterprogramm Ferdinand Lassalles. Man setze Preise für derartige Schriften aus, die in Wort und Bild den Kulturinhalt der neuen Arbeiterbewegung, der neuen Wirtschaft und des neuen Staates lebendig zum Ausdruck bringen.

**Wirtschaftliche Macht** Das Wort von der Eroberung der wirtschaftlichen Macht kehrt jetzt in den Gewerkschaftsblättern immer und immer wieder. So spricht Xaver Kamrowski /Berlin/ in der Gewerkschaftszeitung vom 18. Oktober 1924 von dem durch lange Erziehung befestigten Glauben, die Lösung der sozialen Frage erfolge allein schon durch die Eroberung der politischen Macht, von diesem Glauben, der endlich von der Einsicht abgelöst werden müsse, daß sich die politische Macht nur als »Reflex der wirtschaftlichen Macht« darstelle. Diese Ein-

sicht hat zu der Theorie geleitet, die politische Demokratie müsse durch die wirtschaftliche Demokratie begründet und befestigt werden. Bebel sah auf dem Erfurter Parteitag die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat als den einzig gangbaren und den schlechthin notwendigen Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse an. Im Jahr 1893 erschaute er im Geist, wie den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten wurde. An der langjährigen Haltung der leitenden sozialdemokratischen Parteiführer zur Gewerkschafts- und Genossenschaftsfrage weist Hans Müller in seinem sehr lesenswerten Schriftchen Von der liberalen zur sozialen Genossenschaftstheorie /Jena, Selbstverlag/ nach, daß sich diese Führer lange Zeit nichts von der Entwicklung der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen versprochen und fast alles von der Eroberung der politischen Macht erwarteten. Die Sozialdemokratie stand, nachdem sie das Erfurter Programm angenommen hatte, vollständig unter dem Bann, daß der Kapitalismus sehr schnell und katastrophal zusammenbrechen werde. Der Radikalismus, wie er 1890 und 1891 durch die "Jungen" vertreten war, hatte einen bergeversetzenden Glauben an die bevorstehende Katastrophe des Kapitalismus. Daher verwarf er jede soziale Reformpolitik und jeden Parlamentarismus. Seine wegwerfenden Urteile über die sozialdemokratischen Parlamentarier, die von diesen teilweise als persönliche Beleidigungen und Beschimpfungen empfunden wurden, gingen aus diesem Glauben hervor. Sie verwarfen das "Parlamenteln", da sich ja bereits die Götterdämmerung des Kapitalismus ankündigte und nur noch die Vorbereitung auf diese notwendig war. Nicht aus der Überschätzung der sozialdemokratischen Stimmzettelerfolge, wie Karl Zwing in einem Artikel Nach 60 Jahren im Gewerkschaftsarchiv annimmt, sondern aus der damals stark verbreiteten Überzeugung von der nahen Katastrophe des Kapitalismus ging folgende von ihm angeführte Äußerung Bebels auf dem Erfurter Parteitag /1891/ hervor: »Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diesen Tag nicht erleben werden.« Die Frage der Ver-

wirklichung des Sozialismus wird hier noch als eine bloße politische Gewaltfrage aufgefaßt, und nicht der Leitung und Verwaltung der Produktion durch die Arbeiterschaft, nicht als ein Problem der wirtschaftenden Demokratie. Die Arbeiterklasse nimmt eben die politische Gewalt auf, und damit ist die Lösung des sozialistischen Problems gegeben. Eine Frucht der großen theoretischen Kämpfe, die sich um den Revisionismus entspannen, ist die jetzt durch die richtigere Würdigung des ökonomischen Machtmoments gewonnene Auffassung von der Lösung des demokratisch-sozialistischen Problems. Es war seinerzeit verkehrt die Emanzipation der Arbeiterklasse nur für eine politische Frage zu halten. Es wäre heute, wo die Sozialdemokratie in die wirtschaftlichen Machtorganisationen des Staates, der Gemeinde und der Genossenschaften eingedrungen ist, verkehrt die Befreiung dieser Klasse nur für eine Gewerkschaftsfrage zu erklären.

**Christliche Gewerkschaften** Am 12. Oktober 1924 wurde in Köln die 25. und daher Jubiläumstagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands eröffnet. Die Gründungsversammlung hatte in Mainz 1899 stattgefunden. Es war eine Festschrift zur Tagung herausgegeben worden, die darauf hinweist, daß die ersten Leitsätze Giesberts-Brust von 1899 noch heute die Grundlage der Politik jener Gewerkschaftsgruppen bilden. Sie betonen die Notwendigkeit gleicher Rechte und Pflichten für die Arbeiter und Unternehmer. Arbeit und Kapital seien die auf einander angewiesenen Faktoren der Produktion. Stegerwald wollte sie 1920 in Essen in einer »christlich-national-sozialen Volksgemeinschaft« zusammenschweißen. Er selbst schwenkte aber mehr nach rechts ab, fand daher in den Gewerkschaften immer stärkern Widerspruch. In Imbusch hat sich ein mehr der Linken zugewandter und von ihr geschätzter Führer gefunden. In den Diskussionsreden der Kölner Tagung führte der Erzbischof Schulte aus, daß christliches Empfinden und starkes Streben nach Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft einander bedingen. Stegerwald gab einen historischen Überblick über die Entwicklung der Organisationen und betonte, daß für sie jetzt nicht der Klassenkampf, vielmehr der Berufszusammenschluß das Maßgebende sei; wesentlich ist ihm die politische Wirksamkeit, und zwar mehr im Sinn

einer Rechtskoalition. Großen Eindruck machte die Rede Giesberts', der in seiner Gesamtauffassung Imbusch nahesteht. Es wurde eine Resolution angenommen, die den parteipolitisch neutralen Charakter der christlichen Gewerkschaften bekräftigte.

Auf der Jubiläumstagung der christlichen Gewerkschaften ist ein Schritt zu dem Ziel eines einheitlichen deutschen Gewerkschaftswesens nicht gemacht worden. Daß die wirtschaftlich-soziale Notwendigkeit dahin führen wird, scheint gleichwohl gewiß.

**Eigenpublikationen** Das 392 Seiten starke Buch Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen

Gewerkschaftsbundes in den Jahren 1922 bis 1924 /Amsterdam, Internationaler Gewerkschaftsbund/ trägt die Haupttatsachen aus der Geschichte des *Internationalen Gewerkschaftsbundes* übersichtlich zusammen. Das Organ des Bundes Die Internationale Gewerkschaftsbewegung erscheint jetzt in 3607 Exemplaren. Von besonderem Wert ist die Berichterstattung über den Wiener internationalen Gewerkschaftskongreß, dessen Referate die Tagespresse nur sehr kurz und unvollständig brachte. Das Buch gewährt einen tiefen Einblick in die Frage Amsterdam-Moskau, es unterrichtet über die Beziehungen des Gewerkschaftsbundes zu der Sozialistischen Internationale und zum Internationalen Genossenschaftsbund. Die Beschlüsse in der Bildungs- und Jugendfrage sind kurz gewürdigt.

Das Jahrbuch des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ ist ein zusammengedrängtes Stück deutscher Staats- und Wirtschaftsgeschichte. Wir erleben noch einmal die zerrüttenden Wirkungen des Ruhrkriegs. Die politische Geschichte Deutschlands ist in dem Kapitel Die Gewerkschaften und die Republik behandelt. Ganz dramatisch entwickelt sich dann vor uns der Todeskampf der Mark und die Preissteigerung. Der Umfang der Arbeitslosigkeit ist in sehr charakteristischen Zahlen dargelegt, und die Bemühungen des Bundesvorstands die Entlohnung der Notstandsarbeiten wieder auf vertragliche Grundlagen zu stellen sind kurz erörtert. Der Kampf um den Achtstundentag brachte der Arbeiterklasse »vorübergehend schmerzhaft Verluste«. Die Folgen der Inflation legten die Widerstandskraft der Gewerkschaften fast völ-

lig lahm. Sozialpolitisch von großer Bedeutung ist das Kapitel über die Statistik der Verbände. Die Währungskatastrophe traf den Mitgliederstand der Gewerkschaften hart; sie brachte einen Verlust von 1 289 296 Mitgliedern. Die Anzahl der Auswanderer über See, 120 000 nach amtlichen Veröffentlichungen für 1923, vervierfachte sich im Vergleich zum Vorjahr. Ein starkes kulturpolitisches Interesse wecken die Kapitel Jugendorganisation und Lehrlingswesen, Bildungswesen und Siedlungswesen. Jeder Sozialpolitiker muß das an wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufschlüssen so reiche Jahrbuch zur Hand haben.

Das Jahrbuch des Verbandes der *Maler* /Hamburg, O. Streine/ schildert lebendig die ungeheuren Einwirkungen der Inflation und dann der Stabilisierung der Löhne auf die Lage der in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter.

Viele interessante sozialwirtschaftliche und sozialpolitische Einzelheiten enthält die von dem Zentralverband der *Dachdecker* herausgegebene Schrift Was die Dachdecker 1922-1923 erlebt und erlitten haben, wie sie darüber urteilten, ferner was sie forderten auf dem Verbandstage vom 29. Mai bis 1. Juni 1924 im Schloß Tännich /Frankfurt, Uniondruckerei/.

**Kurze Chronik** Eine offizielle Erklärung der Nationalen Vereinigung für die Emanzipierung der Farbigen in den Vereinigten Staaten von Amerika weist auf die Gefahren hin, denen sich die weißen Arbeiter aussetzen, wenn sie ihre *anderefarbigen Kameraden* boykottieren. So wurde der Streik der Stahlarbeiter mit Hilfe andersfarbiger Arbeitskräfte gebrochen. ◊ In den Beschlüssen des *internationalen Kongresses für Sozialpolitik* in Prag, der am 2. Oktober 1924 vom Professor Boissard eröffnet wurde und stark unter französischem Einfluß stand (siehe die Rundschau Sozialpolitik, 1924 Seite 707 und folgende), kamen in den Resolutionen durchweg die Ansichten der Gewerkschaften zum Ausdruck. ◊ Die *internationale Konferenz für Ein- und Auswanderung*, die vom 29. bis zum 30. September 1924 in Prag tagte, ist besonders von französischen Gewerkschaftern veranlaßt worden. ◊ Auf dem *britischen Gewerkschaftskongreß* zu Hull vom 1. bis zum 6. September 1924 waren 4½ Millionen Arbeiter vertreten. ◊ Seit Mitte 1924 ist die Reorganisation des *italienischen Gewerkschaftsbundes*, der *Confederazione del Lavoro*, festzustellen.

**Literatur** In wesentlich erweiterter Form hat *Siegfried Nestriepke* den 1. Teil seines hier mehrfach gewürdigten Buches über die Gewerkschaftsbewegung von neuem herausgegeben, und zwar als Gewerkschaftslehre /Stuttgart, Ernst Heinrich Moritz/. Diese Gewerkschaftslehre übt auf die sogenannte Lohnfondstheorie ein, setzt sich mit dem Ehernen Lohngesetz Lassalles auseinander und weist die Bedeutung der industriellen Reservearmee auf die Bewegungen des Lohnes nach. Das Kapitel Grundsätzliches ist zu knapp ausgefallen. Gewerkschaften als Dauerverbindungen von Lohnarbeitern und Angestellten haben heute schon mehr Aufgaben als das Arbeitsangebot zu beeinflussen und die gemeinsamen Interessen ihrer Berufe oder ihrer Arbeitsstätten zu wahren. Die sozialistische Umformung der Wirtschaft und die zu diesem Zweck gebotene Hebung der Produktion tritt in wachsendem Maß in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften. Diesen Gedanken vertritt auch Nestriepke, und er betont, daß die Gewerkschaft die ganze Wirtschaftsführung ins Auge zu fassen und schließlich auf die Sozialisierung loszusteuern habe. Im Wesen der Gewerkschaft liegt ein sozialistisches Moment der sich selbst bestimmenden gesellschaftlichen Arbeit gegenüber dem Herrschaftsrecht des kapitalistischen Unternehmers, der sein Privatinteresse in den Mittelpunkt aller seiner wirtschaftlichen Erwägungen stellt und die gemeinwirtschaftliche und soziale Seite, die jedem Großbetrieb, ja dem Betrieb eigentümlich ist, nach Möglichkeit unberücksichtigt läßt. Das Ziel der Gewerkschaften muß es sein den gemeinwirtschaftlichen und sozialen Charakter des Betriebs systematisch fortzuentwickeln, ein Ziel, das allen Gewerkschaften, insofern sie nicht bloße parteipolitische Schöpfungen sind, gleichsam in Fleisch und Blut steckt. Nestriepke hat vollkommen recht, wenn er die unmittelbare Verkoppelung der gewerkschaftlichen Bewegung mit einer parteipolitischen und konfessionellen als abwegig bezeichnet. Die Kampfmittel einer politischen Partei sind andere als die einer Gewerkschaft. Die Sozialisierungsarbeit der Gewerkschaften ist wesentlich praktisch-ökonomischer Art und vollzieht sich nicht auf dem Weg der Gesetzgebung. Eine innige Verwandtschaft zwischen sozialistischer Gewerkschaft und Sozialdemokratischer Partei besteht aber. Die Gewerkschaftstheorie muß die Arbeitsgebiete der Gewerkschaften

und der politischen Partei herausheben. Indem sich diese Theorie über das ökonomische und soziale Wesen der Gewerkschaften verbreitet, muß sie den pseudogewerkschaftlichen Charakter des modernen Syndikalismus beleuchten. Nestriepke hat in seiner Gewerkschaftslehre den Syndikalismus nur gestreift, er vertieft sich aber nicht in die Theorie dieser revolutionären Bewegung, die eigentlich ein politisches Ziel: die radikale Beseitigung des Staates, hat, ein Ziel, das sie mit wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Mitteln, durch Generalstreik usw., zu erreichen sucht. Die direkten Aktionen des Syndikalismus sind im wesentlichen ökonomisch-gewerkschaftliche Handlungen mit einem politischen Endzweck. Nestriepke würdigt den Kampf um die Arbeitsbedingungen, den gewerkschaftlichen Kampf, als Klassenkampf. »Der Kampf um die Arbeitsbedingungen tritt in ganz anderm Maß als zuvor in den Mittelpunkt der Organisationsbestrebungen; ein Kampf, der nun auch mehr empfunden werden muß als ein Kampf der Klasse, in dem alle, ganz gleich welchen Berufs, in einer Kampffront stehen.« Für gewöhnlich ist er jedoch nur ein ökonomisch-sozialer Kampf bestimmter Berufsgruppen. Der Klassenkampf begriff schwankt heute sehr. Ursprünglich betrachtete man den politischen Kampf, den Kampf um die Staatsgewalt, nur als Klassenkampf. Der Kommunist wie der Sozialdemokrat hat heute seine eigene Klassenkampftheorie und -terminologie. In einer Gewerkschaftslehre kommt heute der Gewerkschaftstheoretiker nicht um eine genaue Definition des Klassenkampfes herum. Die Gewerkschaftslehre Nestriepkes sähe man gern in einigen wesentlichen Punkten ergänzt. Sie ist aber heute schon eine der besten theoretischen Untersuchungen über das Gewerkschaftswesen, und sie sei daher allen in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen zum eingehenden Studium empfohlen. Diese Gewerkschaftslehre ist heute gerade von aktueller Bedeutung, da sie sich gegen den gesetzlichen Organisationszwang wendet. Der staatliche Organisationszwang zieht die Staatskontrolle in einem gewissen Umfang nach sich. Die russische Entwicklung der Gewerkschaften bestätigt nur zu sehr die warnenden Schlüßworte Nestriepkes: »Die Zwangsmitglieder würden jeden Elan unmöglich machen, sofern ihm nicht schon die behördliche Weisheit einen Damm entgegensetzt.« Die Gewerkschaften brauchen eben Unabhängigkeit und Freiheit.



Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

**Militarismus** Einen wesentlichen Bestandteil der geistigen Bewegung bildet der Kampf gegen

den Militarismus (der, wie immer wieder betont werden muß, nicht mit militärischer Kraft zu verwechseln ist, der vielmehr auch diese innerhalb der Nation schwächt). Die öffentliche Meinung ist in Deutschland noch weit davon entfernt zu erkennen, daß der Militarismus eine Haltung ist, die sich ebenso sehr innerhalb anderer öffentlicher Institutionen eines Landes als innerhalb seiner Wehrmacht auswirken kann. Erst in einem Land, wo machtvolle geistige Strömungen dieser "Haltung", diesem Glauben an die Suprematie der Gewalt über Recht, Freiheit und Menschenwürde auf *allen* Gebieten des öffentlichen Lebens, auf denen er sich auswirkt, also in Heer und Polizei, Verwaltung und Rechtsprechung, Schule und Kirche, Post und Eisenbahn, in Politik und Wirtschaftsleben, in der Presse, im Kino, im Theater usw., mit Erfolg nachspüren und entgegenwirken, kann von wirklichen Ansätzen zu *innerer* Überwindung des Militarismus gesprochen werden. Der Militarismus züchtet den Glauben an die Macht der Zahl, an die Macht des mechanisierten Menschentums und Wohlgefallen an dieser Mechanisierung, die zum Prinzip der Organisation, ja, zum Sinn aller beruflichen und staatsbürgerlichen Erziehung erhoben wird. Er drückt den Menschen, der in diesen Mechanismus hineingestellt wird, zum blinden, ohne höhere Intelligenz und Liebe geführten Werkzeug eines übergeordneten Machtwillens und Machtglaubens herab, wenn er ihn nicht schließlich ganz und gar zum Bestandteil eines Systems macht, das auch den letzten Grad von Bewußtheit seines ursprünglichen Sinnes verlor und schließlich bei dem Leerlauf der Mechanisierung um der Mechanik willen stehen blieb. Auf die Rolle, die in dem plötzlichen Zusammenbruch dieses Heeres bei den Massen das Gefühl gespielt haben mag nicht nur ohne überlegene Intelligenz sondern auch ohne Liebe geführt worden zu sein, hat bei uns zuerst Ernst Simmel in seiner Abhandlung *Kriegsneurosen und psychisches Trauma* /München, O. Nemnich/, dann, im Anschluß an Simmels Feststellungen, Sigmund Freud in der Abhandlung *Massenpsychologie und Ichanalyse* /Wien, Internationaler Psychoanalytischer Verlag/ hingewiesen. Eine wirklich zusammenfassende, dem Militarismus in allen seinen typischen Erschei-

nungen auf den verschiedensten Lebensgebieten nachspürende Darstellung muß uns noch gegeben werden.

Unter den von Paul Oestreich im Auftrag des Bundes entschiedener Schulreformer herausgegebenen Abhandlungen zur entschiedenen Schulreform /Leipzig, Ernst Oldenburg/ ist als 21. Heft unter dem Titel *Der Militarismus der preußischen Schulaufsichtsbehörden* eine Schrift erschienen, die im Zusammenhang mit dem Thema Militarismus Beachtung verdient. Ihr Verfasser ist der Berliner Studienrat und Stadtverordnete Erich Witte, der mit wertvollen Schriften zur Schulreform hervorgetreten ist. Mit Recht versteht er den Militarismus in jenem tiefen Sinn, dem es mehr auf den Geist als auf die äußere Verfassung der militärischen und zivilen öffentlichen Einrichtungen eines Landes ankommt. Er beschränkt seine Kritik und seine Reformvorschläge bewußt auf die Institution der für das höhere Schulwesen in Preußen zuständigen Schulaufsichtsbehörden und kann dabei aus der Fülle eigener, nicht immer erfreulicher Erfahrung sprechen. Es kann hier nur einiges Wichtige aus der Schrift angedeutet werden; das einzelne muß der dringend empfohlenen Lektüre überlassen bleiben. Zunächst wird festgestellt, daß Militarismus nicht ein starkes Heer sondern eine von militärischen Gesichtspunkten geleitete, im Glauben auf die Suprematie der Macht über das Recht gegründete Geistesrichtung ist. Als Beispiele aus dem Gebiet des preußisch-deutschen Militarismus auf dem Gebiet der Innenpolitik werden angezogen: die Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts, das Sozialistengesetz und die Ausnahmegesetzgebung gegen die Polen, die Nichtzulassung der Sozialisten zu den öffentlichen Ämtern, die Nichtzulassung von Juden zu den Laufbahnen des Offiziers, Richters, höhern Verwaltungsbeamten, die Aufrechterhaltung der Fiktion, daß der Vorgesetzte unfehlbar sei, daß die Kritik des Untergebenen gleichbedeutend sei mit Insubordination, kurz die bewußte Pflege des künstlichen, nur in Gewalt und Amt begründeten Autoritätsgeistes. So sehr nun auch alle diese Erscheinungen mit den Grundlagen des Obrigkeitsstaats im Einklang standen, so gefährlich und absurd wirkt in der Praxis ihre Aufrechterhaltung seit dem Übergang Preußens und Deutschlands zur republikanischen Verfassung auf den ganzen Staat, auf den Sinn seiner Einrichtungen, die Moral des Beamtentums und des Staatsbürgertums überhaupt.

**Schulverwaltung** Als ein wichtiges Symptom für die Aufrechterhaltung des militaristischen Prinzips in der höhern preußischen Schulverwaltung wird von Erich Witte das in Preußen noch immer geltende, aus dem Jahr 1852 stammende Disziplinargesetz herausgehoben, dessen weitgehaltene Bestimmungen über Verletzung von Amtspflichten und unwürdiges Verhalten im Amt und außerhalb des Amtes willkürlicher oder einseitiger Haltung der Behörden gegenüber Beamten, deren politische oder schulpolitische Haltung Anstoß erregt, weitesten Spielraum gewähren. An Reformen, die das neue Disziplinargesetz berücksichtigen müßte, werden von Witte genannt: genaue Bezeichnung derjenigen Vergehen, wegen deren ein Verfahren eingeleitet werden kann, Klarstellung des zu willkürlichen Auslegungen viel mißbrauchten Begriffs »sonstige Führung des Beamten«, Festsetzung von Verjährungsfristen für dienstliche Vergehen, Hereinnahme von Bestimmungen über das Wiederaufnahmeverfahren; Ausschluß besonderer disziplinarischer Maßregelung von Beamten, die das Ehrenamt eines Stadtverordneten bekleiden. Ferner wird die Willkür bei der oberbehördlichen Bestätigung oder Nichtbestätigung der Wahlen von Lehrpersonen an Fällen aus der nachrevolutionären Verwaltungspraxis gezeigt und erörtert. Der Fall Winter wird als Beispiel dafür angezogen, daß vorliegende günstige Urteile widerrufen werden, um die Versagung der Bestätigung rechtfertigen zu können. Wenn von Witte mit Rücksicht auf den faktischen Mißbrauch des oberbehördlichen Bestätigungsrechts die Forderung einer gänzlichen Beseitigung dieses Rechts erhoben wird, so wird man dem nicht ohne weiteres zustimmen brauchen. Es genügt, wenn mit der Berufung wirklich unparteiischer Persönlichkeiten in die staatlichen Oberschulbehörden die in Frage kommenden Garantien gegen Akte anti-republikanischer Willkür geschaffen werden. Dagegen ist der von Witte erhobene Forderung, daß die Verpflichtung der Behörden zur Angabe der Gründe, aus denen eine Bestätigung versagt werden kann, gesetzlich festgelegt werden sollte, durchaus zuzustimmen. In diesem Zusammenhang wird von Witte mit Recht die Bestimmung des preußischen Volksschulunterhaltungsgesetzes, nach der die Versagung des zu Bestätigenden »nicht nur in der Person des zu Bestätigenden« zu liegen braucht sondern auch »aus allgemeinen Interessen

der Volksschule hergeleitet werden kann«, einer grundsätzlichen Kritik unterzogen. Die Erfahrung reaktionärer Verwaltungspraxis hat gelehrt, daß der weite Begriff allgemeine Interessen den Vorwand zu Handlungen liefern kann, die mit der oben angezogenen Bestimmung der Reichsverfassung nicht im Einklang stehen.

Die von Witte in einem weitem Kapitel seiner Schrift behandelten Einzelfälle aus der Praxis preußischer Schulaufsichtsbehörden seit der Verfassungsänderung sind der Öffentlichkeit durch die Erörterungen, die sich im Landtag und in der Presse an sie geknüpft haben, meist schon bekannt. Mag ihnen der parteipolitische Tageskampf auch vielfach ein über ihre tatsächliche Bedeutung hinausgehendes Gewicht beigelegt haben, im großen und ganzen erscheinen sie doch als Symptome für den grundsätzlich bürokratischen Geist der in Betracht kommenden Aufsichtsorgane. Wie peinlich war der Einblick, den die vom Berliner Schulrat Sachse, einem frühern Prinzenenerzieher, bei einer Revision in der Klasse zurückgelassenen und von den Schülern aufgefundenen Notizen von der seiner Aufsicht unterstellten Lehrkräfte in die Auffassung dieses Bürokraten von seinem Amt gewährten. Und wie soll man sich die Mitwirkung solcher Vertreter der Schulverwaltung an der Aufgabe der Einstellung der preußischen Schulen auf die Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung im Geist der Republik und der Völkerverständigung denken, über deren innerlich feindliche Haltung zur gegenwärtigen Staatsverfassung gar kein Zweifel sein kann? Wie soll ein Mann wie der Berliner Schulrat Michaelis, der durch seine Examensfrage über Spenglers Beurteilung der Novemberrevolution, durch seine Begünstigung eines in die Ermordung Rathenaus verwickelten Schülers eine traurige Berühmtheit erlangt hat, darüber urteilen und reden können, ob der Unterricht in den ihm unterstellten Schulen im Geist der neuen Verfassung und nach den vom preußischen Kultusministerium selbst aufgestellten (teilweise ganz vorzüglichen) Grundsätzen erteilt werde?

Endlich berichtet Witte noch über eigene Erfahrungen, die er aus seiner Unterrichtstätigkeit heraus mit der Behörde zu dem Thema Politik in der Schule gemacht hat. Interessant ist, daß auch hier alle typischen Reaktionen und Argumente, deren sich die Obrigkeitsregierung zu bedienen pflegt, wiederkehren, zum Beispiel ausweichende Antworten

auf klare, aber unbequeme, weil grundsätzliche Stellungnahme im Sinn der Republik und der Völkerverständigung erfordernde Anfragen, Verschleppung einer Angelegenheit und nach langer Zeit nur flüchtiges, auf das Wesentliche nicht eingehendes Antworten, mit der Begründung, der Tatbestand könne nun, nach so langer Zeit, nicht mehr einwandfrei festgestellt werden. Von der mittlern Schulbureaukratie wird die Auffassung vertreten, der Passus in der Reichsverfassung über Erziehung im Geist der Völkerversöhnung sei noch nicht geltendes Recht und verlange, bevor man in seinem Sinn unterrichten könne, noch besondere preußische Ausführungsbestimmungen: eine Auffassung, die der verantwortliche Minister nicht aufrechterhalten kann.

Mit Recht erkennt Witte in seiner Beurteilung des jetzigen preußischen Kultusministers Boelitz an, daß dieser eine Reihe fortschrittlicher Maßnahmen, die unter Haenisch eingeführt worden waren (Wandertage, Schulgemeinde, Elternbeiräte, Verbot des Gebrauchs der Geschichtsbücher während des Unterrichts, Erlaubnis zur Einrichtung von Sammel-schulen usw.), nicht nur nicht rückgängig gemacht, sondern daß er sie um eine Reihe weiterer, für die Schulreform wichtiger und wertvoller Erlasse vermehrt hat. Dahin gehören zum Beispiel die Verfügung über die freiere Gestaltung des Unterrichts in den oberen Klassen der höheren Schulen, die Einführung der Staatsbürgerkunde und der allgemeinen Religionslehre als Prüfungsgebiete bei der Prüfung für das höhere Lehramt. Man könnte diese Aufzählung noch ergänzen durch den Hinweis auf die neue Prüfungsordnung für das künstlerisch-technische Lehramt, auf die Erlasse zur Pflege der Jugendkunde und zur Körperpflege, die Erlasse über die Lehrbücher im fremdsprachlichen, geschichtlichen und kulturkundlichen Unterricht, über die Zugehörigkeit von Schülern zu Vereinen und Bänden, über die Lehrplangestaltung in der deutschen Aufbauschule und anderes mehr. Viele von diesen Maßnahmen atmen, was die grundsätzliche Zielsetzung anlangt, wahrhaft fortschrittlichen Geist und sind dabei erfreulicherweise klar und schön auch in der äußern Form. Aber man darf die Leistung eines Ministeriums nicht nur nach den grundsätzlichen Richtlinien, die in den Amtsblättern aufgestellt werden, beurteilen, sondern vor allem danach, inwieweit sie es verstehen den Gedanken, die richtunggebend sein sollen, auch Eingang in das wirkliche Verwaltungs- und Unter-

richtsleben, das sich unterhalb des Ministeriums, in der lebendigen Alltagsarbeit abspielt, zu verschaffen. Hier, wo die wirkliche Aufgabe der Neugestaltung erst in ihr entscheidendes Stadium rückt, muß die Kritik ein auffallendes Versagen der durchgreifenden, wirklich neugestaltenden Willenskraft feststellen, muß sie auf den krassen Gegensatz zwischen Außen und Innen, zwischen Worten und Taten hinweisen. Am auffallendsten ist dieses Versagen des Ministers überall da, wo es sich um die Durchdringung der Schulverwaltung mit denjenigen Menschen und Gedanken handelt, die dem Schulwesen eines republikanischen Landes erst den positiven Gehalt geben können, den Gehalt der auf Freiheit, Selbstverantwortung und Würde aller Staatsbürger beruhenden Gedankenwelt, den Gehalt der innern Ablehnung des vom Geist verlassenen Machtgedankens, des sinnlosen Kampfes der Völker gegen einander, der Auflehnung gegen das Untertanentum und die soziale Bevorrechtung usw. Und hierauf kommt es doch vor allem an.

#### Totenliste

Im April 1924 starb, auf einer Reise zur Heidelberger Hauptversammlung des Deutschen Vereins zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts, dessen Vorsitzender er war, der verdienstvolle Schulmann *Reinhold Ehrenberg von Hanstein*, im Alter von 65 Jahren. Hanstein, ein Sohn des Bonner Botanikers, war vornehmlich Zoologe und gab verschiedene Bücher über Tierkunde heraus. Später widmete er sich vor allem der Reform des biologischen Unterrichts. Erst kurz vor seinem Tod war er als Studienrat in den Ruhestand getreten.

Im Juli starb in Amerika, 80 Jahre alt, ein Mann, der nicht eigentlich Sozialist war, doch mit seinem Lebenswerk dem Sozialismus diente, soweit er Freiheits- und Menschlichkeitskampf ist: *George Kennan*. Welch ein stürmisches Aufsehen hat vor Jahrzehnten sein Buch über Sibirien in der ganzen Kulturwelt erregt, jenes Buch, in dem er nach langen eigenen Studien unter den politischen Verbannten in Sibirien deren Dasein, die Qualen schilderte, die sie durchleben mußten! Das Werk wurde innerhalb kurzer Zeit in zahlreiche Sprachen übersetzt; überall las man es mit dem gleichen Entsetzen, überall rüttelte es die Geister wach und richtete den Blick auf die Greuel des Zarismus. Freilich ahnte die Welt damals nicht, daß einst, nachdem die Revolution vom März 1917 alles

befreit hatte, was noch von den unglücklichen Opfern der Zarenwut lebte, die Schrecken jenes zaristischen Sibiriens verblassen würden hinter den Grausamkeiten von Leuten, die es noch heute wagen sich Kommunisten zu nennen (so daß die "Großmutter der Revolution" Breschkowskaja von der »goldenen Zeit des Zarismus« sprechen mußte). Richtig bemerkt der Vorwärts, daß unter dem bolschewistischen Regime auch nicht wie damals unter dem Zarenregiment eine objektive Untersuchung gleich der Kennanschen möglich wäre; der Bolschewismus weiß seine Folterkammern besser vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Kennan gründete später auch eine Vereinigung amerikanischer Freunde der russischen Freiheit, die die russischen Revolutionäre unterstützte.

**Kurze Chronik** In Genf ist ein *Institut für Psychagogie und Psychotherapie* gegründet worden.

Es wird von Charles Baudouin geleitet. Baudouin ist in Deutschland besonders durch seine, vom Sibyllenverlag in Dresden deutsch herausgegebenen Bücher *Suggestion und Hypnose* und *Die Macht* bekannt geworden, in denen er die Grundsätze der von Coué in Nancy vertretenen Lehren über suggestive Psychotherapie, besonders in ihrer Bedeutung für die Pädagogik, dargestellt hat. ◊ Am 7. Oktober 1924 fand auf Einladung und unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Jarres eine Besprechung der deutschen Unterrichtsminister über *Schulfragen* statt. Die Versammlung beschloß einen 6gliedrigen Ausschuß aus Vertretern der Unterrichtsverwaltungen der Länder zu schaffen, der auf gleichmäßige Lösung der Schulprobleme im Reich hinarbeiten und durch Verhandlungen die Schwierigkeiten beseitigen soll, die sich aus einer zu großen Zersplitterung des deutschen Schulwesens ergeben könnten. ◊ Im letzten Herbstsalon der französischen Künstler in Paris erregte ein Werk der Bildhauerei besonderes Aufsehen: *Charité*, eine Frau, die auf ihren Knien einen verwundeten deutschen Soldaten trägt, daneben auf den Knien ein Poilu, sich über seinen Bruder neigend. ◊ In den *französischen Schulen* beschäftigt man sich in außerordentlich eingehender und sachkundiger Weise nicht nur mit der deutschen Sprache sondern vor allem auch mit der deutschen Literatur. Bis auf die obersten Klassen, in denen nur 2 Stunden dem Deutschen gewidmet sind, werden überall 4 Stunden wöchentlich

darauf verwandt. Man liest und erklärt aus allen bedeutenden literarischen Werken: von Grimms Märchen angefangen bis zu Lessings kritischen Schriften und Faust. Auch die neuere deutsche Literatur wird ausgiebig berücksichtigt, so Hauptmann, Hofmannsthal, Liliencron, Schlaf, Frenßen, Viebig. Es wäre zu wünschen, daß in den deutschen Schulen umgekehrt eine gleich eingehende Beschäftigung mit der französischen Dichtung vorhanden wäre; sie würde manches sinnlose deutsche Vorurteil über das französische Volk beseitigen. ◊ Im Juni 1924 wurde in Berlin eine neue *Bibliophilengesellschaft* gegründet. Sie will besonders das jüdische Buch pflegen und nennt sich nach der berühmten hebräischen Druckerfamilie des 15. Jahrhunderts Soncinogesellschaft der Freunde des jüdischen Buches. Arnold Zweig wurde beauftragt eine von der Gesellschaft herausgegebene Vierteljahrsschrift zu redigieren; daneben soll eine bibliographische Beilage unter der Redaktion des Frankfurter Stadtbibliothekars Aron Freimann erscheinen. ◊ Am 15. Oktober 1924 eröffnete die Preußische Staatsbibliothek in Berlin einen besondern *Orientalischen Lesesaal*, der dem Studium der Sprachen und der Geschichte des Orients, insbesondere auch des sogenannten Spätjudentums, dient. ◊ Am gleichen Tag konnte der *Inselverlag* in Leipzig sein 25jähriges Bestehen feiern. Zum Lob dieses Verlags, an dessen Spitze seit 1906 Anton Kippenberg steht, braucht heute nichts mehr gesagt zu werden. Er hat im deutschen Bücherwesen bahnbrechend gewirkt. Ein Verzeichnis seiner Veröffentlichungen, das jetzt, mit 52 Bildtafeln versehen, erschien, gibt ein treffliches Bild seiner Leistung. ◊ Die schönsten Seiten des deutschen Geistes werden beim Durchblättern des *Dürerkalenders* für Kultur und Kunst /Berlin, Dürerverlag/ lebendig. Dieser von Karl Maüsner herausgegebene Abreißkalender erscheint für 1925 zum erstenmal wieder in voller Vorkriegsausstattung. Für uns als Sozialisten sei es symbolisch, daß das Bild auf dem ersten Blatt eine Radierung von Käthe Kollwitz wiedergibt. Die schönsten deutschen Holzschnitte und Bildreproduktionen erscheinen auf den anderen Blättern (und nicht ganz ausschließlich Werke deutscher Künstler: so enthält ein Blatt auch eine Radierung van Goghs). Der Kalender sei bestens empfohlen. Der Besitzer wird, sooft er ein Blatt abreißt, auch gern den literarischen Beitrag lesen, den er dann auf der Rückseite findet.

**Literatur** Unter dem Titel Das wirkliche Leben bringt der Utopiaverlag in Weimar eine, von Alexander Benzion zusammengestellte Sammlung klassischer Worte aus frühen *jüdischen und christlichen Quellen*. Die Worte sind unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, daß sie den religiösen Geist des Juden- und Christentums aus der Zeit näher bringen sollen, wo, nach der Formulierung des Herausgebers, das heilige Wort noch nicht neben der Welt bestand sondern sie noch durchdrang. Als Quellen sind unter anderen benutzt worden das Alte und das Neue Testament, apokryphe und pseudepigraphische Schriften, Philo, Gregor von Nazianz, der Talmud. ◊ Schon längst hätte man wünschen mögen, daß in Anbetracht der karitativen Wirksamkeit, die das *Quäkertum* während des Krieges und danach auch in Deutschland entfaltet hat, und in Anbetracht der Bedeutung, die ihm auch ohne diese mehr zufällige Ausstrahlung nach Deutschland für das moderne Geistesleben zukommt, Darstellungen vorhanden wären, die, in deutscher Sprache und gemeinverständlich geschrieben, ein zusammenhängendes Bild von den religiösen Ansichten und Gebräuchen der Gesellschaft der Freunde geben. Diesem Bedürfnis kommt eine Schrift Das Wesen des Quäkertums von Edward Grubb /Jena, Eugen Diederichs/ entgegen. Der Verfasser hat sich bemüht das Thema historisch zu behandeln und zu zeigen, welche Stellung nach seiner Meinung die Quäker in den verschiedenen Zeiten eingenommen haben. Die Schrift ist im wesentlichen vom Standpunkt des englischen Quäkertums aus geschrieben, dem der Verfasser selbst angehört, und geht auf die inneren Abweichungen, die zwischen dem englischen Quäkertum und demjenigen Canadas und der Vereinigten Staaten bestehen, nicht ein, um das Buch nicht unnötig mit theologischen Erörterungen zu belasten, die dem deutschen Laien unverständlich sein würden. In diesem Sinn werden in den einzelnen Kapiteln behandelt: Die geschichtliche Entstehung des Quäkertums, seine Lehre vom "innern Licht", von Gottesdienst und Priesterschaft, von den Sakramenten, seine Art der Kirchenverwaltung, seine Ansprüche an die Lebensführung, seine Stellung zum Friedensgedanken, zur Politik, zur Philanthropie und Sozialreform, zur Erziehung, Mission usw. Aus der neuern Quäkerliteratur in deutscher Sprache sei noch nachdrücklich auf folgende Werke hingewiesen: Walther Koch Die Stellung des

Quäkertums zur sozialen Frage /Berlin, Quäkerverlag/, M. Fry Das Sakrament des Lebens /Berlin, Quäkerverlag/, Elisabeth Fox Howard Das Wirken der Quäker während der Kriegszeit /Berlin, Quäkerverlag/, Mary Stähelin George Fox Aufzeichnungen und Briefe des ersten Quäkers /Tübingen, J. C. B. Mohr/, I. S. Rowntree Die Gesellschaft der Freunde /Elberfeld, F. W. Köhler/, Heinrich Kochendörfer Vom Quäkertum /Leipzig, Neuer Geist-Verlag/, William Penns Völkerbundplan /Berlin, Hans Robert Engelmann/, G. K. Lewis Elisabeth Fry /Potsdam, Stiftungsverlag/. ◊ Von der Praxis der alten *türkischen Freimaurerei* handelt eine kleine Schrift Rudolf von Sebottendorfs /Leipzig, Theosophisches Verlagshaus/. Sie erhellt nicht nur die geschichtlichen Beziehungen zwischen altislamischer Mystik zu religiösen Strömungen in der modernen Türkei, die sich nach ihrer Natur dem Licht der breitem Öffentlichkeit entziehen, darum aber nicht weniger wirksam sind, sondern sie bietet auch wichtiges Material über geistesgeschichtliche Zusammenhänge zwischen jenen altislamischen Quellen und den alchemistischen Geheimlehren des Abendlands bis in die abendländische Freimaurerei hinein.

## WISSENSCHAFT

### Psychologie / Wolfgang Metzger

**Bewußtsein und Gehirn** Wenn in dieser Rundschau (1924 Seite 594 und folgende) gesagt wurde, die ganze Erscheinungswelt von den Sternen bis zu unserm Innern habe ihren Ort in unserm physischen Körper, so sollte aufs schärfste die Annahme ausgeschlossen werden, die Wahrnehmungswelt sei "verursacht" durch körperliche Vorgänge, oder sie laufe bestimmten körperlichen Vorgängen "parallel", was dann sofort tausend nie beweisbare Hilfsannahmen über die Art einer solchen prästabilierten Harmonie erforderte. Es sind keine 2 Systeme, die irgendwie zusammenhängen, denkbar, sondern nur eines, ein physiologisches System, das unsere Wahrnehmungswelt ist. Dieses System ist prinzipiell im Gehirn feststellbar. Warum dort aber niemals einfach eine Miniaturausgabe der Welt aufzufinden ist, erörtert *Wolfgang Köhler* in den Physischen Gestalten /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/. Kommen, wie in dieser Rundschau (1923 Seite 635 und folgende) dargestellt ist, die Züge des Wahrgenommenen nicht durch Abbildung Punkt für Punkt sondern durch Ausbildung einer Gesamtstruktur

aus der innern Dynamik der Reizkonstellation zustande, so ist keine Zuordnung zu Punkten des absoluten Raumes möglich; wir werden im Gehirn eines andern eine geometrische Symmetrie seiner Wahrnehmungswelt nur in Gestalt der »gleichbedeutenden« dynamischen Symmetrie wiederfinden, vorausgesetzt, daß so etwas überhaupt technisch möglich ist, wogegen wieder physikalische Gründe sprechen. Es ist aber ausgeschlossen, daß eine dynamische Symmetrie in dem ungleichmäßigen Feld des Gehirns äußerlich irgendeine Ähnlichkeit mit der entsprechenden geometrischen hat. Das Paradoxon der Größe dieses Systems, das als unsere Wahrnehmungswelt Unendlichkeiten umfassen, als physisches Gebilde in einem Kopf Platz haben soll, hat es wohl hauptsächlich verhindert es als eines zu fassen und immer wieder die Paarauffassung erhalten. Aber es besteht nur scheinbar, da es in sich unmöglich ist absolute phänomenale Größen mit absoluten physikalischen zu vergleichen. Der Unterschied ergibt sich aus der Verschiedenheit der Umstände, unter denen ein und das selbe Gebilde in den 2 Fällen betrachtet wird. Aber eine Fülle fruchtbarer Fragen tut sich auf: Wie kommt es zu dieser Erneuerung der Welt im Lebewesen? Welche der Vorgänge in ihm erhalten diese merkwürdige Auszeichnung des "Erscheinens", wie kommen sie dazu? Und vor allem: Durch welches Wunder ist es möglich, daß die Wahrnehmungswelt trotz allen Abweichungen soweit mit dem Wesentlichen des Physischen identisch ist, daß wir uns auf Grund jener so ohne allzu große Zusammenstöße in dieser bewegen können, wie es der Fall ist? Das Wunder wird noch größer, wenn wir bei näherm Zusehen merken, wie bruchstückhaft, zersplittert und entstellt die physische Außenwelt in den Zuständen der einzelnen Sinnesorgane dargestellt wird, die die unmittelbare Quelle des Zentralorgans sind, wie aus allen diesen Stücken wieder eine Welt wird, wie unglaublich die Gestaltung der Wahrnehmungswelt erst nach der Aufnahme durch die Sinne sich der Gestaltung der physischen Welt wieder annähert (beispielsweise in der Erhaltung der Farben in verschiedenem Licht, der Erhaltung der Sehgrößen bei verschiedener Entfernung, Erhaltung der Formen bei verschiedener perspektivischer Ansicht; alles bei größten Veränderungen des Netzhautbildes). Wenn wir die Eigenschaften und Gesetze dieses wunderbaren physiologischen Systems erforschen wollen, so können wir

nach dem oben Gesagten nichts tun und brauchen auch zunächst nichts zu tun als die Wahrnehmungswelt, die Welt in und um uns anzusehen, all unser Besserwissen über die Möglichkeiten der objektiven Wirklichkeit, alle (sonst berechtigten) stillschweigenden Berichtigungen des unmittelbar Wahrgenommenen beiseite zu lassen und alles anzuerkennen, was Lebenserfahrung und Wissenschaft uns als "scheinbar", als Täuschung, als "bloß subjektiv" mißachten lehrte. Dort finden wir die psychologischen Erkenntnisse, nicht im Zerpflücken von Nervensträngen. Nur so hat es Sinn, was *Erich Becher* in Gehirn und Seele (Heidelberg, Carl Winter/ sagt; »daß bei den vorliegenden Wechselbeziehungen zwischen neurologischer und psychologischer Erkenntnis letztere eher der gebende als der empfangende Teil war«, und nicht, wie es Mager deutet; daß man, um die Geordnetheit der physiologischen Vorgänge überhaupt begreifen zu können, »zu einem außerphysiologischen, also psychischen Faktor greifen« müsse. Gerade das eben genannte Vorgehen fordert die phänomenologische Forschungsrichtung, und die Psychologie wird mit den meisten Gewinn von ihr haben, wo sie zur Tat übergeht, wie das schon viele Jahre vor ihrer philosophischen Formulierung und Begründung in *Ewald Heerings* Untersuchungen über den Gesichtssinn geschehen ist (Grundzüge der Lehre vom Lichtsinn /Berlin, Julius Springer/), die durch die bewußte Ausscheidung der physikalischen Optik zugunsten des phänomenalen Bestandes für die psychologische und physiologische Farbenlehre grundlegend geworden sind.

#### Sinnenverwandtschaft

Auf Grund solcher verfeinerten Beobachtung ist man der Frage schon näher gekommen, wie das Vielerlei der Sinne in die Einheit der Wahrnehmungswelt aufgehen könne. Einmal, indem man fand, daß die Eigenschaften und Gesetze der Wahrnehmungen in den verschiedenen Sinnesgebieten gar nicht so unvergleichbar waren wie man ursprünglich angenommen hatte. Es wurde wahrscheinlich, daß vieles, was man aus der Verbindung zweier Sinnesgebiete (stechende Gerüche; Geruchs- und Tastempfindungen; warme Farben; Gesichts- und Temperaturempfindung), aus Wortzusammenklängen, Zusammentreffen im zufälligen Erlebnis erklärt hatte, ein Zeichen echter Verwandtschaft war. Vieles, was man als "übertragene" Bezeichnung, als poetische Floskel abgetan hatte (helle Töne,

stumpfe Farben, spitze Klänge, weiche Linien), mußte als ursprüngliche Eigenschaft der betreffenden Sinnesqualität anerkannt werden. Am eindringlichsten wird dies im Gebiet der Formnachahmung durch Worte. Diese beschränkt sich nämlich nicht auf Lautnachahmung, sondern alle Sprachen sind voll von Lautgebilden, die unmittelbar als Bild einer Sache oder Eigenschaft wirken, obgleich diese selbst weder in Klängen geformt ist noch irgendwelche erzeugen kann. Gesetze der Gruppierung, des Kontrastes, des Verhältnisses von Figur und Grund gelten, sinngemäß übertragen, annähernd gleichmäßig für Gesicht-, Gehör- und Tastwahrnehmung. Besondere Verwandtschaft hat sich in Arbeiten *Vittorio Benussi* (im 36. Band des Archivs für die gesamte Psychologie) zwischen den Tastwahrnehmungen in den Randzonen des Gesichtsfelds gezeigt. Die im Optischen schon lange festgestellte Scheinbewegung (Kino) konnte er auch auf Grund isolierter ruhender Tastreize erzeugen, und *Harold E. Burr* sogar auf Grund entsprechender Gehörsreize (Auditory Illusions of Movement, im 2. Band des Journal of Experimental Psychology). Endlich hat *David Katz* in einer ausgezeichneten kleinen Schrift gezeigt, daß der Tastsinn in 2 zwar ständig zusammenarbeitende, aber wesensverschiedene Sinnesarten geschieden werden muß; den Druck- (Deformations-) sinn und den Vibrationssinn (Der Vibrationssinn, in den Scripta universitatis atque bibliothecae Hierosolymitanarum / Hamburg, Georg Kramer/). Dieser Sinn, der im Gegensatz zum Drucksinn mit annähernd gleichmäßiger Feinheit über den ganzen Körper verbreitet ist und auf Schwingungen etwa zwischen 50 und 500 pro Sekunde reagiert, unterrichtet uns über die feinste Beschaffenheit, über Rauheit und Glätte getasteter Flächen und besonders über vorübergehende Zustände der Umgebung, die sich irgendwie in Schwingungen und Erschütterungen äußern können (Wechselströme), und nicht nur bei unmittelbarer Berührung der Haut sondern auch durch Zwischenmedien, Kleidungsstücke, Schuhe, Werkzeuge, durch Flüssigkeiten und wahrscheinlich auch durch die Luft; wodurch manche der erstaunlichen Wahrnehmungsleistungen der Taubstummen und Taubstummblinden verständlicher werden. Der Vibrationssinn, dessen Organe übrigens noch unbekannt sind, wird schon zum ausgesprochenen Fernsinn. Wesentlich ist nun: Nur der Drucksinn zeigt die erwähnte Verwandtschaft zum

Gesichtssinn, neben der raschen Ermüdbarkeit und den Nachbildern, die Ausbildung von Raumgestalten und besonders die phänomenale Ruhe, die Zeitunabhängigkeit, das bloße Dasein der Erscheinung bei gleichmäßig gebotem Reiz. Der Vibrationssinn zeigt, entsprechend der gemeinsamen Reizform, wie das Gehör kaum Ermüdung, keine Nachbilder, Vorherrschen qualitativer Beschaffenheiten ohne ausgebildete Raumgestalt und die merkwürdige Zeitlichkeit, derart, daß auch ein gleichmäßig gebotener Reiz zum Erlebnis eines *Geschehens*, unaufhörlichen Werdens und Vergehens wird.

**Sinneneinheit** Den Körpersinnen sind somit doch in viel größerem Maß geistige Züge eigen, als *Hellmuth Pleßner* in seinem Buch Die Einheit der Sinne / Bonn, Friedrich Cohen/ meint, und es erscheint fraglich, ob trotz seiner andern Ansicht seine Ergebnisse wirklich »nicht dem Erfahrungsurteil der Physiologie und Psychologie unterstehen«. Es ist schade, daß sich Pleßner so viel mehr mit Ansichten älterer Philosophen beschäftigt als mit den Dingen selbst. Denn sein Problem hat vor ihm überhaupt noch niemand gesehen, geschweige zu lösen versucht. Es lautet nicht mehr: Wozu sind die Sinne da? Sondern: Bildet die Gesamtheit der Sinne mit all ihren Eigentümlichkeiten irgendwie eine Einheit, ein geschlossenes Ganzes? Oder sind sie etwa nur eine zufällige Auswahl aus einer Reihe verschiedenster Möglichkeiten, wie das die Entdeckung uns ganz fremder Sinnesorgane an anderen Lebewesen nahelegte? Und wenn sie mehr sind, was für eine Funktion und Besonderheit hat dann jedes einzelne im Ganzen? Die Stellung dieser Frage ist Pleßners bleibendes Verdienst. Zu seiner Lösung der Frage führt er auf einem langwierigen Umweg über die Geisteswissenschaften, da ihm der unmittelbare Zugang durch die drohende Nachbarschaft der Naturwissenschaften versperrt scheint. Er findet den Sinn der Sinne in ihrer Fähigkeit Geistiges zu versinnlichen, die für das Auge am reinsten in der Geometrie, für das Ohr am reinsten in der Musik verwirklicht sei. Da bei allen anderen Sinnen jene Fähigkeit nicht ausgebildet ist, bleibt ihr Sinn unzugänglich. Dies hat nach Pleßner seine inneren Gründe in dem Zusammenhang von Leib und Geist, dessen Rätsel er gleich mitgelöst zu haben glaubt: Das »Conjunctum« aus Leib und Seele, das die Person bildet, wird von den Sinnen *zusammeng gehalten*, und zwar

sind alle sachlich möglichen Verbindungsweisen erfüllt. Durch die oben auseinandergesetzten Wesenseigenschaften steht das Optische in »Akkordanz« zur Handlung, das Akustische zur Haltung des Leibes; dort benutzt der Geist den Leib als Instrument, hier gibt sich der Geist dem Leib kund. In den übrigen Sinnen (als Körpersinn zusammengefaßt) sei umgekehrt der Körper dem Geist vergegenwärtigt, um das Zusammenwirken der beiden zu sichern. Wenn Pleßner meint, die physikalische Welt sei nur »ein Kontinuum rein quantitativer Verschiebungen«, das qualitative Mannigfaltigkeit und geformte, sinnvolle Züge erst durch spontane Akte (wohl des Geistes?) im Lebewesen erhält, wenn er gleich danach auch dieser »Welt der Physiker« nur den Wert eines Bildes neben anderen zuerkennt und der Meinung ist, jeder Rückgang von der Empfindung zum veranlassenden Reiz sei unmöglich, und demgemäß andeutet, daß die Einheit der Welt schließlich nur aus der Person und ihrer Einheit verstanden werden könne, so ist das ein Rückfall in den alten Versuch der europäischen Philosophie die Schwierigkeiten des Verhältnisses zwischen der phänomenalen und der objektiven Welt einfach durch Streichung der objektiven zu beseitigen.

#### **Bewußtsein und Seele**

Das Leib-Seele-Problem ist durch die Annahme irgendeiner Verkoppelung nicht gelöst. Pleßners Versuch führt aber darin vorwärts, daß ihm das Bewußtsein (nicht nur der Ausschnitt davon, den Klages so nennt) und die Seele nicht mehr das selbe sind. Dies wird noch klarer in *Gertrud Kuznitskys* Schrift *Naturerlebnis und Wirklichkeitsbewußtsein* /Breslau, Trewendt & Granier/. Die Darstellung und Abgrenzung des Naturerlebnisses und ihm gegenüber des Erfahrung schaffenden Feststellens von Dingverhalten ist in ihr umfassender und schärfer als bei Klages: Das Geistige, das aus dem Ding spricht, ist eins mit dem Ding selbst, das heißt mit dessen Gestalt, die in dessen Gesamtentfaltung, der »Bewegung ohne Veränderung« des Ganzen gesucit wird. Daran schließt sich ein Versuch die Arten des Erscheinens, die »Substanz des Erscheinenden« (leibhaftiges und bildhaftes Dasein; das »negative« Dasein der Dunkelheit, Stille, Leere, des Hintergrunds; Körper und Erscheinungsgebilde) ordnend zu beschreiben. Die Durchführung ist zwar oft nicht einleuchtend, besonders bei der Zuordnung zu den einzelnen Sinnen wird noch mit der leider üblichen

Selbstverständlichkeit festgesetzt, was jeder Sinn zu leisten imstande sei. Aber in den vorhandenen Psychologiebüchern ist nicht einmal der Gedanke an eine Systematik zu finden, die Allgemeineres als Sinnesqualitäten begreift. Der letzte Teil des Buchs handelt von der Wahrnehmung der eigenen Person. Er verläßt den Ansatz Ich = Bewußtseinseinheit, Träger meiner Akte, da er nur zum Dasein, nicht zur Beschaffenheit des Ichs gelangt. Das Bewußtsein ist bei allem Zusammenhang ein Vielerlei, keine echte Einheit. Ich unterscheide innerhalb seiner das, was mich angeht. Aber auch, wenn ich das herausondere, "mich" betrachte, indem ich auf Einzelakte gerichtet in Selbstzergliederung verharre, finde ich nicht mich, bloß das Material meines Daseins. Mich finde ich eher gerade in dem Unpersönlichen, das nicht "ich" mache, sondern das über mich herrscht, in dem Gedanken und der Tat, die in mir wächst, und der Leidenschaft, die mich formt. Das Wichtigste ist hieran, daß Liebe, Glück und Leid nicht mehr, wie überall, als Bewußtseininhalte (Affekte, komplexe Gefühle) neben anderen beschrieben werden sondern als Formungen der Person, ihres »Gesamtdaseins«, die man keineswegs immer durch Selbstanalyse als Erlebnis in sich vorfindet (siehe die entsprechende Entwicklung der Begriffe des Temperaments und der Geisteskrankheit, in dieser Rundschau, 1924 Seite 328 und folgende). Wenn etwas Seele heißen kann, ist es diese Person, die ihr Bewußtsein wie ihren Leib "hat", deren Formen und Attribute Veranlagung und Schicksal sind. Mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Gehirn und Bewußtsein ist also die Leib-Seele-Frage nicht beantwortet. Es ist eine typische Substanzfrage, nur mit der allgemeinen Substanzfrage zu erledigen.

#### **Totenliste**

Am 24. April 1924 starb in Worcester /Massachusetts/ *Granville Stanley Hall*, einer der bedeutendsten Psychologen und Pädagogen Amerikas. Er beschäftigte sich mit Vorliebe mit der Einfügung der heranwachsenden Menschen in das tätige Leben der Gesellschaft. Die Organisation der Clark University, die er übernahm, verwickelte ihn in einen erbitterten, aufreibenden, aber leider vergeblichen Kampf gegen die Mechanisierung, Bürokratisierung und industrielle Versklavung des amerikanischen Universitätsbetriebs. Im Verlauf dieser pädagogischen Bestrebungen lernte er auch die Psychoanalyse kennen; mit sicherem Blick erkannte er



sofort die Konsequenzen der Erkenntnisse dieser Schule, und er war der erste, der es wagte in Amerika dafür einzutreten. Er stand zuletzt dem Zweig um Adler, der Individualpsychologie, am nächsten, die ihre Hauptkraft der Erziehung zuwendet. Kurz vor seinem Tod brachte er noch die Geschichte seiner geistigen Entwicklung heraus (*Life and Confession of a Psychologist* /New York, D. Appleton/).

Das Schaffen *Paul Natorps*, der im Alter von 70 Jahren starb, wurde hier bereits in der Rundschau Philosophie (1924 Seite 658) gewürdigt. Hier sei nur nachgetragen, an welchen Punkten der bedeutende Gelehrte für die Psychologie Bedeutung gewann. Es ist einmal die erkenntniskritische Grundlegung der Psychologie, mit der er sich in verschiedenen Schriften, zuletzt in der Allgemeinen Psychologie nach kritischer Methode /Tübingen, J. C. B. Mohr/ befaßte. Natorp setzte sich darin eingehend und zum Teil klärend mit den Lehren Husserls und seiner Schüler auseinander und suchte deren harten und schematischen Schnitt zwischen Gegenstandsbewußtsein und Aktbewußtsein durch eine Relativierung des Verhältnisses zwischen Subjektivem und Objektivem zu ersetzen, woraus ein eigenartiges Stufensystem hervorgeht, an dessen einem Ende das völlig in sich festgewordene Ding, der Gegenstand der Naturwissenschaft, stehen soll, an dessen andern Ende sich das absolut ungegenständliche, unwiederholbare, einmalige und darum begrifflich unfaßbare seelische Urerlebnis befindet, mit dem sich die Psychologie befassen soll. Leider ist Natorp anscheinend nicht mehr dazu gekommen in einer Fortsetzung des Werks zu zeigen, wie eine solche Psychologie in ihrer konkreten Durchführung aussehen soll. Greifbares von wertvoller Tendenz liegt sodann von ihm auf pädagogischem Gebiet vor, dessen Sinn und Ziel die folgenden Titel deutlich machen: Sozialpädagogik /Stuttgart, Friedrich Frommann/, Sozialidealismus /Berlin, Julius Springer/, Genossenschaftliche Erziehung als Grundlage zum Neubau des Volkstums und des Menschentums /Berlin, Julius Springer/; dazwischen zahlreiche Schriften über Plato, Rousseau, Condorcet und besonders Pestalozzi in seiner Bedeutung für die Gegenwart (vereinigt in den Gesammelten Abhandlungen zur Sozialpädagogik /Stuttgart, Friedrich Frommann/).

Am 24. August starb in Berlin, 62 Jahre alt, der Tierpsychologe *Theodor Zell*, der eigentlich Leopold Bauke hieß (siehe die

Rundschau Biologie, 1924 Seite 788). Er bemühte sich in die weitesten Kreise das Gefühl dafür zu tragen, daß die Tiere fühlende, liebende und leidende Wesen sind wie wir und entsprechend behandelt zu werden verdienen. Auf Grund des Studiums der Lebensweise ihrer wilden Vorfahren trat er mit bestimmten Vorschlägen für eine Verbesserung und Erleichterung der Lebensbedingungen der Haustiere ein. Er suchte sie vom Standpunkt ihrer eigenen Artgenossen verständlich zu machen; er schrieb über die gegenseitigen Beziehungen, das Liebesleben, die Moral der Tiere und ihre Ähnlichkeiten mit der menschlichen.

**Kurze Chronik** Auf der 88. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, die vom 21. bis zum 27. September 1924 tagte, berichtete Karl von Frisch /Breslau/ über *Beobachtungen an Bienen*. Es gelang ihm eine Art Sprache der Bienen festzustellen: einen eigenartigen Rundtanz, durch den reiche Honigquellen im Stock bekannt gemacht werden, und den "Schwanzeltanz", durch den sich die Blütenstaubsammler verständigen. Die Tänze und ihre Wirkung auf die Stockgenossen, die sofort herankommen, die Tanzenden beriechen und dann massenhaft ausfliegen, wurden kinematographisch vorgeführt. ◊ Auf Anregung Albert Molls hat sich in Berlin eine *Arbeitsgemeinschaft für praktische Psychologie* konstituiert, die führende Fachleute auf den Grenzgebieten zwischen Psychologie, Medizin, Volkswirtschaft und Technik zu wissenschaftlicher Arbeit vereinigen will. In Hamburg wurde eine Gesellschaft zur Förderung der praktischen Psychologie gegründet; es gehören ihr hauptsächlich Industrielle an, wissenschaftlicher Leiter ist William Stern. ◊ In Zürich wurde ein *Heilpädagogisches Seminar* eröffnet, das in loser Verbindung mit der Philosophischen Fakultät der Züricher Universität steht. ◊ Der ordentliche Professor der Psychiatrie *Paul Schroeder* in Greifswald wurde in gleicher Eigenschaft an die Universität Leipzig berufen. Schroeder beschäftigte sich bisher hauptsächlich mit Psychosen nach Verletzungen und Vergiftungen (zum Beispiel durch Alkohol).

**Literatur** Im Namen des Wissenschaftlich-Humanitären Komitees gibt Magnus Hirschfeld das *Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen*, mit besonderer Berücksichtigung der Homosexualität, heraus /Stuttgart, Julius Püttmann/. Dieses Jahrbuch sucht

den menschlichen Charakter möglichst restlos aus der Erbanlage abzuleiten, und die Arbeiten beschäftigen sich vorwiegend mit solchen Versuchen, ohne sich viel Gedanken über ihre doch wohl unbeabsichtigten, aber unvermeidlichen Erziehungseinwirkungen zu machen. (Dazwischen stehen einige biographische Mitteilungen über Louise Michel und Franz von Holstein. Daß Louise Michel als sexuelle Zwischenstufe genommen wird, beweist allerdings ein fundamentales Unverständnis für die Persönlichkeit dieser bedeutenden, gütigen Revolutionärin.)  $\diamond$  Einen Gegenpol hierzu bildet in gewissem Sinn die *Internationale Zeitschrift für Individualpsychologie* /Wien, Moritz Perles/, eine Fortsetzung der von Alfred Adler 1914 gegründeten, durch den Krieg unterbrochenen Zeitschrift für Individualpsychologie. Die Anschauung von der formenden Macht der Umgebung, der bloß zwischen den Menschen wirkenden Triebe (Sicherungstendenz, Gemeinschaftsgefühl und besonders Machttrieb) hatte Adler von Freud getrennt. Seine Zeitschrift beschäftigte sich vorzugsweise mit Erziehungsfragen. Da er aber anscheinend ebenso dazu neigt den Machttrieb als "eigentlichen" Urtrieb des Menschen zu vereinzigen, wie Freud vor ihm den Geschlechtstrieb, und vor allem in der Annahme der Zielhaftigkeit menschlichen Verhaltens viel zu weit geht, so hat C. G. Jung (Der Inhalt der Psychose /Wien, Franz Deuticke/) recht, wenn er sie nicht als 2 einander ausschließende Möglichkeiten sondern als notwendige gegenseitige Ergänzungen ansieht.  $\diamond$  In der Schrift *Die Psychologie der unbewußten Prozesse* /Zürich, Rascher & Cie./ gibt C. G. Jung eine schöne Gegenüberstellung der streitenden Lehren an einem Fall von Hysterie, deren Erscheinungen bis zur letzten erst mit Freud als Wirkungen infantiler sexueller Komplexe, dann ebenso restlos mit Adler als Mittel zur Machteroberung erklärt werden, und beides wirklich gleich überzeugend. Jung nähert sich übrigens in dieser Schrift sehr stark der in dieser Rundschau (1924 Seite 326 und folgende) umrissenen dynamischen Theorie der Triebe. Aber auch er kommt noch nicht los von der Trennung in eine ungeordnete Energiemasse und eine von außen dazukommende, sie fassende Form; und zur traurigen Überraschung des Lesers bleibt auch er in der unfruchtbaren Zurückführung aller unpersönlichen geistigen Möglichkeiten der Symbolik, der Religion, des Verstehens sogar, auf urgeschichtliche Zustände stecken.

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Gesetzmäßigkeitsbegriff** In der 1924 nach 1jähriger Unterbrechung herausgebrachten Eröffnungsnummer des Schmollerschen Jahrbuchs, auf deren Inhalt in dieser Rundschau (1924 Seite 459) bereits kurz hingewiesen wurde, hat Werner Sombart mit seinem Aufsatz *Der Begriff der Gesetzmäßigkeit bei Marx* (den er nachher auch in die, im folgenden Abschnitt besprochene Neuauflage seiner Schrift über den Sozialismus hineingenommen hat) ein sehr interessantes, in der Marxliteratur bisher wenig beachtetes Thema angeschnitten. Eine eindringende Untersuchung, in welchem Sinn Marx, dieser tiefstbohrende Forscher auf dem Gesamtgebiet der Soziologie, eine Gesetzmäßigkeit in den Gestaltungen und dem Ablauf des sozialen Lebens findet, und eine kritische Auseinandersetzung mit seinem Standpunkt in dieser Hinsicht könnten in der prinzipiell wichtigen, seinerzeit von Heinrich Rickert angeregten Kontroverse über den wissenschaftlichen Artcharakter sozialer Erkenntnis und damit weiter in der Frage, ob hier überhaupt wie in den Naturwissenschaften eine klar umschriebene Formulierung notwendiger Gesetzmäßigkeiten möglich sei, zu manchem neuen Einblick führen. Sombart gibt eine ausführliche, sehr dankenswerte Zusammenstellung von Zitaten, in denen Marx und Engels in ihren Schriften und Briefen von Gesetzen im sozialen Sinn sprechen, und konstatiert, darauf gestützt, daß ein und das selbe Wort, Gesetz, von ihnen offenbar in sehr verschiedenem Sinn gebraucht wird. Besondere Schwierigkeiten für die Interpretation der Marxschen Auffassungsweise ergeben sich vornehmlich aus der Frage: was er, der erklärte Feind und Widersacher aller metaphysisch-ideologischen Konstruktionen, mit seiner angeblichen Umformung der dialektischen Methode Hegels gewollt habe, wie er meinen konnte vermittelt einer solchen Umformung jener Methode ein Instrument für die Erkenntnis und Darstellung realer Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten zu gewinnen. Der Kern und Grundgedanke der Hegelschen Dialektik ist so durchtränkt mit metaphysischen Voraussetzungen, daß man vielmehr den Eindruck hat, sie könne, von diesem ihren Element losgelöst, so wenig leben wie der Fisch, den man aus dem Wasser herauszieht; im Nachwort zum *Kapital* indessen heißt es: Die Dialektik ist bei Hegel nur auf den Kopf gestellt. Man

muß sie umstülpen, um ihren rationalen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken. Er (Marx) selber habe sich daher im Gegensatz zu der herrschenden Modemeinung, die im selbstgefälligen Dünkel den einst Vergötterten nun wie einen toten Hund behandle, als Schüler jenes großen Denkers bekannt und sogar hier und da mit der Hegel eigentümlichen Ausdrucksweise kokettiert. Nach Berichten seines Schwiegersohns Lafargue scheint Marx sich mit dem Wunsch und Plan getragen zu haben später einmal, wenn er von der Last der ökonomisch-theoretischen Arbeit befreit wäre, sich der Erforschung ganz allgemeiner Denkprobleme zuzuwenden. Gewiß wäre dann die nähere Analyse dessen, was er hier als die Umstülpung der Hegelschen Dialektik bezeichnet, als eine Hauptaufgabe in den Vordergrund seines Nachdenkens getreten. Und solche eingehendere Analyse wäre, so darf man wohl vermuten, zu dem Resultat gekommen, daß ein unmetaphysisches Begreifen der innenweltlichen Zusammenhänge zwar von der virtuellen Kunst begrifflicher Zergliederung und Entwicklung, über die Hegel, so willkürlich er oft verfährt, dennoch verfügte, vieles lernen kann; ferner, daß manche der umfassenden von ihm formulierten Beobachtungen, wie jener frappante Satz vom Umschlagen der Quantität in die Qualität und der Hinweis auf das oft gegensätzliche Verhältnis der in einem Begriff zusammengefaßten Momente, zwar aufschlußreiche und wichtige Generalisationen bieten, daß aber dies, wie alles andere, was Hegel als Resultat und Beweis seiner sogenannten Dialektik vorbringt, nicht im mindesten einen Bruch mit den Grundsätzen der einfachen Logik und deren Kardinalprinzip von der Undenkbarkeit des Widerspruchs einschließt, also auch keinswegs als Überwindung dieser Logik ausgegeben werden kann. Aber eben diese Prätention eine solche Überwindung der einfachen Logik darzustellen, die schließlich in dem tollen Einfall gipfelt den Widerspruch für das tiefste Wesen der Dinge zu erklären, ist das spezifische Merkmal der Hegelschen Dialektik. Wird dieser mit den metaphysischen Grundlagen Hegelschen Philosophierens sich verwehende Anspruch endgültig abgelehnt, wie es vom Marx'schen Standpunkt aus ja selbstverständlich ist, so kann von einem rationalen Kern dieser Dialektik, der durch ihre Umstülpung zu gewinnen ist, nicht wohl die Rede sein. Das Marx'sche Wort läßt sich dann nur als eine figürliche Wen-

dung fassen, die in epigrammatischer Ausprägung dem begriffslosen Empirismus der Tagesmode gegenüber auf gewisse wichtige, vom eigentlichen Wesen und der Grundidee jener Dialektik ganz ablösbare Seiten des Hegelschen Philosophierens als auf Momente hinweist, die, kritisch verarbeitet, auch für ein von gänzlich anderm Standpunkt ausgehendes Denken fruchtbar werden können. Wie irrelleitend die Sophismen waren, auf die Hegel seine angebliche Überwindung der Logik stützt, läßt sich heute an der Hand der weitem Entwicklung der Logik und vor allem auf Grund der Untersuchungen Lotzes und Sigwarts leicht erweisen.

Eine kritische Beurteilung der Auffassung und der Methoden Marxens wird in jedem Fall unmittelbar von einer Analyse dieser selbst auszugehen haben, ohne sich durch das vieldeutig schillernde Etikette einer umgestülpten, vom Kopf auf die Füße gestellten Dialektik verwirren zu lassen. Das gilt insbesondere auch für die Betrachtung von Marxens Hauptwerk, dem Kapital, das sich die Aufgabe stellt in systematischem Fortgang die Art von Gesetzmäßigkeit darzulegen, der der moderne volkswirtschaftliche Gesamtprozeß in seinem beständig forterhaltenden Gesamtzusammenhang notwendig unterworfen ist. Eben dies, die Ausrichtung auf eine systematisch durchgeführte Darstellung der im Gesamtzusammenhang des Prozesses sich manifestierenden Gesetzmäßigkeit ist es, die seinem Werk die Signatur gibt. Die Tiefe und der Ernst, mit dem dies Ziel verfolgt wird, statuiert seine einzigartige Stellung innerhalb der ganzen sonstigen ökonomischen und soziologischen Literatur. Und ohne klares Bewußtsein eines so gesteckten Ziels ist eine wirkliche methodisch fortschreitende Theorie der modernen Volkswirtschaft von vornherein überhaupt nicht zu denken. Die Marxisten haben insofern recht, als sie erklären, daß, an diesem Maßstab gemessen, alle anderen von gegnerischer Seite gemachten Versuche zu einem theoretischen Verständnis der modernen Volkswirtschaft vorzudringen leer erscheinen, in offenbaren Zirkelschlüssen und eklektischem Wirrwarr steckenbleiben. Aber die Einwände, die sich gegen die Art erheben, wie Marx bei der Deduktion seines Wertgesetzes verfährt und von hier aus als Grundlage den Gesamtkomplex der in der kapitalistischen Ökonomie waltenden Gesetze ableitet, diese von gegnerischer Seite immer wieder, wenn auch oft mit sehr

mangelhafter Argumentation vorgebrachten Einwände werden so nicht widerlegt. Jene Kritik blieb wesentlich negativ und unfruchtbar. Von einer weiterführenden Auseinandersetzung mit der von Marx im Kapital befolgten Methode ist in dem Lager der Universitätsökonomie auch heute noch, bald 6 Jahrzehnte nach dem Erscheinen des 1. Bandes des Kapitals kaum ein Ansatz zu spüren. Und doch scheint der Weg zu einer solchen Auseinandersetzung, in den Grundlinien wenigstens, vorgezeichnet. Die Aufgabe, die Marx sich stellte: die ökonomische Gesetzmäßigkeit jenes Prozesses in stufenweise methodischem Fortgang nachzuweisen, darf von der Wissenschaft nicht mehr vergessen werden. Und ebenso liegt es auf der Hand, daß eine solche Untersuchung, um im geschlossenen Fortgang zu einem systematisch durchgearbeiteten Begriff dieses Prozesses und seiner Gesetzmäßigkeit zu gelangen, zunächst einmal von der Konstatierung einer aus der Analyse des Prozesses selbst geschöpften allerallgemeinsten und zweifellos gewissen Bestimmung ihren Ausgang nehmen muß: von der Bestimmung, daß dieser moderne volkswirtschaftliche Gesamtprozeß, wie immer näher charakterisiert, jedenfalls zugleich Prozeß ist, in dem sich die Produktion durchgängig und allgemein als Produktion für den Austausch vollzieht. Die Untersuchung, welchen Gesetzen der Prozeß, um überhaupt möglich zu sein, in seinem näher zu bestimmenden Gesamtzusammenhang notwendig, existenznotwendig unterliegt, hat demnach mit der Frage zu beginnen, ob nicht bereits aus dieser hier fixierten allerallgemeinsten Bestimmung des Prozesses, daß in ihm die Produktion als Produktion für den Austausch erfolgt, ein ganz allgemeines derartiges Gesetz für ihn als evident notwendig folgt. Dem Marxschen Arbeitswertgesetz aber, das ist nicht zu bestreiten, fehlt eine solche von vornherein überzeugende Evidenz. Denn wie will man im voraus, bevor über die näheren Bestimmungen des Prozesses, die Bedingungen, unter denen sich in ihm der Austausch vollzieht, noch irgendetwas bekannt ist, den Beweis führen, daß Austauschproduktion in diesem Gesamtprozeß nur unter der Bedingung möglich ist, daß sich der Austausch in ihm tendenziell notwendig, dem Marxschen Wertgesetz entsprechend, als Austausch arbeitsgleicher Waren vollzieht? Wohl aber ist ganz unabhängig von der Marxschen These eines solchen inhaltlich bestimmten Wertgesetzes eine

andere Bestimmung evident. Daß nämlich dieser Prozeß mit allgemeiner Austauschproduktion, wie er immer näher bestimmt sei, von vornherein nur möglich ist als ein Prozeß, in dem die Produktion für den Austausch zu produzierender Güter der Regel und Tendenz nach als Produktion in dem Prozeß wirksam nachgefragter Güter erfolgt; das heißt als Produktion von Gütern, die im Prozeß wieder und wieder zu Bedingungen nachgefragt sind, die dem Eigeninteresse der respektiven Produzenten einen wirksamen Anreiz geben: die Produktion der nachgefragten Güter zur Veräußerung an die Nachfragenden im Eigenbetrieb zu betreiben. Und weiter läßt sich dann der Nachweis führen, daß diese evident notwendige Bedingung des Prozesses nur unter der Voraussetzung erfüllbar ist, daß dieser Prozeß zugleich die Form eines Prozesses hat, in dem eine der im Austausch nachgefragten Güterarten, im Gegensatz zu allen anderen immer nur jeweils nach Bedarfswahl nachgefragten Güterarten, als Geld fungiert. Nämlich, daß eine Güterart fungiert und umläuft, von der alle Austauschproduzenten und sonstigen Funktionäre des Prozesses in und durch Ausübung ihrer Funktion jederzeit übereinstimmend und ausschließend, von vornherein unter Verzicht auf Bedarfswahl, Beträge zur Verwendung für Zwecke ihres Eigeninteresses gewinnen wollen; als eine Güterart, mit der alle anderen für den Austausch produzierten Güter, da sie samt und sonders ausschließend gegen diese eine im Austausch angeboten sind, jederzeit nach Bedarfswahl, zu jeweils im Marktverkehr bestimmten Austauschsätzen aneignenbar sind. Wie aber die Produktion für den Austausch, um in dem Prozeß als Produktion im Austausch wirksam nachgefragter Güter zu erfolgen und so überhaupt möglich zu sein, die Geldform und den Gewinn von Geld als allgemeinen Zweck der Funktionäre im Prozeß voraussetzt, muß dieser andererseits, wie immer näher bestimmt, bei dieser seiner nähern Bestimmtheit offenbar zugleich die Form eines Prozesses haben, in dessen sich ständig forterhaltendem Gesamtzusammenhang die Warenpreise so geregelt sind, daß der Zweck des Geldgewinns erreicht wird. Eine allgemeine Bestimmung, die ihrerseits wiederum Handhaben bietet, um die näher zu bestimmende Art der tendenziellen Preisregulierung zu entwickeln, die sich für den zu untersuchenden volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß daraus ergibt, daß in ihm die in den Betrieben Waren

produzierende Arbeit selbst Arbeit im Tagelohn der von den Betriebseigentümern gemieteten Arbeitskräfte, mithin selber Geld kostende Arbeit ist. Die Realisierung von Geldgewinn setzt da also immer einen Geldüberschuß der Warenpreise über die respektiven Produktionskosten voraus, in denen dann der Kostpreis des Aufwands von Lohnarbeit mit enthalten ist, der zur Produktion der betreffenden Waren notwendig war. Woraus dann auf dem Weg weiterer Analyse die Notwendigkeit hervorgeht, daß jener Geldüberschuß der Warenpreise über die Produktionskosten hier zugleich die Notwendigkeit eines durchgängigen Geldüberschusses der Warenpreise über den respektiven Kostpreis des in der Produktion der respektiven Waren jeweils verbrauchten Gesamtaufwands von Lohnarbeit miteinschließt. Welches also immer der Lohn sein mag, den der Arbeiter für eine bestimmte Anzahl Arbeitsstunden in dem Prozeß täglich erhält: er kann mit diesem Geldbetrag nie eine Warenmenge kaufen, zu deren Produktion die gleiche Zahl von Arbeitsstunden verausgabt werden mußte. Der zur Selbsterhaltung des Prozesses notwendige Überschuß der Warenpreise über den Geldbetrag, den der zur ihrer Produktion in dem Prozeß erreichte Gesamtaufwand an Lohnarbeit kostet, schließt eine Äquivalenz zwischen der vom Arbeiter geleisteten Arbeitsmenge und der Arbeitsmenge, die die von ihm mit seinem Tagelohn täglich käuflichen Waren repräsentiert, notwendig aus. Er muß also notwendigerweise immer Mehrarbeit leisten, tagaus tagein mehr Reallohn als er in Form seines täglichen Reallohns in Warenform zurückerhält.

Auf dem Weg eines derartigen Verfahrens, das zwar nach analytisch-deduktiver Methode, aber nicht wie bei Marx am Leitfaden eines schon inhaltlich bestimmten Wertgesetzes fortläuft, müßte sich dann auch die Frage entscheiden lassen, ob in einem solchen Prozeß die Konkurrenz, die auf eine Ausgleichung der Kapitalgewinne in den verschiedenen Branchen hinarbeitet, damit zugleich notwendig die Tendenz hat die Preisgrößen der Waren zu dem in den Waren stekenden notwendigen Arbeitsaufwand in Proportion zu setzen, oder ob vielmehr die Herstellung eines solchen Proportionalitätsverhältnisses von Preis und Arbeitsgröße im Prozeß sich von vornherein notwendigerweise ausschließt. Zeigt sich dabei, daß das Gewinnstreben der kapitalistischen Betriebseigentümer auf

dem Umweg über die Konkurrenzwirkungen, ihnen selber unbewußt, auf eine Proportionalität der Warenpreise zu dem respektive notwendigen Arbeitsaufwand hinwirkt, so ergäbe sich daraus, daß die reale Gesetzmäßigkeit, der dieser volkswirtschaftliche Gesamtprozeß durch das interessierte Verhalten seiner Agenten selbst tendenziell notwendig unterworfen ist, mit der Annahme des Marxschen Arbeitswertgesetzes wenigstens nicht prinzipiell in Widerspruch steht. Wogegen, wenn die Untersuchung zum entgegengesetzten Resultat führt, daß nämlich auf dem Weg über die Gewinnausgleichung jenes Gewinnstreben durch die Konkurrenz zu einer Preisregulierung führt, bei der die Preisgrößen der kapitalistisch erzeugten Waren von vornherein überhaupt gar nicht in Proportion zu dem respektiven Kostpreis der in ihnen enthaltenen Gesamtlohnarbeit, damit also auch nicht in Proportion zu den in ihnen verkörperten Arbeitsgrößen stehen können, der Anspruch jenes Arbeitswertgesetzes: ein oberstes und schlechthin allgemeines Gesetz des Warenaustausches darzustellen, offenbar unhaltbar wird, in Widerspruch zu den wirklichen kausal bedingten Gesetzen des Prozesses gerät.

Der Fehler, in den sich Marx bei seinem methodischen Verfahren verwickelt hat, scheint mir darin zu liegen, daß er, statt einen solchen, in der Natur der Sache vorgeschriebenen Weg in seiner Deduktion zu verfolgen, von einer vorgefaßten Auffassung des Wertbegriffes an seine Untersuchung heranging. Die *petitio principii*, die dabei mit unterläuft, markiert sich gleich in den ersten Sätzen seines Kapitels, wo er, nach Konstatierung, daß der Reichtum der modernen Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise als eine ungeheure Warensammlung erscheine, die Waren nicht, wie man erwarten sollte, zunächst einmal als für den Austausch produzierte Güter definiert sondern als Austauschgüter, die zugleich »Träger von Tauschwert« seien. Die Tatsache, daß man das Quantum von Waren (respektive, nach der notwendigen Entwicklung der Geldform, das Quantum Geld, gegen das für den Austausch produzierte Waren im Marktverkehr jeweils veräußerlich sind) ihren Tauschwert oder Wert nennt, wird damit von vornherein so interpretiert, als ob jene Ausdrucksweise eine Gleichheit der im Marktverkehr gegen einander ausgetauschten Warenmengen (respektive Waren- und Geldmengen) in Beziehung auf einen ihnen von vornherein inhärie-

renden Wert voraussetze, deren Träger die Waren sind. Der Satz, daß eine bestimmte Ware so und so viele einer andern oder ein so und so großes Quantum Geld wert sei, konstatiere nicht bloß das Faktum, daß sie sich im Marktverkehr in den und den bestimmten Austauschätzen gegen andere Ware respektive Geld umsetzt, sondern enthalte, näher analysiert, eine Aussage über das Verhältnis, in dem jener innere Wert der ausgetauschten Waren zu einander respektive zu dem der für die Waren gezahlten Geldmenge stehe. Auf diesem in die Wertbezeichnung hineininterpretierten Gedanken fußt zuletzt die prinzipielle Ableitung des aus der Zergliederung des Prozesses selbst und des interessierten Verhaltens seiner Agenten nicht ableitbaren Arbeitswertgesetzes.

In der Tat, wenn man jene zahllose Male in der ökonomischen Literatur wiederkehrende Wendung: der Austausch sei ein Austausch von gleichen Werten, und der Wert bestimme die Preise, analytisch daraufhin seziert, welche Neben- und Hintergedanken dabei mit im Spiel sind, läßt sich leicht zeigen, daß dieser Satz überhaupt erst einen verständlichen Sinn erhält, wenn der Wert der Warenmenge, der ihre Austauschsätze bestimmt, als eine innere, den Waren inhärierende Eigenschaft gedacht wird; und daß die einzige Eigenschaft, die als Bestimmungsgrund dieses innern Wertes überhaupt in Frage kommen kann, in dem zur Erzeugung der Waren jeweils notwendigen Arbeitsaufwand zu suchen ist. Der Austausch, wenn er als Austausch von Waren gleichen Wertes erfolge, sei mithin nur als Austausch von Waren, die gleich viel Arbeitszeit in sich verkörpern, zu verstehen. Wird einmal die Voraussetzung gemacht, der Austausch sei notwendig ein Austausch gleicher Werte, so ist vom Standpunkt dieser Prämisse der Schluß, durch den Marx zu seinem Wertgesetz kommt: daß sich der innere Wert der Waren zu einander wie die Größen der in den Waren verkörperten Arbeitsmengen verhalten müsse, logisch vollkommen zwingend.

Aber doch nur vom Standpunkt jener Voraussetzung aus. Und diese steht in Frage. Ob sie sich bestätigt, oder ob der Satz: der Warenaustausch erfolge normaliter und tendenziell notwendigerweise als Austausch gleicher Werte, nicht vielleicht eine bloße Fata Morgana der Sprache und des Denkens ist, darüber kann erst eine fortschreitende Analyse des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses und seiner Selbsterhaltung end-

gültig Antwort geben. Stellt sich dabei heraus, daß dessen kausal bedingte Gesetzmäßigkeit eine Preisregulierung durch die Konkurrenz impliziert, die von vornherein mit der Annahme des Bestimmteins der Warenpreise durch die in den Waren verkörperten Arbeitsmengen unvereinbar ist, so erweist sich die Annahme eines, in den Austauschätzen zum Ausdruck gelangenden, sie letztlich regulierenden innern Wertes, dessen Maß dann nur die Arbeit sein kann, als unhaltbare These, die sich in Widersprüchen zu dem, was sie erklären soll, verfängt.

So großartig die Konzeption des auf die Enthüllung der immanenten Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Gesamtprozesses abzielenden Marxschen Systems ist, das Hilfsmittel des Arbeitswertgesetzes, das er sich in Anknüpfung an die bürgerliche Nationalökonomie, nur sehr viel tiefer schürfend, zu diesem Zweck zurechtgeschmiedet hat, kann nur als eine provisorisch aufgestellte Hypothese gelten, die, so genial und fruchtbar er in seinem 1. Band mit ihr operiert, im 3. Band zu von Marx selber konstatierten unlösbaren Schwierigkeiten führt. Marx selber zeigt, daß die freie, vom Gewinnstreben geleitete kapitalistische Konkurrenz (der einzige Faktor, von dem es denkbar wäre, daß er die vom Marxschen Wertgesetz geforderte Anpassung der Preisgrößen an die Arbeitsgrößen wirklich realisieren könnte) vielmehr durch die Herausarbeitung einer für die verschiedenen Branchen tendenziell gleichen Durchschnittsprofitrate ein ständiges Divergieren der Preise von den Arbeitsgrößen notwendig macht. Und doch will er die Konsequenz, daß dieser innere Widerspruch die Geltung des Arbeitswertgesetzes in der modernen Volkswirtschaft widerlege, nicht wahr haben, sucht er durch nachträgliche Umdeutungen um dieses negative Resultat herumzukommen. Denn ein Abrücken von der Idee des Arbeitswertgesetzes erscheint ihm gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine methodisch-systematische Besinnung in lauter Gemeinplätzen einherplätschernde "Vulgärökonomie" seiner Zeit, die allen grundlegenden Problemen, also auch dem des Wertbegriffs, in weitem Bogen aus dem Weg geht. Auch alle die Kritiker, die nach dem Erscheinen des 3. Bandes des Kapitals gegen die Marxsche Werttheorie mit ver-

doppeltem Eifer zu Feld zogen und deren Überwindung verkündeten, hatten nichts, was sie dem Marxschen System mit irgendeinem Anspruch auf theoretische Geschlossenheit gegenüberstellen konnten. Die Rolle, die die Platteiten der sogenannten Grenznutz- und subjektiven Werttheorie heute spielen, ist ein Gradmesser für den Verfall des theoretischen Sinns auf dem Gebiet der ökonomischen Analyse und für das Unvermögen in kritischer Auseinandersetzung aus dem Marxschen Werk zu lernen. Wenn eine Überwindung der Marxschen ökonomischen Theorie möglich sein soll, so ganz gewiß nicht durch psychologische Tüfteleien, wie ein Robinson oder 2 Robinsone, die in der Wüste zum Zweck gegenseitigen Austausches zusammenzutreffen, den Gütervorrat, den sie, weiß Gott woher, besitzen, werten mögen, und welche Direktiven aus dieser ihrer Wertung sich für ihren Austausch ergeben. Von dem, was an dem Austausch überhaupt erst ökonomisch-theoretisch interessiert: daß er ein Glied eines sich ständig forterhaltenden wirtschaftlichen Gesamtprozesses ist, in dem die Produktion für den Bedarf der Gesellschaftsglieder von vornherein als Produktion für den Austausch erfolgt, sieht die sogenannte Grenznutztheorie in ihrem prinzipiellen Teil vollkommen ab, und sie meint dann obendrein mit ihrer so abgeleiteten Doktrin über die subjektiven Werturteile isolierter Individuen zugleich den Schlüssel für das Verständnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge in der Hand zu haben, während sie in Wahrheit zur Lösung der Probleme, auf die es grundsätzlich ankommt, nichts beizusteuern vermag. Es bleibt dabei, daß eine Theorie, die die moderne Volkswirtschaft in ihrem innern Gesamtzusammenhang begreifen will, von einer aus der Analyse dieses volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses geschöpften allerallgemeinsten und dabei zweifellos gewissen Bestimmung ihren Ausgang nehmen muß. Nur daß man in der Fixierung dieses Ausgangspunkts: daß sich die Produktion in dem Prozeß als Produktion für den Austausch vollzieht, jenes in seiner Geltung unbeweisbare, zu Widersprüchen führende Marxsche Arbeitswertgesetz nicht mit hineinzunehmen haben wird. Der Nachweis, daß und wie die kapitalistische Produktionsweise untrennbar notwendig die Leistung unentgeltlicher Mehrarbeit der Produzenten einschließt, dieser Nachweis, den Marx auf der Basis seines Wertgesetzes führt, läßt sich auch

ohne das erbringen. Das scheint der, in gewissem Sinn von Marx selbst gewiesene Weg, auf dem die Marxkritik ihren bisherigen nur negativen Charakter abstreifen und positiv weiterbauend werden könnte. Es würde sich dabei letztlich um den Begriff der ökonomischen Gesetzmäßigkeit, wie er im Marxschen Kapital gefaßt ist, um die Möglichkeit einer Umformung dieses Begriffs handeln.

**Marx und Sombart**

Einer neuen, gänzlich umgearbeiteten Auflage seiner Schrift Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert hat Werner Sombart jetzt den Titel Der proletarische Sozialismus ("Marxismus") gegeben /Jena, Gustav Fischer/. Schon in dem Vorwort zur 7., im Jahr 1919 veröffentlichten Auflage des ursprünglich ganz kurzen Büchleins hatte der Verfasser vom Plan einer Umarbeitung gesprochen, die näher auf die Probleme des Sozialismus nach seiner philosophischen und praktischen Seite hin einzugehen haben werde.

Das Buch, jetzt etwa 1000 Seiten stark, dessen 1. Band von der Marxschen Lehre und dessen 2. von der Bewegung handelt, zeigt eine ganz andere Signatur als früher. Noch in jener 7. Auflage war, abgesehen von gewissen an die fatale Kriegsbroschüre Händler und Helden erinnernden Bemerkungen, der Geist der ursprünglichen Konzeption lebendig. Die Anerkennung der gewaltigen welt-historischen Leistung des Marxschen Denkens (die eine Kritik an ihr natürlich keineswegs ausschließt) tritt hier, wie früher, ungebrochen hervor. Nur daß Sombart, der früher doch auf den Gegensatz zwischen der realistisch-evolutionistischen Auffassung Marxens und gewissen Zügen eines revolutionaristischen Wunderglaubens bei ihm hingewiesen hat, hier erklärt, es sei ihm zweifelhaft geworden, ob seine früher vertretene Ansicht von dem durchgängigen Prävalieren jenes realistischen Grundzugs angesichts der von Marx geforderten Diktatur des Proletariats aufrecht erhalten werden könne. Weiter spricht er hier von der verstandesgemäßen »Nüchternheit«, die der Sozialismus im Gegensatz zu früheren Zeiten heute zeige, und meint, der Marxsche Realismus habe dabei mitgewirkt. Aber er ist unbefangen genug ohne weiteres zuzugeben, daß dieser von Marx der Bewegung aufgedrückte realistisch - evolutionistische Charakter mit idealem Schwung, mit Ethizismus und Idealismus durchaus nicht unvereinbar sei. Wenn Marx den Sozialismus als ein

notwendiges Entwicklungsprodukt der ökonomischen Bewegung und ihrer Klassenkämpfe auffaßt, so habe das mit irgendwelchem Fatalismus natürlich nicht das mindeste zu tun. Denn eine solche historische Notwendigkeit kann sich selbstverständlich immer nur durch ein Wollen und Tun der Gesellschaftsglieder selber durchsetzen, wäre ohne Freudigkeit und Energie des Willens, die auch vor Opfern nicht zurückschreckt, ganz undenkbar. Die verstandesmäßige Erwägung der Umstände, der Mittel und Wege verlangt und setzt Erwärmung und Begeisterung für das Ziel voraus, »wie es die Besten unter den Sozialisten deutlich und klar vor Augen sehen«. Ebenso spricht Sombart hier davon, daß die Umrahmung des Marxismus mit Vorstellungsweisen eines Materialismus, der von den Naturwissenschaften Antwort auf die letzten Weltanschauungsfragen erwartete und in der Zeit des Wirkens Marxens in Deutschland dominierte, mit dem spezifischen Wesenskern des Marxismus nichts zu tun habe. Man habe auch im sozialistischen Lager eingesehen, daß die Stellungnahme des einzelnen zum Sozialismus, da eine naturgesetzliche Notwendigkeit seines Kommens nicht erwiesen werden könne, letztlich auf einem Willensakt, auf einem Werturteil des Individuums beruht, das dem sozialistischen Gesellschaftsideal zustimmt oder es verwirft. Man sei sich endlich klar, daß auch in Weltanschauungsfragen die Wissenschaft als solche nicht entscheidende Auskunft gebe, daß auch atheistische Überzeugungen, analog den religiösen, wissenschaftlich unbeweisbar sind, in persönlicher Stellungnahme wurzeln. Von der früher vielfach schroff hervorgekehrten Religionsfeindlichkeit der Partei sei in ihren aufgeklärten Schichten heute wenig mehr zu finden. Ausführungen, die doch allem Anschein nach darauf hinauslaufen, daß nach Sombart für die Beurteilung des Marxismus metaphysische Weltanschauungsfragen prinzipiell auszuscheiden haben, daß die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung, wenn Marx sie auch »materialistisch« nennt, eine von der materialistischen Weltanschauung unabhängige Geltung habe. In dieser Hinsicht wie in der ganzen Tonart, mit der von dem Marxismus gesprochen wird, zeigt die neue Auflage ein gründlich verändertes Gesicht. Die Beschäftigung mit den »philosophischen Problemen des Sozialismus«, das jenes zitierte Vorwort in Aussicht stellte, erscheint hier als eine ganz und gar per-

sönlich weltanschaulich gefärbte Polemik gegen jenen sogenannten Marxschen Materialismus, dem nichts Geringeres nachgewiesen werden soll, als daß er letztlich auf einem Unvermögen zur Schätzung aller höheren, über das materielle Selbsterhaltungsinteresse hinausgehenden menschlichen Werten beruhe. Als ob Marx deshalb, weil er die Menschen einfach als Geschöpfe von Natur und Gesellschaft nimmt, von dem Reichtum und den Tiefen dieser menschlichen Natur ein weniger lebhaftes Bewußtsein als die Liebhaber metaphysischer Spekulationen gehabt hätte. Versteht man unter Idealismus das Ergriffen- und Durchdrungensein von allgemeinsten höchsten Zielen, die in der Anlage des Menschen als möglich mitgesetzt sind, und hingebendes Wirken im Dienst solcher Ziele, so werden ganz gewiß nur wenige an solchem Idealismus Marx gleichzustellen sein. Und der »reale Humanismus«, zu dem sich der Jüngling in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern mit jugendlichem Enthusiasmus bekennt, und auf den er damals seine sozialistische Forderung gründete, streift in der weitem Entwicklung Marxens bei der Konfrontierung mit den gegebenen Verhältnissen der Wirklichkeit nur die jugendlichen Überschwenglichkeiten ab. Marxens Realismus ist nicht, wie der so vieler anderer, Verzicht auf Ideale sondern wächst aus der Einsicht, daß in dem Gang der Geschichte jedes Postulat, so menschlich und gerecht es sei, immer nur in dem Maß realisierbar ist, als es sich selber auf reale Kräfte, Mächte und Tendenzen eben dieses geschichtlichen Verlaufs organisch zu stützen vermag. Seine Auffassung des Sozialismus vereinigt Idealismus mit Realismus, stellt die schwankende Idee des Sozialismus auf festen Boden. Daß überdies die Herstellung eines Zustands, in dem die Massen von dem Druck materieller Not befreit sein werden, nicht das Ziel schlechthin, das Endziel sein kann sondern nur die Vorbedingung, unter der sich die Kräfte der menschlichen Natur, von jenem Joch erlöst, ungehemmt zu immer höheren Bildungen entfalten können, ist für Marx selbstverständlich. Das hindert Sombart nicht den von Marx vertretenen Sozialismus, was die Ethik anlangt, in herabsetzendem Sinn als »hedonistisch« zu bezeichnen. Er kenne keinen höhern Wert als »die Bewertung des Lebens an sich; Das Leben ist der Güter Höchstes!« Ein Gedanke, der, wie er gleich hinzufügt, spezifisch jüdischen Ursprungs sei und in der modernen Welt



vor allem bei den »Engländern, die auch hier wie in so vielem andern, die Erben des jüdischen Geistes sind«, seine Inkarnation gefunden habe. »Wenn Engländer Idealstaaten erträumten, so haben sie in ihnen nie etwas anderes verwirklicht gesehen als die Beherrschung aller Völker durch sie und die Verabsolutierung des Komforts.« Und als Beleg hierfür wird mit der Atlantis Bacons gar die Utopia des Thomas Morus zitiert. In dem Charakterbild, das er hier von Marx entwirft, erklärt Sombart Herrschsucht und Haß für die dominierenden Triebfedern seines Wesens. In dem Kapitel über Rußland findet sich der Satz: »Das Programm, das die Tscheka auszuführen hatte, war klar vorgeschrieben; es war kein anderes als es die Bakunin, Blanqui, Marx [!] entworfen hatten.« Mit besonderm Eifer wird auch jeder innere Zusammenhang zwischen Marx und der deutschen idealistischen Philosophie bestritten. Was unter anderm mit gewissen völkischen Konstruktionen Sombarts, der den »Volkgeist« am Ende gar mit dem Ehrentitel einer »metaphysischen Wesenheit« ausstattet, in Verbindung steht. Danach trägt nämlich, Sombart bezeichnet das geradezu als »Grundauffassung« seines Werkes, der proletarische Sozialismus das Gepräge »des westlichen, also romanisch-angelsächsischen Geistes« und ist in seinem innersten Wesen »undeutsch«. Also darf auch keinerlei innere Verwandtschaft zwischen Gedanken jener spezifisch deutschen Philosophie und dem Marxismus bestehen. Wie wenig die Wirklichkeit derartige völkische Abgrenzungen zu respektieren pflegt, davon kann man sich leicht überzeugen, wenn man beispielsweise die berühmte Abhandlung Kants Idee zu einer Philosophie der Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, deren Inhalt ich in dem Artikel über die geschichtsphilosophischen Schriften Kants, in den Sozialistischen Monatsheften 1903 II Seite 683 und folgende, ausführlich wiedergab, mit Marxens Geschichtsauffassung konfrontiert. Es ist kaum anzunehmen, daß Marx, der als junger Mensch speziell unter dem Einfluß der Hegelschen Philosophie stand, jene Arbeit Kants gelesen hat. Um so erstaunlicher ist der weitgreifende und bedeutungsvolle Gedankenparallelismus, der bei solcher Vergleichen zutage tritt. Wenn die Natur, sagt Kant, nicht zwecklos spielt sondern die ihren Geschöpfen mitgegebenen Keime und Anlagen zur Entwicklung zu bringen strebt, so dürfen wir annehmen, daß auch die schließliche Herstel-

lung einer »vollkommenen bürgerlichen Rechtsordnung«, in der die spezifisch menschlichen Rechte und Anlagen sich erst wirklich frei und ungehemmt werden entwickeln können, irgendwie in ihrem Plan vorgesehen ist. Wenn überhaupt so etwas wie eine Philosophie der Geschichte möglich sein soll, dann gelte es den Verlauf der historischen Entwicklung unter dem Gesichtspunkt zu untersuchen, ob nicht die Menschen, die von solchem Plan nichts wissen und der Regel nach nur ihren partikularen eigennützigen Interessen folgen, trotzdem unbewußt und ungewollt, jenem hypostasierten Naturzweck gemäß im Sinn eines Fortschritts agieren, der sich in der Richtung auf die allmähliche Realisierung einer solchen Rechtsordnung bewegt. Die Auffassung der Geschichte als eines Prozesses, der, so sinnlos und verworren er scheint, und so selbstisch die Akteure in ihm handeln, dennoch Beziehungen zu einem vernünftigen und demokratisch gefaßten großen Ziel der Gattung hat, tritt ohne alle Mystik mit frappanter Klarheit hervor. Und die Schärfe, mit der Kant vor allem egoistische Motive als kausal treibende Spannkkräfte der Geschichte hervorhebt, ist durch Marx, dem Sombart daraus einen Gesinnungsvorwurf machen zu wollen scheint, kaum übertroffen worden. Der ästhetisierende Zug, der sich in Sombarts früheren Büchern bei seiner Wertung historischer Erscheinungen öfters kundgibt, nimmt hier die Form einer metaphysisch schillernden Romantik an, die schon in den bürgerlichen Aufklärungsideen des 18. Jahrhunderts allherhand von Marx dann später noch vermehrten Unrat wittert. Die Emanzipation des Denkens von den überkommenen Autoritäten erscheint hier mehr oder weniger als ein Abfall von der wahren menschlichen Bestimmung. So akademisch der Vortrag mit seinen vielen Rubrizierungen, Distinktionen und Zitaten sonst gehalten ist, klingt aus ihm immer wieder ein gereizter Ton vor. Wie die Einstellung dem Sozialismus gegenüber so hat sich auch die literarische Form der Darstellung gewandelt. An die Stelle der ursprünglichen kraftvoll plastischen, spannenden und fortreibenden Gedrungenheit ist eine akademische Ausführlichkeit getreten, die die Ausdauer des Lesers auf eine harte Probe stellt.

**Kurze Chronik** Die Chicagoer Universität hat einen Preis von 5000 Dollars für die beste Abhandlung über die Lohntheorie ausge-

setzt. Bewerber aus allen Ländern werden zugelassen. Einsendungen in englischer Sprache sind bis zum September 1926 an den Professor Laughlin von der Universität Chicago zu richten.  $\diamond$  In Berlin ist kürzlich ein *Institut für angewandte Soziologie* ins Leben gerufen worden, das sich die Verbreitung soziologischer Erkenntnisse und ihre praktische Verwendung zur Aufgabe macht. Die Professoren Tönnies und Vierkandt haben ihre Mitarbeiterschaft zugesagt. Das Institut wird Hand in Hand mit dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht Kurse und Vorträge veranstalten. Probleme der Wirtschaft und Volkserziehung sollen im Vordergrund stehen. Man rechnet auf Anteilnahme besonders auch aus den Kreisen der Arbeiter, der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre wie der Schulmänner. Die Leitung liegt in den Händen des Professors Karl Dunkmann. Als vorläufiges Organ dient die Zeitschrift Nordland in Keitum auf Sylt.  $\diamond$  Der Leiter des Deutschen Instituts für Zeitungswissenschaft *Paul Mohr* hat einen Lehrauftrag an der Universität Berlin für Systematik und Geschichte des Zeitungswesens erhalten. Er wird über das Zeitungswesen des 16. und des 19. Jahrhunderts lesen und Übungen in Zeitungskunde, Berichterstattung und Redaktion abhalten.

#### Literatur

Vom *Grundriß der Sozialökonomik* /Tübingen, J. C. B. Mohr/, zu dem auch Max Weber wertvolle Beiträge geliefert hatte, sind jetzt der 1. und 2. Teil der 1. Abteilung in 2. Auflage erschienen. Den größeren Teilband von etwa 300 Seiten füllt eine Arbeit Friedrich von Wiesers, eines der ältesten Vertreter der sogenannten Grenznutztheorie, die er Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft nennt. Wohlthuend berührt die Objektivität, mit der der Autor von den seiner eigenen Auffassung entgegengesetzten Methoden der klassischen Nationalökonomie und des Marxschen Kapitals spricht. Aber die Unmöglichkeit vom Ausgangspunkt einer Grenznutzbestimmung der Güter in einer isolierten Wirtschaft zu irgendwelchen fruchtbaren Aufschlüssen über die inneren Zusammenhänge und Gesetze des modernen volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses zu gelangen, wird durch diesen Versuch, so scheint mir, abermals in eklatanter Weise bestätigt. Allen wirklich entscheidenden Fragen der Theorie gegenüber versagt jene Doktrin, die in ihrem Streben die Größe des Tauschwertes der Waren aus

Gebrauchswertschätzungen abzuleiten einem Phantom wie der Quadratur des Zirkels nachjagt. Das kleinere Heft bringt eine Reihe anregender und interessanter Studien. Karl Bücher expliziert da noch einmal seine Lehre von den volkswirtschaftlichen Entwicklungsstufen, Eugen von Philippovich handelt über den Entwicklungsgang der wirtschafts- und sozialpolitischen Systeme und Ideale bis zum Krieg, Eduard Heimann über die weitere Fortentwicklung in der jüngsten Zeit. Besonderes Interesse hat die 100 Seiten starke Abhandlung Josef Schumpeters Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte. Die Langeweile, die in den bisherigen dogmengeschichtlichen Lehrbüchern zu Haus war, ist hier verschwunden. Statt trockener Referate wird dem Leser eine bewegte feinsinnige Analyse geboten, die vielfach auf das gegenseitige Entwicklungsverhältnis der verschiedenen Theorien ein helles Licht wirft. Daß der Verfasser selber auf dem Boden der Grenznutztheorie steht, in ihr sozusagen einen letzten Gipfelpunkt der theoretischen Entwicklung erblickt, kommt erst am Schluß zum Ausdruck und tut der Objektivität seiner sonstigen Ausführungen keinen Abbruch. Die Arbeit ruht dabei auf ungewöhnlich ausgedehnter Kenntnis des weitverzweigten Stoffes.  $\diamond$  Von *Karl Diehls* Theoretischer Nationalökonomie /Jena, Gustav Fischer/ liegt jetzt der 2. Band (Die Lehre von der Produktion) vor. Der Autor hält in seinen Betrachtungen sehr verdienstlich an einer strengen Sonderung volkswirtschaftlicher von technischen Gesichtspunkten fest und tritt so auch in dem Kapitel über die Produktionsfaktoren der noch immer nicht ausgerotteten Konfusion produzierte Produktionsmittel ohne weiteres als Kapital zu bezeichnen scharf entgegen. Eingehend und unter steter Bezugnahme auf die neuere Literatur wird das sogenannte Gesetz des abnehmenden Bodenertrags erörtert und in den Grenzen seiner Geltung dargelegt. Besonderes Interesse beansprucht die ausführliche Übersicht über die bisher mit dem Achtstundentag gemachten Erfahrungen, wie man sich immer zu den von Diehl hier vertretendem Standpunkt stellen mag. Die 2. Hälfte des Bandes handelt fragmentarisch von der gesellschaftlichen Form der Produktion und der kapitalistischen Produktionsweise unter besonderer Berücksichtigung der Krisen.  $\diamond$  Marx und Hegel nennt sich die deutsche Übersetzung einer Broschüre des Schweden *Sven Helander* /Jena, Gustav Fischer/, die aber ihren

Gegenstand recht oberflächlich anfaßt. Was soll man beispielsweise zu den folgenden Sätzen sagen? »Das Vorhandensein des Proletariats außerhalb der Gesellschaft [!], obgleich Proletarier auch Menschen sind, ist der Grundwiderspruch [!], den Marx in seiner Gesellschaftsanalyse aufstellt, und worauf sein ganzes System aufgebaut ist.« Oder auch: »Innerhalb der Grenzen, die die ökonomische Wissenschaft von der Naturwissenschaft scheiden, gibt es für Marx nur Proletariatsprobleme [!], und deshalb muß man seinen Materialismus Proletariatsmaterialismus nennen. Eine etwas sonderbare Zusammenstellung, aber die einzige, die Marx ganz und gar charakterisiert.« [!] Auf Seite 79 erfährt man, daß Marx den Kapitalismus (also auch den Sozialismus, der aus diesem Kapitalismus erwächst) verkehrt verstanden hat. Ein paar Seiten später wird ihm attestiert, daß er ein »Klassiker« sei. Die Behauptung, daß zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit der Marx'schen Lehre nur Hegel den Schlüssel gebe, schwebt haltlos in der Luft. ◊ Einen, bei aller sonstigen Gegensätzlichkeit des Standpunkts, ähnlich verworrenen Eindruck hinterläßt das von Otto Eccius übersetzte Buch des englischen Gildensozialisten *Arthur J. Penty* Auf dem Wege zu einer christlichen Soziologie /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Grundgedanke und Ausgangspunkt des modernen Sozialismus: also die Idee, daß in und durch den Sozialismus die Vorbedingungen und Kräfte erzeugt werden, die eine fortschreitende Umbildung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn ermöglichen, erklärt der Verfasser von seiner christlichen Auffassung aus als Kardinalirrtum. Wie kann man Disteln von den Feigen ernten wollen? Man muß sich an das Evangelium und an das Mittelalter halten. Da der Sozialismus »die Erfahrungen der Vergangenheit verleugnet« habe, so sei nichts da, worauf er jetzt zurückkommen könnte, wo aller moderne Sozialismus offenbar im Zusammenbruch begriffen ist. Dieser prinzipiellen Einstellung entspricht der völlig utopistische Charakter des in dem Buch entwickelten Pentyschen Sonderprogramms. Es sollen »gerechte« und nach den Erzeugungskosten festgesetzte Warenpreise (wie sie zu berechnen wären, verschweigt der Autor) durch irgendwelche gildenmäßigen Organisationen eingeführt, letzthin aber mit dem Industrialismus und seiner die menschliche Arbeit entwürdigenden Maschinenteknik überhaupt gebrochen werden. Nicht in

der Er kämpfung größerer Muße für den Arbeiter, wie der Sozialismus meine, sondern auf der Rückverwandlung der Arbeit in eine vorwiegend landwirtschaftliche und handwerksmäßige, wie in den gesegneten mittelalterlichen Zeiten, käme es an. Der Fortschritt soll sich in der Form einer Umkehr zum Primitiven vollziehen. So stellt sich Penty die Lösung der sozialen Frage vor. ◊ Eine Dissertation Geschichtsphilosophische Grundbegriffe bei Marx hat *Gustav Müller* veröffentlicht /Bern, Paul Haupt/. Sie ist dem »Vater und Führer« gewidmet. Kritisch eindringende Zergliederung des Marx'schen Standpunkts vereinigt sich mit herzenswarmer Bewunderung für die Kühnheit und Größe seines Denkens. Der Verfasser formuliert im Vorwort seine Auffassung dahin, »daß der Reichtum, die Tiefe und Ursprünglichkeit des großen Erziehers zum Sozialismus durch den kritischen Idealismus erst zu erschöpfen und wieder lebendig zu machen ist«. Ein Standpunkt, den Max Adler innerhalb der Partei seit Jahren vertritt. Daß Marx in seiner Geschichtsauffassung die Kausalerklärung, wenngleich unausgesprochen, unter einen obersten teleologischen Gesichtspunkt, die Idee einer Aufwärtsentwicklung der Menschheit, stellt, und in diesem Sinn idealistisch verfährt, wird nicht anzufechten sein.

## KUNST

### Bildende Kunst / Ludwig Hilberseher

Thoma †

Am 7. November 1924 starb in Karlsruhe in Baden der Maler Hans Thoma in seinem 86. Lebensjahr, nachdem er bereits seit fast 2 Jahren gebrechlich und bettlägerig gewesen war.

Thoma wurde am 2. Oktober 1839 in Bernau im Schwarzwald geboren. Er lernte zuerst bei einem Lithographen, dann bei einem Anstreicher und Lackierer. Darauf arbeitete er für sich selbst. Ein Stipendium ermöglichte ihm das Studium an der Karlsruher Akademie. Danach kam er nach Paris, wo er von Courbet entscheidend beeinflusst wurde. Später war er in Italien, lebte in München und Frankfurt am Main und wurde 1899 als Galeriedirektor nach Karlsruhe berufen. Es mutet uns sonderbar an, daß sich Thoma, der doch heute zu den populärsten Künstlern Deutschlands gehört, nur schwer durchsetzen konnte und Jahre hindurch um die Anerkennung ringen mußte, die ihm später in so hohem Maß zuteil wurde.

Von dem populären Thoma hardelt eine

kleine Schrift Karl Antons Hans Thoma, der Maler als Musiker, Dichter und Mensch, die zum 80. Geburtstag Thomas erschien /Karlsruhe, G. Braun/. Wir können aber Karl Anton nicht beipflichten; denn was hier als Volkskunst erscheint, ist es in Wirklichkeit nicht. Aber wir schätzen den unpopulären Thoma, den Schöpfer jener unliterarischen Malerei und Graphik, die er vor seiner Berühmtheit hervorbrachte, und die ein unverlierbares Besitztum der deutschen Malerei des 19. Jahrhunderts ist.

**Berliner Ausstellungen** Die *Juryfreie Kunstschau*, die sich unter Hermann Sandkuhls Leitung aller beiseite gedrängten und vernachlässigten Künstler annimmt, ist lediglich als Niveaustellung zu werten. Es manifestiert sich da nichts Schöpferisches, wohl aber das Streben nach Konvention. Nach den Ausbrüchen des Expressionismus, Kubismus und Konstruktivismus scheint alle Aktivität erschöpft zu sein, so daß man sich mit dem Erreichten zufrieden gibt, dessen Auswertung vornimmt.

Die Galerie Matthiesen veranstaltete eine Ausstellung *Henri de Toulouse Lautrec*. Er war ein fanatischer Liebhaber des Zirkus, des Cafékonzerts und Theaters, der Rennplätze und Ballsäle. Er liebte die Extravaganz geschminkter Kokotten, Chanteusen und Artistinnen, die kraftvolle Energie der Rennpferde und Jockeys. Es drängte ihn das Porträt dieser Sphäre zu bannen. Seine Bilder sind daher ein wichtiges Zeitdokument. Sie sind durch die Extravaganz seiner sensiblen Linienführungen charakterisiert. Toulouse-Lautrec ist der Maler des Paris seiner Zeit, ein scharfer Beobachter und beredter Dolmetscher der Jahre 1885 bis 1900, ein Sittenmaler von erstaunlicher Ursprünglichkeit. 1901 starb er im Alter von 37 Jahren. Von Gustave Coquiot ist bei Ollendorff in Paris eine Monographie über Lautrec erschienen, die auch, von Carl Einstein ins Deutsche übertragen, im Verlag von Ernst Wasmuth in Berlin herauskam.

Wie für Toulouse-Lautrec ist Malerei auch für *Otto Dix*, von dem das Kronprinzenpalais eine Ausstellung von Aquarellen veranstaltete, nicht nur eine handwerklich künstlerische Äußerung, sondern Ausdrucksmittel bestimmter Absichten. Aber während Lautrec sich (scheinbar) mit der Abschilderung der großstädtischen Vergnügungsstätten begnügt, höchstens Einzelheiten karikaturistisch übertreibt, ist Malerei bei Dix

ein politisches Mittel. Seine Bilder sind daher auch dann am kraftvollsten, wenn sie der geformte Ausdruck solcher Absichten sind, eine unmittelbare Aktivität entfalten. Bekannt ist sein Kriegsbild, das das Wallraf Richartz-Museum in Köln erworben hat, und das mit unbarmherziger Deutlichkeit die gräßlichen Wirkungen jenes vielgepriesenen Stahlbades veranschaulicht. Jetzt sind zu dem gleichen Thema aus Dix' Radierwerk 24 Offsetdrucke erschienen (Der Krieg /Berlin, Karl Nierendorf/).

#### **Weimarer Bauhaus**

Leiter und Meister des vielumstrittenen Staatlichen Bauhauses in Weimar geben, gezwungen durch die Haltung der thüringischen Regierung, der Öffentlichkeit bekannt, daß sie das aus ihrer Initiative und Überzeugung geschaffene Bauhaus mit Ablauf ihrer Verträge vom 1. April ab für aufgelöst erklären. Das Bauhaus ist eine Schöpfung des Architekten Walter Gropius. Es versucht eine konsequente Weiterentwicklung der Kunstbestrebungen, die in Deutschland um die Jahrhundertwende aufkamen. Während sich aber jene auf das Kunstgewerbe beschränkten, wurden durch das Bauhaus auch Malerei, Plastik und Architektur in den Bereich des Unterrichts gezogen. Ein Vorgang, der sich äußerlich durch die von Gropius vollzogene Zusammenlegung von Akademie und Kunstgewerbeschule zu einem Institut dokumentiert. Das eigentliche Ziel des Bauhauses aber ist die Wiedervereinigung künstlerischer und technischer Arbeit, vor allem im Hausbau. Wie denn die Architektur heute überhaupt im Vordergrund des Interesses steht, gegenüber Malerei und Plastik eine ungleich größere Aktivität entfaltet. Über die bisherige Tätigkeit des Bauhauses, seine Arbeitsleistung auf den verschiedensten Gebieten gibt das Sammelbuch Staatliches Bauhaus Weimar 1919 bis 1923 /München, Bauhausverlag/ erschließende Auskunft. Was das Bauhaus vor allen anderen bestehenden Kunstunterrichtsanstalten der Welt auszeichnet, und worin seine überragende Bedeutung liegt, ist die Tatsache, daß seine Werkstätten nicht nur zur Ausführung abstrakter Experimente dienen sondern wirklich produktive Arbeit leisten. Sie liefern Musterstücke für notwendige Gebrauchsgegenstände, die sich zur Vervielfältigung durch die Industrie eignen; eine Arbeit, die im eigentlichen Kultursinn von Wichtigkeit ist.

Aber gerade in dieser produktiven Arbeit erblicken viele eine Gefahr für die Kunst. Nur so war es möglich, daß sich die alte, längst abgestorbene Akademie neuerdings wieder im Bauhaus selbst etablieren durfte, obgleich ihre Arbeitsprinzipien längst überholt sind. Das im Bürgertum tief wurzelnde Vorurteil, das die sogenannte reine Kunst zu einer erhabenen Sache macht, kommt ihr zugute. Gewiß ist es dem Bauhaus bis jetzt noch nicht vollkommen gelungen seine Absichten zu verwirklichen. Auch kann man über vieles anderer Meinung sein. Aber so schnell läßt sich traditionell Übernommenes nicht überwinden. Auch wäre es völlig verfehlt dem Bauhaus zu einer Zeit, wo es zugunsten eines völlig veralteten Instituts abgebaut werden soll, seine Fehler anzumerken und dabei seine Vorzüge zu übersehen. Beamtenabbau ist gewiß etwas sehr Notwendiges und an der rechten Stelle durchgeführt etwas sehr Segensreiches. Hier aber gereicht der Abbau zum Unheil. Denn das Bauhaus ist das einzige konsequent geleitete Kunstunterrichtsinstitut Deutschlands. Es ist wichtiger als alle anderen bestehenden Unterrichtsanstalten zusammen. Während diese zum guten Teil hemmend auf die Kunstentwicklung wirken, ist die Tätigkeit des Bauhauses wirklich fördernd. Sie dient der Gegenwart und Zukunft, erstrebt ein reales, nicht nur ein scheinbares kulturelles Ziel, zu dessen Verwirklichung es intensivste Arbeit leistet.

Das politische Regime Thüringens ist nicht für die Dauer berechnet. Schon jetzt hat es seine Schaffensunfähigkeit in hohem Maß erwiesen. Bei einer produktiven Neugestaltung der Dinge in Gesamtdeutschland wird auch Thüringen in absehbarer Zeit zu einer Neuordnung kommen. Dann dürfte auch dort wieder der Boden für ein Bauhaus sein.

#### Totenliste

In Polling starb im August 1924 der Maler *Max Thedy*, 65 Jahre alt. Er gehörte dem Kreis Leibl-Trübner an und war eine Zeitlang als Lehrer an der Weimarer Kunstschule tätig.

Mitte Oktober starb in Berlin der Maler *Hans Schadow*, im Alter von 62 Jahren. Er war besonders als Porträtmaler bekannt, er hat prominente Persönlichkeiten der Aristokratie, Kunst und Wissenschaft ganz Europas gemalt.

Am 20. November starb in Berlin die Malerin *Dora Hitz*, in ihrem 72. Lebensjahr. Sie war eine der ersten deutschen

Malerinnen, die sich in der Kunstbewegung um die Jahrhundertwende einen Platz unter den Männern erkämpft hatten. Während ihres Aufenthalts in Paris in den achtziger Jahren stand sie unter dem fördernden Einfluß Benjamin Constants, vor allem aber unter dem Eugène Carrières. Sie ging dann ihre eigenen Wege und fand ihre persönliche Art, besonders in der Farbgebung; sie erstrebte im Gegensatz zu Carrières gedämpfter Koloristik einen farbig stärkern Ausdruck. Dora Hitz stand dem Kreis der alten Berliner Sezession nahe und war, neben Käthe Kollwitz, eines ihrer wenigen weiblichen Mitglieder.

Am 22. November starb in München der Tiermaler *Emil Franz Adam*, in seinem 81. Lebensjahr. Er galt in internationalen Sportkreisen als der beste Pferdemaler seiner Zeit.

In Berlin starb am 25. November der Bildnis- und Historienmaler *Ernst Hildebrand* im Alter von 91 Jahren. Seit 46 Jahren war er Mitglied der Berliner Akademie, die ihn 1900 zu ihrem Senator wählte. Er war einer der mit Staatsaufträgen beglückten Maler des kaiserlichen Deutschlands.

In Paris starb am 27. Dezember der russische Theatermaler *Leon Bakst*, im Alter von 57 Jahren. Er wurde vornehmlich durch das Russische Ballett bekannt, mit dem sein Name auf immer verbunden sein wird. Seine Inszenierungen befanden sich stets in Übereinstimmung mit dem Bühnenvorgang.

**Kurze Chronik** Die Reichsregierung hat beschlossen die Einladung der französischen Regierung zur Teilnahme an der *internationalen Ausstellung*, die 1925 in Paris stattfindet, abzulehnen. Eine sachlich unverständliche Maßnahme, für die jeder der vorgeschobenen Gründe unzureichend ist. ◊ Die von der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit veranstaltete *Kunstaussstellung Tod und Leben*, die im Berliner Künstlerhaus stattfand, wird auf Veranlassung der französischen Gruppe Les Partisans in erweitertem Umfang in Paris gezeigt werden. ◊ Ein Spätwerk *Botticellis*, eine Darstellung des Heiligen Sebastians, wurde in Castelgandolfo aufgefunden und für das Vatikanische Museum angekauft. ◊ Im Züricher Kunsthaus wurde eine Zeichnung *Raffaels* entdeckt, offenbar eine Studie zu den Vatikanischen Stanzen. ◊ In Spanien wurde ein bisher unbekanntes Werk *Tizians*, eine Darstellung der Heiligen Magda-

lena, aufgefunden. ◊ Das Museum von Dijon kam durch ein Vermächtnis in den Besitz von 20 Bildern deutscher und schweizerischer Herkunft. Eines davon, das die Szene zwischen Augustus und der Sibylle von Tibur darstellt, ist als ein Gemälde von Konrad Witz erkannt worden. Genauere Untersuchungen ergaben die Zugehörigkeit des Bildes zu dem sogenannten Heilspiegelaltar, dessen Teile unvollständig und in ihrer Zusammensetzung ungewiß im Baseler Museum, Kaiser Friedrich-Museum in Berlin und in Privatbesitz in Basel aufbewahrt werden.

#### Literatur

Hermann Hieber schrieb eine Monographie über *Elias Holl* (München, K. Piper & Co.), der in der Entwicklung von der Renaissance zum Barock in Deutschland eine entscheidende Rolle spielte. ◊ Im gleichen Verlag erschien eine Arbeit Hermann Eßweins über *Rembrandt*, der sich nach diesem Autor zwar in der Malerei, »in der sich ein unbekannter Gott verschanzte«, wöllig auskannte, aber in seinen Schwarzweißzeichnungen stärker und beachtender war. ◊ In der Monographienreihe Deutsche Meister, die Karl Scheffler gemeinsam mit Curt Glaser herausgibt (Leipzig, Inselverlag), ist ein neuer Band erschienen: *Karl Friedrich Schinkel* von August Grisebach. Schinkel, der Architekt des klassizistischen Berlins, dem seine Bauten das Gepräge geben, arbeitete auch als Maler und Graphiker; eine Tätigkeit, die er mit Geschmack und Talent ausübte, die aber hinter der Genialität seiner baumeisterlichen Leistung weit zurücksteht. An dem Maler Schinkel würde man wenig Anteil nehmen, wenn er nicht zugleich Architekt wäre, als der er durchaus eigene Wege verfolgte, Überraszendes leistete. ◊ In den von Arthur Liebert herausgegebenen Quellenhandbüchern der Philosophie (Berlin, Panverlag Rolf Heise) ist ein Band über Ästhetik *Emil Utitz'* erschienen: eine Auswahl grundlegender Betrachtungen zur Ästhetik von Aristoteles bis auf Dessoir, der eine Einleitung zur systematischen und historischen Entwicklung Utitz' vorangeht. ◊ Von der ausgezeichneten Monographiesammlung *Junge Kunst* (Leipzig, Klinkhardt & Biermann), die sich um die Einführung der nachimpressionistischen Kunst bemüht, ist jetzt die 5. Reihe erschienen, die folgenden 8. Bändchen umfaßt: Georg Biermann Othon Coubine, Carl Emil Uphoff

Christian Rohlf, Karl With, Marc Chagall, Erich Wiese Paul Gauguin, Oskar Maria Graf Georg Schrimpf, Friedrich Marcus Huebner Gustaaf de Smet, Curt Bauer Wilhelm Schmid, Erich Wiese Alexander Archipenko. Jedes Bändchen enthält einen einleitenden Text, ein farbiges Titelbild sowie 32 ganzseitige Abbildungen. ◊ In einer Schrift *Zeiten der Kunst und der Religion* (Berlin, G. Grote) versucht *Wilhelm R. Valentiner* am Beispiel einzelner bedeutender Persönlichkeiten den Geist vergangener, von Kunst und Religion erfüllter Epochen der Gegenwart näher zu bringen. ◊ Die Schrift *Alfred Salmonys Europa-Ostasien*, die, mit vielen Abbildungen versehen, bei Gustav Kiepenheuer in Potsdam erschien, vergleicht methodisch die künstlerischen Manifestationen des Religiösen beider Weltphären. Es ist nicht eine Vergleichung äußerlich verwandter Motive sondern eine synthetische Erfassung aus dem gleichen Erlebnis heraus. ◊ Im 19. Band der Sammlung *Orbis Pictus* (Berlin, Ernst Wasmuth) behandelt *Otto Weber* die assyrische Kunst. Unter den Völkergruppen des Alten Orients nehmen die Assyrier eine Mittelstellung ein. Sie haben von Babylonien her die nachhaltigste Einwirkung erhalten. »Es hat sich ein mischgestaltiges Volkstum entwickelt, das im Lauf der Jahrtausende, gefördert durch die überragende politische Machtstellung, einen durchaus eigenartigen selbständigen Charakter angenommen hat.« Neben Statuetten, deren archaischer Stil mit oft lebensvollen Tierdarstellungen kontrastiert, sind die wesentlichsten Werke Flachreliefs, Jagd- und Kriegsszenen darstellend und Taten der Könige verherrlichend. Die charakteristisch gewählten Abbildungen geben einen Überblick über dieses torsohafte Kunstgebiet, dessen Hauptwerke, die architektonischen, fast völlig verschwunden sind. ◊ Im 18. Band der gleichen Sammlung gab *Florent Fels* einen kurzen illustrierten Abriss über das eigenartige Gebiet der altfranzösischen Bildteppiche. Das kunstgeschichtliche Interesse an diesen Bildteppichen ist deshalb so groß, weil sie die fast einzigen Dokumente einer Epoche sind, deren übrige künstlerische Werke fast völlig verschwunden sind (Religionskriege, feindliche Einfälle, Staatsumwälzungen). Die Stadt Arras war am Anfang das Hauptzentrum dieser Produktion, weshalb die Italiener die Tapisserien mit dem Namen Arrazzi bezeichneten. Der Name Gobelin kann nur

jenen Arbeiten beigelegt werden, die aus der im 17. Jahrhundert begründeten Manufaktur der Gobelins hervorgegangen sind. Die Farbstoffe dieser Manufaktur waren bis vor kurzer Zeit noch auf 3 bis 4 Pflanzenfarben beschränkt, während heute der chromatische Kreis von Chevreul 12 420 Abstufungen enthält.

◊ Von *Julius Meier-Graefes* Spanischer Reise, der künstlerischen Entdeckung Grecos, erschien eine neue Auflage /Berlin, Ernst Rowohlt/, die das wertvolle Werk wieder der Öffentlichkeit zugänglich macht. Man verdankt diesem Buch ästhetischen Genuß, vor allem aber innere Bereicherung. ◊ Eindrücke und Stimmungen Prags gibt *Arne Novák* in einer kleinen, mit vielen Abbildungen versehenen Schrift Das barocke Prag, wieder /Prag, Orbisverlag/. Die deutsche Übertragung dieser interessanten Arbeit wurde von Grete Straschnow besorgt. ◊ Von Arthur Roeßler gesammelt und erzählt erschien unter dem Titel *Der Malkasten* eine Sammlung *Künstleranekdoten* /Wien, E. P. Tal & Co./. Das Büchlein gibt mehr als eine heitere und nachdenkliche Stunde. In den kleinen, überaus einfachen Erzählungen, mit den nichts weniger als überscharfen Pointen, wird manchmal in erstaunlicher Weise das Wesen eines Künstlers klar.

## KULTUR

### Verkehr / Hartmuth Merleker

**Eisenbahnwesen** Auf der hier bereits erwähnten Eisenbahnausstellung, die das Reichsverkehrsministerium, sozusagen als Abschiedsvorstellung der damals noch im Reichsbesitz befindlichen Reichsbahn veranstaltete, war auch ein neuartiger *Schlafwagen* zu sehen, der nur Ibettige Abteile für beide Klassen zeigte. Dieser Wagen wird in kurzer Frist auf der Strecke nach München probeweise eingestellt werden. Auf einigen süddeutschen Strecken sind die Liegewagen 3. Klasse abgeschafft worden, da die Benutzung nicht der Erwartung entsprach. Das ist sehr bedauerlich, denn die Mehrkosten zum Fahrpreis sind an sich so gering, daß gerade eine starke Frequenz erwartet werden sollte. Hoffentlich läßt sich die Reichsbahngesellschaft nicht entmutigen und belebt das Interesse durch entsprechende Werbung.

Deutsche und österreichische Unternehmer veranstalten einen Wettlauf, um die *Zugspitze* durch eine Eisenbahn dem Massenausflugverkehr zu erschließen. Ein

österreichischer Plan, der nur eine einfache Konstruktion vorsieht, scheint einigen Vorsprung gewonnen zu haben, da sich erfreulicherweise die bayrische Regierung bisher allen Projekten gegenüber ziemlich spröde verhalten hat. Wenn allerdings der österreichische Plan ausgeführt wird, wird man wohl auch in Deutschland aus Konkurrenzfurcht bauen, um so mehr, als nur die bayrische Seite genügend Reishinterland für eine solche Bahn hat.

Zwischen *Stockholm* und *Baltischport* in Estland soll eine Eisenbahnföhre eingerichtet werden, um einen direkten Bahnverkehr zwischen Rußland und Skandinavien unter Umgehung Finnlands zu erreichen. Schwedische Ingenieure haben bereits eine Studienreise nach Estland unternommen. Die Verschiedenheit der Spurweite ist noch Gegenstand der Prüfung. Mit einer Welteinheitsspur wäre viel für die Annäherung der Völker an einander gewonnen.

Rhodesien plant den Bau einer Bahn von den *Victorialfällen* nach *Windhuk*, der Hauptstadt des früheren Deutsch Südwestafrikas, um die rhodesische Kohle schneller und billiger von Kapstadt nach Swakopmund zu verfrachten.

### **Schiffahrt**

Dem Ingenieur Anton Flettner gelang die Nutzenanwendung einer Erfindung, des Antriebs von Schiffen durch die auf rotierende Zylinder wirkende Windkraft. Diese Erfindung, die auf der Ausnutzung des sogenannten Magnuseffekts beruht, war im Seminar des Professors Prantl in Göttingen gemacht worden, sie wurde in der Praxis auf dem Schiff *Buckau* der Germaniaerwerft durch Flettner erprobt. Die Erfolge sind so vielversprechend, daß sich bereits einige größere Reedereien, darunter die Hamburg-Amerikalinie, entschlossen haben *Rotorschiffe*, wie sie genannt werden, in Bau zu geben. In England wurde ein Ausschuß eingesetzt, der das Rotorschiff prüfen soll. Die Ersparnisse des gleich großen Rotorschiffes gegen ein Dampfschiff betragen an Antrieb, Löhnen für Besatzung und Laderaumzuwachs 80 %.

Der *Deutsche Schulschiffsverein*, der den Aderlaß der deutschen Handelsflotte nach dem Krieg mit einem einzigen Schiff überstand, hat sich wieder erholt und bildet weiter für die deutsche Handelsmarine den so sehr nötigen Nachwuchs aus.

Die Schiffahrt ist *Norwegens* Lebensnerv. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Werftindustrie alles daran gesetzt die

dem Land nötigen Schiffe im Land selbst zu bauen, mit dem Erfolg, daß wenigstens die Dampfschiffe jetzt im Inland hergestellt werden. Für den Motorschiffbau, der in Norwegen immer mehr aufkommt, werden jetzt Einrichtungen getroffen, um von England und Dänemark, den Hauptlieferanten, unabhängig zu werden. Der Weltmotorschiffbau gewinnt immer mehr an Boden. Zurzeit sind über 1 Million Tonnen Motorschiffe im Bau, davon in England 100 Schiffe, in Deutschland 26.

Die *Vereinigten Staaten von Amerika* haben als Reeder kein Glück. Nicht nur, daß sie Hunderte von Schiffen auflegen mußten, weil sie im Krieg zu schnell und technisch unfertig gebaut wurden, sie arbeiten auch mit den guten, den Deutschen abgenommenen Schiffen mit Unterbilanz. Dabei ist die Weltkonjunktur für Frachten zurzeit nicht schlecht. Den deutschen Gesellschaften ist es, allerdings in rastloser Arbeit, gelungen wieder Nutzen aus dem Frachtenmarkt zu ziehen. Der Passagierverkehr ist nur ein Stoßgeschäft und leidet unter der Drosselung der amerikanischen Einwanderung. Deswegen wurden auch die Passagierpreise erhöht. Auch England hat Schifffahrtssorgen. 1924 mußte es wegen Beschäftigungslosigkeit wieder viele Seeschiffe verkaufen, davon 192 000 Tonnen in 67 Schiffen nach Deutschland.

**Luftverkehr** Mit der Beendigung des amerikanischen Weltumflugs ist das Wettrennen um die Erde im Flugzeug so ziemlich abgeschlossen worden. Der Wert dieser Flüge für den Verkehr ist gering, für die Industrie allerdings mögen solche Prüfungen von Nutzen sein. Wichtiger sind dagegen die Nachtflugversuche, die schon zur Einrichtung von Dauerstrecken geführt haben. So fliegt die Junkersgesellschaft bereits die Strecke Berlin-Stockholm, die Aerolloydgesellschaft richtet eine Linie Berlin-Kopenhagen ein. Das *europäische* Luftverkehrsnetz leidet immer noch an der Niemandslandzone im deutschen besetzten Gebiet, die einen Trennungsstrich zwischen Westen und Osten zieht. Wenn diese Grenze fiel, dann käme der Luftverkehr in Europa mit einem Schlag weit voran, da dann Verbindungen von London und Paris über Berlin nach Moskau und Petersburg in 24 Stunden per Flugzeug einzurichten gingen. Der Nord-südverkehr geht bereits von Kopenhagen bis Budapest, von London bis Rom, von Petersburg bis Rostow am Don und Tiflis. Im besetz-

ten Gebiet fliegen zurzeit nur englische Maschinen. Trotz den schweren Beschränkungen, denen der zivile deutsche Luftverkehr unterliegt, unterhält Deutschland 10 Strecken, die fast alle Anschluß an ausländische Linien haben; auch der Ausbau seiner Flughäfen macht Fortschritte. Im Rückstand ist hier, wie so oft, Berlin, dessen Zentralflughafen auf dem Tempelhofer Feld immer noch nicht fertig ist. Hier hemmt, was fördern sollte, die Einmischung der Stadt in die Initiative der Flugverkehrsgesellschaften, die allein schon viel weiter wären. Dabei soll nicht verkannt werden, daß der Verkehrsdezernent Adler dem Luftverkehr großes Verständnis entgegenbringt und auch praktisch bekundet. Aber die bürokratische Maschine arbeitet eben zu langsam. Für dieses Jahr ist vom Aeroklub von Deutschland eine Reihe großer Flugzeugwettbewerbe, vornehmlich für Kleinflugzeuge, ausgeschrieben, für die in jetziger geldknapper Zeit erhebliche Preise ausgesetzt worden sind. Die Veranstaltung hat den Namen Deutscher Rundflug.

Der *Nordpolflug* ist zunächst abgesagt, nachdem Amundsen in Zahlungsschwierigkeiten geriet, aus denen ihn sein reklametüchtiger Vertreter Hammer diesmal nicht zu retten vermochte. Mit der Polflugmaschine erlitt der Italiener Locatelli auf einem Weltflugversuch Schiffbruch, er mußte auf einem Dampfer den Ozean überqueren. Das Zeppelinprojekt eines frühern deutschen Luftschiffführers begegnet noch berechtigten Zweifeln. Eine Maschine wie die Locatellis überflog das *Mittelmeer* von Pisa nach Spanisch Marokko in 10 Stunden. Es war ein Dornierwaal, eine Kombination von Land- und Wasserflugzeug, das auch auf dem Eis landen kann.

Einem deutschen, von dem Chefkonstrukteur Karl Arnstein entworfenen Reparationszeppelin gelang es im Oktober den *Atlantischen Ozean* zu überfliegen. Er legte den Weg von Friedrichshafen nach Lakehurst bei Philadelphia in wenig mehr als 3 Tagen zurück. Ernsthaftige Vorbereitungen sind im Gang, um einen regelmäßigen Luftschiffverkehr von Deutschland nach Amerika einzurichten. Deutsche Techniker, namentlich Arnstein selber, sind bereits in Akron, bei der mit der Zeppelinwerft liierten Good-Year-Gesellschaft, um den Bau von Zeppelinen vorzubereiten.

Der regelmäßige Flugverkehr hat in *Amerika* Fortschritte gemacht. New York und San Francisco sind seit Monaten durch einen Postflugverkehr verbunden,



der in 32 bis 36 Stunden 26 000 Briefe befördert. 60<sup>0</sup> Maschinen sind auf der Strecke verteilt, um im Bedarfsfall einspringen zu können; an den Endstationen sind besondere Luftpostbriefkästen aufgestellt. 2 Junkersganzmetallflugzeuge normaler Konstruktion, wie sie seit Jahren im flugplanmäßigen deutschen Luftverkehr fliegen, überquerten am 6. Dezember, von Buenos Aires kommend, die Anden in über 4000 Meter Höhe bei voller Belastung und landeten in Santiago de Chile. Argentinien beabsichtigt einen regelmäßigen Flugverkehr über die Anden einzurichten. Der *Segelflug* ist aus dem Versuchsstadium noch nicht herausgekommen. Es sind zwar immer längere Flugzeiten erreicht worden, aber selbst 8 Stunden 42 Minuten Flug über der gleichen Stelle erlauben noch keinen Zielflug nach weit entfernt liegenden Orten. Als Wegbereiter des Kleinmotorflugzeugs sind sie von großem Nutzen.

**Berlin** Der Leiter der Berliner Verkehrspolizei, der Regierungsdirektor Mosle, reorganisiert zurzeit auf Grund der Erfahrungen, die er auf einer Studienreise in Amerika sammelte, den Berliner Verkehr, der über seine Ufer getreten war. Man kann nicht sagen, daß sich nach seiner Rückkehr schon viel gebessert hätte. Die Häufung der Unfälle in letzter Zeit zeigt vielmehr, daß eine allgemeine Unsicherheit entstanden ist, die sich wohl erst legen wird, wenn das Publikum und auch die Diener des Verkehrs selbst die neuen Lehren begriffen haben. Besonders viele Unfälle verursachte in den letzten Monaten die Straßenbahn, deren Verdrängung aus der innern Stadt durch Autoomnibusse das Ziel jeder Verkehrsreorganisation sein muß und angeblich auch sein soll. Da aber Berlins Stadtplan eine so schematische Regelung des Verkehrs wie in New York und Chicago nicht zuläßt, so sind hier noch große Schwierigkeiten zu bestehen. Wenn die Verkehrs- von der Sicherheits- und allgemeinen Polizei völlig getrennt sein wird, dann ist Besserung zu erhoffen, aber auch erst dann, wenn das Publikum begriffen hat, worauf es ankommt, und die Pferdefahrzeuge genau so scharf angepackt werden wie die Automobile. Ein besonderes Kapitel sind die Motorräder. Sie zählen in Berlin zwar nur 3000, aber ihr Verhalten im Verkehr ist so undiszipliniert, daß es den Anschein erweckt, als zählten sie 30 000 (was viele Menschen in Berlin auch ernsthaft glau-

ben). In New York gibt es deren keine 300, und kein Polizist würde sie in der Innenstadt dulden. Da sie zu 99% nur dem Vergnügen dienen, im Warenaustausch und Beförderungsverkehr nicht die geringste Rolle spielen, so müssen sie absolut auf die Vorstadtstraßen verbannt werden, wo sie ihre Rücksichtslosigkeit mit geringeren Opfern austoben können.

Die *Straßenbahn* hat sich von den Wirkungen der Inflation im wesentlichen wieder erholt; sie baut dauernd ihr Netz weiter aus und paßt sich auch den Wünschen ihrer Kunden an. Störend sind nur die fortwährenden Umleitungen, die die Erneuerung der Geleise und des Berliner Pflasters erfordern. Der Umsteigeverkehr hat sich völlig eingebürgert, sein Verschwinden würde heute einen Proteststurm hervorrufen. Neben der Stad-, Ring- und Vorortbahn ist die Straßenbahn immer noch das Rückgrat der Berliner Verkehrsmittel; sie beförderte im Juli 1924 48 Millionen Menschen, die Hochbahn nur 13 Millionen und die Autoomnibusse gar nur knapp 4 Millionen. Hochbahn und Autoomnibusse könnten aber ihre Verkehrszahlen bequem vielfältigen, wenn in jener die 2. Wagenklasse, vor allem aber die (in jedem Betracht überflüssigen, der Gesundheit und den Nerven der Mitfahrenden schädlichen, daher unsozialen) Raucherabteile abgeschafft, für diese moderne Wagen an Stelle der plumpen, allzuviel tote Last schleppenden Ungeheuer angeschafft würden.

Die neue Berliner *Verkehrsordnung* ist erneut überarbeitet worden. Wie muß es um eine Verkehrsordnung bestellt sein, die einer dauernden Überarbeitung bedarf? Die Schlagworte, die sie prägte, und die sie mehr als eine Ordnung gegen den Verkehr erscheinen ließen, sollten endlich Ideen weichen. Die ängstliche Anlehnung an angelsächsische Vorbilder muß einer aus der Beobachtung des Berliner Lebens gewonnenen Platz machen. Darauf scheint man nicht zu kommen, sucht vielmehr in immer wiederholten Studienreisen aller möglicher Instanzen nach den angelsächsischen Zentren das Heil. Daß man zum Beispiel in Paris, dessen Automobilverkehr an den Hauptverkehrsstellen der größte der Welt ist, die kontinentaleuropäischen Verkehrsbedingungen mit größerm Nutzen erforschen könnte als jenseits des Kanals oder des Atlantischen Ozeans, will nicht in den hierzulande gewohnten und anscheinend nicht zu erweiternden Vorstellungskreis. Eine Eigenschöpfung wird

gar nicht versucht. Dafür erbt Berlin jetzt einige New Yorker Verkehrseinrichtungen, die in New York selbst schon zu alten Requisiten gehören. Zunächst die weißen Linien auf dem Asphalt, die den Fußgänger weisen sollen, und die in New York auch die Grenzen bezeichnen, innerhalb derer Automobile zum Halten auffahren dürfen. Weiter zeigen Striche auf dem Pflaster an, wo die Straßenbahnen halten, da Tafeln als Haltestellen unbekannt sind. Um an diesen Strichen halten zu können, müßten die Berliner Straßenbahnführer erst einmal fahren lernen, mit den zweifelhaften elektrischen Bremsen kann es niemand von ihnen verlangen. Die kleinen stummen Schilder, die es in New York an manchen Straßenkreuzungen auch gibt, an denen kein Polizist dauernd steht, soll Berlin auch erhalten; sie werden hier zunächst wenig Erfolg haben, da zur Befolgung ihrer Mahnungen viel Publikums-erziehung gehört.

Am 14. Dezember eröffnete die *Nordsüd-bahn* den neuen Bahnhof Hasenheide in Neukölln. Diese Strecke Gneisenaustraße-Hasenheide ist in beispiellos schneller Zeit fertig geworden und läßt die begründete Hoffnung zu, daß das Verbindungsstück zur bereits fertigen Strecke in Neukölln selbst nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen wird. Schwierigkeiten macht nur der Bahnhof am Hermannplatz, den man nicht als Gemeinschaftsbahnhof mit der Schnellbahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ausbaut sondern, weil man ja so viele schlechte Erfahrungen mit Umsteigebahnhöfen hat, wieder als Umsteigebahnhof.

Die Verkehrspolizei versucht die noch recht hohen Tarife der *Kraftdroschken* abzubauen. Man erhofft eine Erhöhung der Benutzung davon und nimmt an, daß nach einem Jahr Rentenmark die Wiederherstellung des Autoparks als beendet angesehen werden darf. Ob sich die wenigen Pferdroschken, die selbst in dem nicht sehr großstädtischen Berlin wie ein Anachronismus wirken, über die Zeit einer Tarifsenkung hinaus halten können, ist sehr zu bezweifeln. Sie könnten ohne Schaden, wenn man eine Versorgung für ihre Besitzer fände, aus dem Berliner Verkehr verschwinden.

**Radiatelephonie** Die starke Zunahme der Anzahl der Teilnehmer am deutschen Rundfunkwesen war nach der Freigabe vor Jahresfrist zu erwarten. Sie beträgt jetzt  $\frac{1}{2}$  Million. Nach langem Zögern hat sich die

Reichspost noch in letzter Stunde hier einen Achtungserfolg gesichert. Von den Spielereien nach amerikanischem Vorbild blieb auch Deutschland nicht verschont. Es sind nämlich auch Automobile, kleine Fahrzeuge auf Binnengewässern, Flugzeuge und Eisenbahnen mit Empfangsapparaten ausgestattet worden. Die Notwendigkeit ist in Deutschland nicht recht einzusehen. Solche Übertreibungen bilden sich aber erfahrungsgemäß bald wieder zurück und weichen der normalen Entwicklung. Später stellen sich dann die wirklichen neuen Bedürfnisse ein.

Eine Funkausstellung auf dem neuen Messegelände am Kaiserdamm in Berlin, in einer vollständig hölzernen Halle fand außerordentliches Interesse und großen Zulauf. Wenn der Rundfunk, obwohl die Teilnahmekosten sehr niedrig sind, noch nicht entfernt allgemein verbreitet ist, so sind sicherlich schlechte Erfahrungen mit minderwertigem Empfangsgerät daran schuld. Bei Überwindung dieser Hemmnisse wird der Rundfunk eine neue Blüte in Deutschland erleben. Die Anzeichen dafür sind gegeben, wie die Ausstellung zeigte.

In der Schifffahrt hat die Funkpeilung große Fortschritte gemacht, die Ortsbestimmung an Bord selbst mit Bordmitteln wird in naher Zukunft nur noch bei Störungen der Empfangsanlage nötig sein. Auch die Rettungsboote erhalten jetzt Funkeinrichtungen, die Senden und Empfangen erlauben.

Marconi will mit seinen kurzen steuerbaren Wellen einen sensationellen Erfolg erzielt haben, ein Gespräch zwischen London und Buenos Aires. Auch ein Gespräch von London nach Sydney soll geglückt sein. Eine Bestätigung dieser Erfolge durch die Fachpresse ist allerdings noch nicht erfolgt.

**Totenliste** Der Ministerialdirektor im deutschen Verkehrsministerium *Friedrich Krause* ist am 12. April 1924 kurz nach seiner Pensionierung gestorben. Er war im Krieg als Chef des Feldeisenbahnwesens Ost hervorgetreten. Später leitete er die Bauabteilung im Reichsverkehrsministerium. Er wurde 65 Jahre alt.

Der frühere Direktor der Hamburger Straßeneisenbahngesellschaft *Julius Geyl* starb am 2. Juli in Blankenese an den Folgen einer Operation. Nach erfolgreicher Tätigkeit in Budapest, Hannover, Basel und Turin leitete er die Hamburger Straßenbahnen bis zu ihrer Verschmelzung mit der Hochbahn.

Am 3. September starb in Berlin *Max Dietrich*, bis 1919 Direktor der Städtischen Straßenbahnen. In den letzten Jahren war er besonders auf publizistischem Gebiet fruchtbar.

Am 4. Oktober starb in Berlin *Georg Soberski*, einer der bekanntesten Verkehrsschriftsteller, 67 Jahre alt. Er ging aus dem Staatsdienst zur Schuckertgesellschaft in Nürnberg über und leitete dort die Bahnabteilung. Zahlreiche Kleinbahnen und Sonderbauten verdanken seiner rastlosen Arbeits- und Erfindungskraft ihr Entstehen, so die Schwebebahn zwischen Barmen und Elberfeld. Seit 1910 widmete er sich ganz seiner fruchtbareren literarischen Tätigkeit.

Am 7. Oktober starb in München der Staatsrat *Heinrich von Endres*, der sich um die Entwicklung des früher selbständigen bayrischen Eisenbahnwesens sehr verdient gemacht hat.

Einer Lungenentzündung erlag am 13. November der hervorragende Eisenbahnfachmann *Richard Sarre* (siehe die Rundschau Staatssozialismus, 1924 Seite 778). Nach wechselvoller Laufbahn im Außendienst der Reichsbahn, die ihn bis zum Direktionspräsidenten in Kattowitz führte, übernahm Sarre im Jahr 1912 die Leitung des Eisenbahnzentralamts, das er bis 1920 leitete. Dann trat er in den Ruhestand, leistete der Republik aber noch wichtige Dienste in internationalen Ausschüssen, die die Eisenbahnfragen aus dem Vertrag von Versailles einer Lösung entgegenführten. Seine Leistungen brachten es mit sich, daß der Treuhänder der neuen Reichsbahngesellschaft ihn zum Mitglied des Verwaltungsrats ernannte.

Am 23. Dezember starb in Lübeck der Direktor der Seefahrtsschule *Franz Schulze*, in seinem 69. Lebensjahr. Seine Neigung für alles, was die See betraf, zeigte sich schon in seiner Doktorarbeit, die die Oberflächenströmungen der Ostsee behandelte. Die praktische Vorbildung für seinen Posten hatte er auf Seefahrten und an der Deutschen Seewarte erworben. Neben seinem Lehramt entfaltete er eine reiche schriftstellerische Tätigkeit. Seine Nautik, das unmittelbare Ergebnis seines Lehrberufs, erschien in mehreren Auflagen. Von seinen sonstigen Arbeiten seien noch genannt: Die Entwicklung des Segelsports in Deutschland, Luft- und Meeresströmungen, Brigg und Bark, Schiffe auf kleiner Fahrt. Daneben war er auch eifrig bestrebt die Einrichtung der Seefahrtsschulen zu heben und für die Heranbildung eines seemännischen Nachwuchses zu sorgen.

**Kurze Chronik** Daß nicht nur die Europäer das amerikanische Verkehrswesen studieren sondern auch Amerikaner das europäische, beweist die allerdings nur 14tägige *Studienreise*, die im Sommer amerikanische Verkehrsfachleute nach Westeuropa unternahmen. Deutschland haben die Amerikaner dabei nicht berührt. ◊ In der alten Ausstellungshalle am Kaiserdamm in Berlin, gegenüber der Funkausstellung, fand die 25. *Automobilausstellung* statt. Sie war reich mit neuen Typen besetzt, überragend Neues fehlte jedoch. Der Volkskraftwagen ist Deutschland noch nicht besetzt. ◊ Auf den deutschen Staats- und Provinzialstraßen wird zurzeit eine Verkehrszählung vorgenommen, die den Zweck hat über die Benutzung der *Landstraßen* zahlenmäßige Unterlagen zu bekommen. Der volkswirtschaftliche Wert der Landstraße soll dadurch neu festgelegt werden. ◊ Nach französischem Vorbild werden demnächst auf den großen deutschen Bahnhöfen *Dolmetscherbeamte* aufgestellt werden, die den Fremden Auskünfte erteilen sollen. ◊ Nach einer halbamtlichen Statistik sind von den 15 200 in Berlin tätigen uniformierten und nichtuniformierten *Schutzpolizisten* wenig über 300 für die Dienste im Verkehr ausgebildet. Sie werden zunächst nur auf 400 verstärkt.

#### Literatur

Fischer von Poturzyn, ein guter Kenner der gesamten Luftverkehrspraxis, gibt ein *Jahrbuch für Luftverkehr* heraus /München, Richard Pflaum/. Der Luftverkehr hat sich in zäher, auf Nutzen oft bewußt verzichtender Arbeit einen jetzt nicht mehr bestrittenen Platz im Verkehrswesen erobert. Man muß mit ihm rechnen, und man rechnet mit ihm. Wohl steckt er noch in den Kinderschuhen, und es werden noch Jahre vergehen, bis er mit der gleichen Selbstverständlichkeit hingenommen wird wie Eisenbahn- und Schiffsverkehr. Aber die Schnelligkeit, mit der er sich gegen eine Welt von Widerständen durchgesetzt hat, läßt ahnen, wie viel schneller der Luftverkehr ein Faktor sein wird. Das vorliegende Jahrbuch gibt Rechenschaftsberichte über die Entwicklung, die Geschichte, die Technik, die Bodenorganisation, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen und Bindungen im Luftverkehr. Der Reichhaltigkeit des peinlich genau kontrollierten Textes entspricht eine Fülle bester Bilder, Zeichnungen und Karten. ◊ Der Professor an der Technischen Hochschule in Berlin

*Erich Giese* gab eine Denkschrift über das Berliner Verkehrsproblem heraus /Berlin, Ullstein/. Er sieht das Grundübel der heutigen schlimmen Zustände im Berliner Verkehr in dem systemlosen Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsmittel und befürwortet eine Gemeinschaftsorganisation aller Personen befördernden Institutionen einschließlich der Stadt-, Ring- und Vorortbahn. Sie ist bereits vor Jahren in den Sozialistischen Monatsheften verlangt worden, und man könnte diese eigentlich selbstverständliche Sache vielleicht jetzt bei der neuartigen Stellung der Reichsbahn zuwege bringen. Die Schrift, die sich von schwer lesbarem Zahlenballast freihält, zeigt die Wege, die eine solche Verkehrsgemeinschaft zu gehen hätte. Es ist keiner einseitigen Bevorzugung eines Unternehmens das Wort geredet, sondern alle werden nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit herangezogen. ◊ Die *Verkehrstechnik* /Berlin, Ullstein/ widmete am 14. November 1924 dem Kraftwagen und Kraftomnibus eine Sondernummer, deren sehr instruktive Beiträge alle mit dem Automobil zusammenhängenden Probleme von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchteten.

## EINZELNES

### Neuerscheinungen

#### **Volkstanz**

Das ganz neue Körpergefühl unserer Zeit kann man wohl gut als Zeichen dafür nehmen, daß die Zeit tatsächlich einen neuen Anfang zu machen imstande ist. Das hat den Kunsttanz und den Gesellschaftstanz im Grund umgewandelt. Mit den Volkstänzen, die vor einigen Jahrzehnten von der Jugendbewegung hervorgeholt wurden, scheint es aber nicht so zu liegen. Das wird einem klar, wenn man sich einige Erscheinungen auf diesem Gebiet ansieht. Der Verlag B. G. Teubner in Leipzig hat 3 solcher herausgebracht: *Geestländer Tänze* von Anna Helms und Julius Blasche, *Tandaradei* von Max Tepp und *Alte und neue Volkstänze* von E. Friede Cario. In der Einleitung zu den letztgenannten macht Cario darauf aufmerksam, daß es sich jetzt darum handle neue Tänze zu schaffen, und daß es keinen Sinn habe aus einem romantischen Gefühl heraus, das doch zum Wesentlichsten der Gegenwart kein Verhältnis haben kann, immer wieder die alten Tänze zu wiederholen. Nun scheinen mir aber die Neukompositionen so sehr im selben Geist wie die alten, daß es sich

eigentlich nur um eine Erweiterung der gleichen Art handeln kann. Allerdings darf man nicht vergessen, daß aufgeschriebene Volkstänze an sich eigentlich ein Umding sind. Tänze können sich, mehr als irgendeine andere Kunst, nur innerhalb Tradition und Nachahmung wandeln. Nicht Lebenskräftiges an ihnen wird eben von selbst abfallen und verschwinden. In einzelnen Gruppen wie auch in der Thüringischen Neuen Schar gab es wohl ein so gemeinsames neues Produzieren, aber es ist schwer zu sagen, ob man es als typisch für die Zeit nehmen darf. Typisch wohl für die jungdeutsche Bewegung; aber es ist doch merkwürdig, wie wenig sie sich mit der ganzen andern Gegenwart verbindet.

Einige Worte über den musikalischen Teil dieser und ähnlicher Bücher. Die Harmonisierung ist von einer Dürftigkeit, wie sie der musikalischen Entwicklung vor 100 Jahren ungefähr entspricht. In dieser Einkleidung kann keine noch so schöne Volksmelodie einem Menschen der Jetztzeit etwas geben. Melodien von der Kraft, wie sie gute Volkslieder haben, ist es immanent, daß jedes Zeitalter ihnen durch neue harmonische und kontrapunktische Bearbeitung seine Färbung aufprägen kann, ohne ihnen einen Zwang anzutun. Welche seelische Feinheit und Fülle liegt in den Bearbeitungen, die Brahms oder Reger den Volksliedern des 16. Jahrhunderts gegeben haben! Die Erksche Ausgabe dieser Volkslieder war zu ihrer Zeit sicher wertvoll; jetzt ist sie veraltet. Verhängnisvoll hat die Verbreitung der Laute gewirkt. Nicht, daß das Instrument selbst eine reichere harmonische Ausgestaltung verböte; manche der von Kothe verfaßten Bearbeitungen sind vorzüglich. Aber die übliche, sehr geringwertige Beherrschung der Lautentechnik, die sich nicht viel über Tonika und die beiden Dominantenakkorde erhebt, verführt in den für das breite Publikum bestimmten Ausgaben zu einem musikalisch so dürftigen Tonsatz, daß es geradezu ein Jammer ist. So wird die Laute, ganz ohne Notwendigkeit, zu einem Instrument des musikalischen Rückschritts. Während das Grammophon, gerade weil es keiner Spieltechnik bedarf, ganz entgegengesetzt wirkt; auf modernen Platten findet man den kompliziertesten und polyphonsten Orchestersatz, da die Kosten der Aufnahme eines gut besetzten und gut spielenden Orchesters keine Rolle spielen. So wird dieses mit Unrecht geschmähte Reproduktionsmittel in viel höherem Grad ein musikalischer Erzieher als die Laute.

Lisbeth Stern